

DER GAZA-KONFLIKT



ANALYSEN UND HINTERGRUNDBERICHTE
ZUR AKTUELLEN ENTWICKLUNG IM NAHEN OSTEN

BERLIN, IM FEBRUAR 2009

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
10907 Berlin

www.kas.de

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

© 2009 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

*Gestaltung: SWITSCH KommunikationsDesign, Köln.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.
Printed in Germany.*

INHALT

7 | VORWORT

9 | KAS-AUSLANDSBÜRO JERUSALEM

- 10| DIE WAHLEN IN ISRAEL ZUR 18. KNESSET
EINE ERSTE ANALYSE (11. FEBRUAR 2009)
- 14| ISRAEL NACH DER MILITÄROPERATION GEGEN DIE HAMAS IM
GAZASTREIFEN (6. FEBRUAR 2009)
- 17| WIE WEITER IM NAHEN OSTEN?
KURZANALYSE ZUM GAZA-KONFLIKT AUS ISRAELISCHER SICHT
(8. JANUAR 2009)

19| KAS-AUSLANDSBÜRO RAMALLAH

- 20| PALÄSTINENSISCHE REAKTIONEN AUF DAS WAHLERGEBNIS
IN ISRAEL (12. FEBRUAR 2009)
- 22| „ES GIBT EINE SPALTUNG UNTER DEN PALÄSTINENSERN“
(7. JANUAR 2009)
- 24| SIEBEN PUNKTE ZUR MILITÄRAKTION IN GAZA (5. JANUAR 2009)
- 26| DIE PALÄSTINENSER NACH DEM GAZA-KRIEG (5. JANUAR 2009)

33| KAS-AUSLANDSBÜRO AMMAN

- 34| ZWISCHEN ZURÜCKHALTUNG UND VORSICHTIGEM OPTIMISMUS
(22. JANUAR 2009)
- 37| WAS BEZWECKT HIZBULLAH? (19. JANUAR 2009)
- 40| ZWISCHEN WUT UND REALISMUS (8. JANUAR 2009)

45| KAS-AUSLANDSBÜRO KAIRO

- 46| ÄGYPTENS GRENZPOSITION
(21. JANUAR 2009)
- 49| VOM VERRÄTER ZUM VERMITTLER
ÄGYPTENS BALANCEAKT IM GAZA-KRIEG (8. JANUAR 2009)

53| KAS-AUSLANDSBÜRO RABAT

- 54| ISRAELS MILITÄRINTERVENTION IN GAZA: REAKTIONEN IN
MAROKKO (4. FEBRUAR 2009)

57| KAS-AUSLANDSBÜRO ANKARA

- 58| DIE GAZA-KRISE UND DIE NEUE TÜRKISCHE AUSSENPOLITIK
(11. FEBRUAR 2009)
- 61| DER GAZA-KONFLIKT STRAPAZIERT DIE ISRAELISCH-TÜRKISCHEN
BEZIEHUNGEN (26. JANUAR 2009)
- 66| ANSPRECHPARTNER

*Diese und weitere Berichte sind auch online verfügbar unter
<http://www.kas.de/wf/de/21.50/>*

VORWORT

Der vorliegende Nahostreader präsentiert erstmals eine Auswahl von aktuellen Berichten und Analysen aus unseren Auslandsbüros in der Region Nahost und Nordafrika.

Aktueller Hintergrund ist der Konflikt im Gazastreifen, der am 27. Dezember 2008 militärisch eskaliert ist und trotz der nach drei Wochen vereinbarten Waffenruhe noch nicht wirklich beendet zu sein scheint.

Unsere Auslandsbüros in Israel, den Palästinensischen Gebieten, Jordanien, Ägypten, Ankara und Marokko haben seit Ausbruch der bewaffneten Auseinandersetzung über die Diskussion in der Region und die politischen Folgen berichtet.

Vertrautheit mit der Lage vor Ort zeichnet die Berichte unserer Auslandsmitarbeiter aus. Darüber hinaus sind wir als Stiftung mit zahlreichen Nichtregierungsorganisationen, Denkfabriken, Parteien, Journalisten und anderen wichtigen gesellschaftlichen Akteuren vor Ort eng verbunden; Meinungsbilder und Informationen dieser Kontakte fließen in die Berichterstattung unserer Büros mit ein.

Mit dieser Publikation wagen wir den Spagat zwischen Aktualität und Hintergrundanalyse und würden uns freuen, wenn die hier versammelten Berichte auf Ihr Interesse stoßen.

Über unsere Homepage www.kas.de finden Sie regelmäßig weitere aktuelle Berichte zur Entwicklung im Nahen Osten und am Ende der Broschüre finden Sie die Kontaktdaten unserer Kollegen vor Ort.

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre.

*Ihr Team Afrika | Naher Osten
Hauptabteilung Internationale Zusammenarbeit
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*

KAS-AUSLANDSBÜRO JERUSALEM | ISRAEL

DIE WAHLEN IN ISRAEL ZUR 18. KNESSET

EINE ERSTE ANALYSE

Dr. Lars Hänsel | 11. Februar 2009

Kadima wird überraschend – wenn auch sehr knapp – stärkste Partei und gewinnt gegen den schon als Sieger erwarteten Likud. Die rechtsnationale Partei Israel Beteinu ist erstaunlich stark, und die Arbeitspartei stürzt deutlich ab – sie ist die eigentliche Verliererin der Wahl. Auch die kleinen Parteien haben insgesamt deutlich verloren.

Insgesamt gewinnt jedoch das Mitte-Rechts-Lager deutlich, welches nicht zuletzt dem Einfluss der israelischen Militäroperation gegen die Hamas im Gazastreifen geschuldet sein dürfte. Das linke Lager verliert dramatisch.

Es bleibt allerdings weiter spannend und abzuwarten, ob der überraschende Sieg der Kadima-Partei auch in neue Regierungsverantwortung münden wird. Noch ist unklar, ob Tzipi Livni oder Benjamin Netanjahu von Präsident Peres mit der Regierungsbildung beauftragt wird.

Am 10. Februar 2009 waren fast 5,3 Millionen Israelis zu vorgezogenen Neuwahlen aufgerufen, sie hatten die Wahl unter 34 Parteien. Neuwahlen waren notwendig geworden, nachdem Tzipi Livni nach dem Rücktritt Ehud Olmerts und ihrer Wahl als neue Kadima-Vorsitzende nicht erfolgreich war, eine Regierungskoalition aufzubauen.

Lange hatten die Umfragen einen Sieg des Likud unter Benjamin Netanjahu vorausgesagt. Kurz vor der Wahl wurde der Wahlkampf noch einmal spannend: Zum Schluss schmolz der Vorsprung gegenüber Kadima auf wenige Mandate zusammen. Dieser Trend hat sich fortgesetzt und sich nun auch im Wahlergebnis niedergeschlagen.

In der 18. Knesset werden die Stimmenverhältnisse der Parteien wie folgt verteilt sein (Ergebnis nach Auszählung von 99 % der Stimmen, wobei u.a. die Stimmen der Soldaten noch ausgezählt werden, welche bis zu sechs Mandate ausmachen können):

Kadima	28 (29)
Likud	27 (12)
Israel Beteinu	15 (11)
Arbeitspartei	13 (20)
Shas	11 (12)
United Tora Judaism	5 (6)
Ichud Leumi (Nat. Einheit)	4 (9 mit Mafdal)
Ra'am-Ta'al	4 (3)
Hadash	4 (3)
Meretz	3 (5)
Beit HaJehudi	3 (0)
Balad	3 (3)

(In Klammern Mandate in der 17. Knesset)
Sperrklausel: 2 % (2006: 2 %; 2003: 1,5 %)

Die Wahlbeteiligung war mit 65,2 % höher als erwartet (2006: 62,3 %; 2003: 68,5 %).

Die bei der vergangenen Wahl überraschend mit sieben Mandaten in die Knesset gewählte Rentnerpartei ist nun nicht mehr vertreten.

EINFLUSS DER MILITÄROPERATION IM GAZASTREIFEN

Der Wahlkampf, bei dem vor allem Personen und kaum Inhalte im Vordergrund standen, war aufgrund der Militäroperation gegen die Hamas im Gazastreifen extrem kurz. Während der Militäroperation hatten die Parteien auf Wahlkampfaktionen verzichtet.

Dennoch hatte die Militäroperation Auswirkungen auf die Stimmung vor der Wahl und schließlich auf ihren Ausgang. Grundsätzlich unterstützte – nach acht Jahren Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen – eine deutliche Mehrheit der israelischen Bevölkerung die Militäraktion gegen die Hamas. Der Kampf gegen Terror hat im Wahlkampf nicht zuletzt aufgrund der

Auseinandersetzung mit der Hamas einen besonderen Stellenwert bekommen. Auch die Bedrohung durch einen möglicherweise in Zukunft nuklear bewaffneten Iran, der als Unterstützer der Hamas gilt, wurde noch einmal konkreter. Nachdem der israelische Rückzug aus dem Gazastreifen nicht zu einer Beruhigung der Lage geführt hatte, erhielt Sicherheit für viele Vorrang vor Verhandlungen mit den Palästinensern und weiteren Kompromissen, die nicht mehr Sicherheit bringen. Geholfen hat diese Stimmung in gewissem Maße Ehud Barak und der Arbeitspartei, vor allem jedoch Israel Beteinu und dem Mitte-Rechts-Lager.

Noch im Herbst, als die Neuwahlen angesetzt wurden, galten Ehud Barak und die in einer tiefen Identitätskrise steckende Arbeitspartei schon als die großen Verlierer. Dies entbehrt nicht einer gewissen Ironie: Es war nicht zuletzt Ehud Barak, welcher mit seinem Druck für den Rücktritt Olmerts verantwortlich war. Lag die Arbeitspartei zu Beginn der Umfragen im November noch bei unter zehn Mandaten, so kam sie allerdings während der Militäraktion und kurz danach auf bis zu 17 Mandate. Verteidigungsminister Barak konnte zunächst am meisten von der allgemeinen Unterstützung der Militäroperation profitieren. Dieses Niveau konnte die Arbeitspartei jedoch nicht halten. Viele Wähler dürften ins Mitte-Rechts-Lager und zu Kadima gewechselt sein, nicht zuletzt, weil die Ergebnisse der Militäraktion nicht wirklich klar waren. Die Aussage Baraks, die Abschreckungswirkung der israelischen Armee sei gegenüber der Hamas wieder hergestellt, hatte mit den bis in den letzten Tagen auf den Süden Israels niedergehenden Raketen bei vielen an Glaubwürdigkeit verloren. Auch die Entscheidung Baraks, die Militäroperation schließlich einzustellen und die Hamas nicht weiter entscheidend zu schwächen, sondern auf das Angebot von Ägypten für die Vermittlung einer Waffenruhe einzugehen, hat ihn möglicherweise weitere Stimmen gekostet.

Außerdem bewarb sich Ehud Barak als Verteidigungsminister in einer neuen Regierung, nicht als Ministerpräsident. Auch das hat sicher nicht zu weiterer Unterstützung beigetragen.

Insgesamt hat das Mitte-Rechts-Lager nach der Militäroperation gegen die Hamas entscheidend zugelegt und stellt in der neuen Knesset die Mehrheit. Nicht nur Israel Beteinu, sondern auch der Likud profitierte offenbar davon, dass von vielen nach dem jahrelangen Raketenbeschuss durch radikale Palästinensergruppen nicht Zurückhaltung, sondern eine harte Haltung und ein militärisches Vorgehen als Lösung gegen Terror angesehen werden. Auch der Raketenbeschuss der vergangenen Tage auf den Süden Israels hatte den

Mitte-Rechts-Parteien noch einmal weitere Unterstützung eingebracht. Das linke Lager, d.h. das traditionelle Friedenslager, hat demgegenüber eine bittere Niederlage einstecken müssen.

KADIMA WIRD ÜBERRASCHEND STÄRKSTE PARTEI

Tzipi Livni hatte seit Anfang des Wahlkampfes zunächst versucht, sich als besonders „sauber“, unbelastet von Affären und als Neubeginn innerhalb der Kadima zu profilieren.

In den Medien wurde einerseits ihre bisher steile und erfolgreiche Politikerkarriere positiv kommentiert, als entscheidendes Defizit aber nicht vorhandene Erfahrungen im sicherheitspolitischen Bereich gesehen. Bei Umfragen lag sie und Kadima zunächst mit bis zu zehn Mandaten Differenz weit hinter Benjamin Netanjahu und dem Likud.

Während der Militäroperation hatte sie dann versucht, mit dem Hinweis darauf zu punkten, dass sie in alle sicherheitsrelevanten und militärischen Entscheidungen einbezogen war, um so ihr Defizit auszugleichen. Auch das diplomatische Ende der Operation, für das sie wesentlich verantwortlich war, versuchte sie für sich zu nutzen. Zunächst konnte Tzipi Livni unmittelbar nach der Operation im Gazastreifen jedoch in Umfragen nicht dazu gewinnen.

Schließlich hatte sie zum Schluss des Wahlkampfes noch einen neuen Akzent gesetzt: Auf der jährlichen großen Sicherheitskonferenz in Herzliya, die in diesem Jahr auch als Wahlkampfbühne diente, sprach sie wie kein anderer Politiker von der Notwendigkeit und Möglichkeit des Friedens mit den Nachbarn Israels.

Sicher hat dazu auch positiv beigetragen, dass Tzipi Livni die Änderung des Wahlsystems angekündigt hatte: Vor allem die Macht der kleineren Parteien solle in Zukunft reduziert werden, um die Stabilität der Regierung zu erhöhen.

Insgesamt hat sie und Kadima Stimmen an das Mitte-Rechts-Lager verloren, demgegenüber aber vor allem Stimmen aus dem linken Lager auf sich gezogen. Dies gilt für Stimmen aus der Arbeitspartei, vor allem aber auch für Meretz-Wähler, welche möglicherweise strategisch gegen Israel Beteinu und Likud gewählt haben. Bei linken Wählern kam sicher auch gut an, dass sie sich im Wahlkampf gegen die Macht der Ultraorthodoxen und ihren überzogenen sozialen Forderungen positionierte.

Kadima konnte offenbar auch eine große Zahl von Unentschiedenen (ca. 20 %) für sich gewinnen.

LIKUD GESTÄRKT, VERLIERT ABER ENTSCHIEDENDE STIMMEN

Lange galten in Umfragen Benjamin Netanjahu und der Likud als sicherer Sieger der Wahlen. Netanjahu hatte sich im Wahlkampf vor allem mit Wirtschaftskompetenz und Themen der nationalen Sicherheit profiliert. In den Palästinensischen Autonomiegebieten wollte er zunächst stark die Wirtschaft aufbauen und die Lebensverhältnisse entscheidend verbessern, um erst dann über die Schaffung eines palästinensischen Staates zu verhandeln. Letztlich blieb seine Botschaft jedoch weitgehend vage und sein Wahlkampf inkonsistent. Außerdem scheute er die direkte Auseinandersetzung mit Tzipi Livni. Möglicherweise – so zumindest meinen Wahlkampfexperten – hat er auch zu stark auf Internetwahlkampf gesetzt und den Wahlkampf vor Ort vernachlässigt.

Dennoch konnte der Likud lange mit bis zu über 30 Mandaten rechnen. Erst in den letzten Tagen gingen die Umfragen für den Likud zurück.

Dabei mag eine Rolle gespielt haben, dass er Spekulationen nicht stark genug entgegengetreten war, den am Ende doch unbeliebten Ehud Barak als Verteidigungsminister in seiner Regierung haben zu wollen. Damit hatte er in den Augen der Wähler Likud und Arbeitspartei verbunden. Vor allem im mitte-rechts-orientierten Wählerklientel dürfte ihm dies wichtige Stimmenanteile gekostet haben.

Entscheidend ist jedoch, dass der Likud den größten Teil potentieller Stimmen an Israel Beteinu verlor. Immerhin hat aber der Likud seine Stimmenzahl gegenüber der vergangenen Wahl 2006 mehr als verdoppeln können.

ÜBERRASCHENDE STÄRKE DER PARTEI ISRAEL BETEINU

Überraschend ist die hohe Popularität der Partei Israel Beteinu (*Israel unser Haus*) mit immerhin 15 Mandaten, welche ihr – überwiegend säkulares – Wählerpotential vor allem bei russischen Einwanderern hat. Auch für erstaunlich viele junge Wähler war die Partei attraktiv. Parteiführer Avigdor Lieberman hatte insbesondere mit einer harten Haltung gegenüber den in Israel lebenden Arabern Aufmerksamkeit erregt. Im Wahlkampf forderte er, dass zukünftig die Staatsbürgerschaft stärker an die Loyalität gegenüber dem jüdischen Staat geknüpft werden soll. Damit hatte er

sowohl die israelischen Araber im Blick, aber auch die ultraorthodoxe Wählerschaft der Shas-Partei, welche sich öffentlichen Pflichten wie z.B. dem Militärdienst entzieht. Kommentatoren sprachen von einem „Kulturkampf“ zwischen Israel Beteinu und den Ultraorthodoxen. Der geistige Führer der Shas-Partei, Rabbi Ovadia Joseph, ließ seine Anhänger unmissverständlich wissen: „Wer Lieberman wählt, wählt den Satan“.

Der Gazakrieg verschärfte die ohnehin sehr angespannten Beziehungen zwischen Juden und Arabern in Israel. Die zentrale Wahlkommission hatte die arabischen Parteien von der Wahl ausgeschlossen. Arabische Knessetabgeordnete hatten den Staat Israel als jüdischen Staat abgelehnt, bewaffneten Kampf gegen Israel unterstützt und die israelische Regierung emotional und besonders aggressiv angegriffen. Das Oberste Gericht hat diesen Ausschluss zwar inzwischen wieder aufgehoben – diese Auseinandersetzung vertiefte aber die Spannungen zwischen Juden und Arabern in Israel noch einmal dramatisch.

Israel Beteinu hatte sich diese Spannungen im Wahlkampf besonders zunutze gemacht. Dabei konnte sie vor allem die Unterstützung derer gewinnen, die über arabische Politiker aufgebracht sind, welche sich während des vergangenen Libanonkrieges und nun während der Militäroperation gegen die Hamas im Gazastreifen mit den Feinden Israels solidarisierten und z.T. mehr oder weniger offen den bewaffneten Kampf gegen Israel unterstützten. Israel Beteinu hatte deshalb auch den Ausschluss radikaler arabischer Parteien gefordert.

Im Wahlkampf hatten sich zudem Israel Beteinu und die arabischen Parteien gegenseitig zum Feindbild erklärt und besonders radikale und populistische Positionen „benutzt“, um Wählerstimmen aus ihrem eigenen Klientel zu sichern.

Israel Beteinu akzeptiert heute wie auch die anderen großen Parteien Kadima, Likud, Arbeitspartei eine Teilung des Landes, d.h. die Schaffung eines palästinensischen Staates. Zum Teil etwas lautstark vorgebrachte Ideen, wie z.B. die Anbindung von Gebieten mit vorwiegend israelisch-arabischer Bevölkerung an einen zukünftigen palästinensischen Staat werden auch von anderen diskutiert, darunter auch von Politikern linker Parteien. Insgesamt weisen Analysten darauf hin, dass Israel Beteinu in der Rhetorik zwar nicht selten radikal ist, aber eine Politik vertritt, welche zumindest im mitte-rechten Spektrum mehrheitsfähig ist.

Auch unter Ehud Olmert war Israel Beteinu Teil einer Koalitionsregierung mit Kadima. Olmert sicherte sich damals nach dem Libanonkrieg im Sommer 2006 Mehrheiten im Parlament und machte Liebermann zum Minister für strategische Fragen. Liebermann verließ allerdings die Regierung im Anfang 2008 im Zuge der Veröffentlichung des Winograd-Berichtes, welcher der Regierung Olmert schweres Versagen im vergangenen Libanonkrieg vorgeworfen hatte.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass Israel Beteinu an einer Koalitionsregierung beteiligt wird. Dies hatten weder Benjamin Netanjahu noch Tzipi Livni im Wahlkampf ausgeschlossen. Avigdor Liebermann dürfte in diesem Fall ein wichtiges Ministerium übernehmen.

WEITERE SCHRITTE

Präsident Peres wird in den nächsten Tagen die Parteivorsitzenden treffen und frühestens in der nächsten Woche denjenigen Parteivorsitzenden mit der Regierungsbildung beauftragen, welcher die größten Chancen auf die Bildung einer Koalitionsregierung hat. Traditionell wird der Vorsitzende der Partei mit den meisten Mandaten beauftragt. Dies wäre Tzipi Livni. Es ist aber alles andere als sicher, dass sie genug Unterstützung anderer Parteien für eine Regierungsbildung erhalten wird. Schon einmal war sie zudem bei der Bildung einer Regierung gescheitert. Benjamin Netanjahu weist demgegenüber darauf hin, dass er mit den Mitte-Rechts-Parteien eine Mehrheit im Parlament hätte.

Grundsätzlich werden als Alternativen eine große Koalition mit Kadima, Likud und Arbeitspartei oder eine Mitte-Rechts-Regierung mit Likud, Israel Beteinu, Shas, Nationale Einheit und *United Tora Judaism*, diskutiert. Die erste Alternative hängt u.a. auch an der Arbeitspartei, die allerdings schon angekündigt hat, in die Opposition gehen zu wollen. Theoretisch wäre bei dieser Alternative auch eine Rotationslösung zwischen Tzipi Livni und Benjamin Netanjahu als Ministerpräsident möglich.

Die Politik dieser beiden Alternativen dürfte sich auch wesentlich unterscheiden, hinsichtlich innenpolitischer Fragen, vor allem aber hinsichtlich außenpolitischer Themen wie etwa dem Verhandlungsprozess mit den Nachbarn Israels. Eine Rolle dürfte auch spielen, dass die neue US-Administration unter Barack Obama auf Fortschritte im Verhandlungsprozess setzt.

Es bleibt also weiter spannend und abzuwarten, ob der überraschende Sieg von Tzipi Livni und der Kadima-Partei auch in neue Regierungsverantwortung münden wird und wie eine neue Regierung aussehen wird.

ISRAEL NACH DER MILITÄROPERATION GEGEN DIE HAMAS IM GAZASTREIFEN

Dr. Lars Hänsel | 6. Februar 2009

Am 18. Januar 2009 wurden offiziell die Kampfhandlungen gegen die radikalislamische Palästinenserorganisation Hamas im Gazastreifen eingestellt. Für eine umfassende Analyse der Auswirkungen dieser Militäroperation ist es noch zu früh. Auf vielen Ebenen, d.h. militärisch, politisch, in den Medien, auch juristisch, dauern die Auseinandersetzungen noch an. Dennoch lassen sich erste Auswirkungen erkennen, die hier analysiert werden sollen. Unmittelbare Auswirkungen hat der Krieg auf die am 10. Februar 2009 anstehende Knessetwahl in Israel.

Immer noch werden fast täglich Raketen – auch mit längerer Reichweite – aus dem Gazastreifen auf den Süden Israels abgefeuert. Zwar wird für den jüngsten Raketenbeschuss nicht direkt die Hamas verantwortlich gemacht, sondern andere radikale Gruppen wie die der Fatah nahe stehenden Al-Aqsa-Brigaden. Von Kommentatoren wird davon ausgegangen, dass dieser Raketenbeschuss nicht grundsätzlich das Ende der Kampfhandlungen in Frage stellt. Vielmehr teste die Hamas – die letztlich de facto die Macht im Gazastreifen hat – die Grenzen aus, bevor ein formales Waffenruheabkommen geschlossen ist. Die Hamas kann zudem wahrscheinlich mit Recht davon ausgehen, dass es vor den israelischen Parlamentswahlen in wenigen Tagen keine größeren Militäroperationen der israelischen Armee im Gazastreifen geben wird.

Unter ägyptischer Vermittlung werden gegenwärtig die Einzelheiten einer Waffenruhe ausgehandelt. Die Hamas legt dabei vor allem Wert auf die Öffnung der Grenzübergänge und den freien Warenverkehr, um so den Wiederaufbau zu ermöglichen. Die Hamas braucht für den Wiederaufbau und auch für die Konsolidierung ihrer Macht möglichst schnell eine Waffenruhe. Allerdings will sie sich auf eine Waffenruhe nur für maximal ein Jahr einlassen.

Für Israel ist eine Einigung nicht denkbar, wenn sie nicht auch die Freilassung des vor zweieinhalb Jahren

entführten Soldaten Gilad Shalit umfasst. Die Hamas hatte die Verknüpfung der Grenzöffnung mit dem Schicksal von Shalit lange abgelehnt. Offenbar werden aber jetzt konkrete Verhandlungen um den Preis für Shalit geführt. Dabei geht es u.a. um die Freilassung von Gefangenen der Hamas aus israelischen Gefängnissen, aber auch um den Umfang der Liste von Waren, welche in den Gazastreifen gelassen werden. Es wird erwartet, dass eine Einigung bevorsteht, auch wenn eher unwahrscheinlich ist, dass Shalit noch vor den Wahlen freigelassen wird – eher wohl noch vor dem Ende der Amtszeit Olmerts. Sollte Gilad Shalit jedoch noch vor den Wahlen freikommen, könnte das Wahlergebnis davon noch einmal wesentlich beeinflusst werden.

Auch die Organisation des Wiederaufbaus in Gaza ist noch nicht geklärt. Aus israelischer Perspektive geht es vor allem darum, der Hamas nicht zu ermöglichen, aus dem Wiederaufbau politisches Kapital zu schlagen sowie die militärische Infrastruktur wieder aufzubauen. Die Steuerung der Finanzierung, etwa die angestrebte Abwicklung der internationalen Hilfgelder über die Palästinensische Autonomiebehörde Mahmud Abbas' ist dabei nur ein Element; die Steuerung der konkreten Belieferung mit Gütern, vor allem auch Baumaterial, ein mindestens genauso wichtiges.

Unmittelbare Auswirkung hat die Militäroperation auf die anstehenden Parlamentswahlen in Israel in der nächsten Woche. Der große Gewinner war zunächst Ehud Barak: Seine Umfragewerte und die der Arbeitspartei haben sich von unter zehn Mandaten vor dem Krieg auf gegenwärtig je nach Umfrage bis zu 17 Mandaten wesentlich verbessert. Auch die Umfragewerte des Likud konnten profitieren. Benjamin Netanjahu vertritt die Auffassung, dass die Militäroperation bis zur Vernichtung der militärischen Infrastruktur und Verdrängung der Hamas von der Macht im Gazastreifen hätte weitergehen müssen.

Verloren hat dagegen Kadima: Tzipi Livni ist es nicht gelungen, ihre wichtige Rolle bei den sicherheitspolitischen Entscheidungsprozessen während der Militäroperation gegenüber der Öffentlichkeit deutlich zu machen und damit sicherheitspolitische Kompetenz zu zeigen. Dies wurde bereits vor der Militäroperation als eine ihrer Schwachstellen angesehen. Auch das wesentlich von ihr gestaltete diplomatische Ende der Operation in Gaza konnte sie nicht für sich nutzen. Dies hat u.a. dazu geführt, dass sie seit den letzten Tagen im Wahlkampf vor allem auf eine Friedensagenda setzt. Auf der Sicherheitskonferenz in Herzlija Anfang Februar, die bekanntermaßen der Ort für wichtige politische Ankündigungen von Politikern und jetzt auch Bühne für den Wahlkampf ist, hat Livni ganz klar auf eine Friedensagenda gesetzt. Kommentatoren erklären dies damit, dass sie sich in der sicherheitspolitischen Auseinandersetzung gegenüber den Herausforderern Benjamin Netanjahu und Ehud Barak offenbar kaum profilieren konnte und nun einen anderen Akzent setzt. Diese neue Akzentsetzung kam aber nach der Auffassung von Kommentatoren (zu) spät – erst nachdem sie die Profilierung über ihre Rolle bei der Militäraktion versucht hatte. Außerdem ist mehr als fraglich, ob in der Situation, in welcher noch Raketen auf den Süden Israels fallen, eine solche Botschaft bei den Wählern positiv ankommen kann.

An Unterstützung gewonnen hat auch die rechtsnationale Partei Israel Beteinu mit Parteiführer Avigdor Lieberman. Lieberman profitiert offenbar davon, dass von vielen nach dem jahrelangen Raketenbeschuss durch radikale Palästinensergruppen nicht Zurückhaltung, sondern eine harte Haltung und ein militärisches Vorgehen als Lösung gegen Terror angesehen werden. Auch der Raketenbeschuss der vergangenen Tage auf den Süden Israels hatte Lieberman noch einmal weitere Unterstützung eingebracht. Zusätzliche Punkte dürfte Lieberman dadurch gewonnen haben, dass er von den Arabern in Israel klare Loyalitätszeichen gegenüber dem israelischen Staat fordert und davon die Staatsbürgerschaft abhängig macht.

Der Gazakrieg verschärfte die ohnehin sehr angespannten Beziehungen zwischen Juden und Arabern in Israel. Die zentrale Wahlkommission hatte die arabischen Parteien von der Wahl ausgeschlossen. Arabische Knessetabgeordnete hatten den Staat Israel als jüdischen Staat abgelehnt, den bewaffneten Kampf gegen Israel unterstützt und die israelische Regierung emotional und in besonders aggressiver Weise angegriffen. Das Oberste Gericht hat diesen Ausschluss zwar inzwischen wieder aufgehoben – diese Auseinandersetzung vertiefte aber die Spannungen zwischen Juden und Arabern in Israel noch einmal drastisch.

Außenpolitisch leidet vor allem die traditionell gute Beziehung Israels mit der Türkei unter dem Gazakrieg, nachdem sich Erdogan mehrfach anti-israelisch geäußert hatte und auf dem Wirtschaftsforum in Davos das Panel mit Präsident Shimon Peres unter Protest verließ. Beide Seiten sind derzeit bemüht, die Beziehungen wieder zu normalisieren. Die Kommentare in Israel schwanken von Interpretationen mit Hinweis auf interne Auseinandersetzungen und Wahlen in der Türkei bis hin zur Neuausrichtung der Politik der Türkei mit stärkerer Orientierung nach Osten.

Auch in Bezug auf die Friedensverhandlungen mit Mahmud Abbas sind die Auswirkungen noch nicht voll absehbar. Allerdings hat der Kampf gegen die Hamas im Gazastreifen noch einmal die Spaltung der Palästinenser vor Augen geführt. Ohne eine neuerliche Einigung zwischen den verfeindeten Gruppen, vor allem zwischen der Hamas und der Fatah, wird es langfristig keine Aussicht auf die Gründung eines palästinensischen Staates geben.

Eine Einigung der Fatah mit der Hamas und deren mögliche Beteiligung an einer gemeinsamen Regierung – die derzeit nicht absehbar ist – würde dann aber auch grundsätzlich den Umgang mit der Hamas neu zur Disposition stellen. Israel will eine langfristige Legitimierung der Hamas in jedem Fall verhindern.

Auch wenn die demokratische Legitimierung der Präsidentschaft von Mahmud Abbas seit dem 9. Januar 2009 als umstritten gilt, so herrscht in Israel eine pragmatische Haltung dazu vor: Wichtiger ist die politische Entscheidung, nicht mit der Hamas, sondern mit dem als moderat geltenden Abbas weiter zu verhandeln; (verfassungs-)rechtliche Fragen, die vor allem als innerpalästinensisches Problem angesehen werden, treten dabei eher in den Hintergrund.

Dass vor allem die Hamas vom Gazakrieg profitiert hat, ist aus israelischer Perspektive überaus besorgniserregend. Dies wird durch aktuelle Umfragen in den palästinensischen Gebieten inkl. Gaza bestätigt: Wenn heute Wahlen wären, würde die Hamas nach einer Umfrage des *Jerusalem Media and Communications Centre* vom 4. Februar 2009 immerhin 28.6 Prozent der Stimmen erhalten, gegenüber 27.9 der Fatah – wobei die Hamas nach dieser Umfrage stärkere Unterstützung im Westjordanland als im Gazastreifen erhält. Dies dürfte zukünftige Friedensverhandlungen zwischen Israel und den Palästinensern nicht gerade einfacher machen.

Eine Mehrheit der Israelis hat zwar in allen Umfragen der vergangenen Monate nach wie vor mit großer

Mehrheit einer Zwei-Staaten-Lösung, d.h. der Schaffung eines palästinensischen Staates zugestimmt. Mit dem Gazakrieg stieg jedoch die allgemeine Skepsis, ob dies in absehbarer Zeit realisierbar ist.

Der Annapolis-Prozess des vergangenen Jahres sollte dazu dienen, die Palästinensische Autonomieverwaltung durch intensive Verhandlungen zu stärken und die Hamas durch den Abbruch der Kontakte zu schwächen. Nun verstärkt sich der Eindruck, als habe die Hamas es geschafft, den Annapolis-Prozess endgültig von der Agenda zu verdrängen.

Auf internationaler Ebene gibt es Bewegung in der Frage des Umgangs mit der Hamas. So wird etwa von europäischer Seite, insbesondere vom EU-Außenbeauftragten Xavier Solana ein Dialog mit der Hamas nicht mehr kategorisch ausgeschlossen. Der Sondergesandte des Quartetts, Toni Blair, hatte bereits einen Dialog mit der Hamas in Aussicht gestellt. Die neue US-amerikanische Außenministerin Hillary Clinton hat zwar erst kürzlich noch einmal auf die drei vom Quartett aufgestellten Kriterien im Umgang mit der Hamas als weiterhin relevant hingewiesen. Allerdings wartet man hier nach dem Besuch des Nahostgesandten George Mitchell noch auf die Formulierung der Nahostpolitik der neuen US-Administration.

Mit verstärkt wachsender Sorge wird nach der Militäroperation gegen die Hamas, welche als vom Iran unterstützt gilt, auf die Bemühungen des Iran nach nuklearer Bewaffnung geschaut. Die Ankündigung Obamas, mit dem Iran reden zu wollen, stößt hier auf Skepsis mit Hinweis darauf, dass die Gespräche der Europäer seit fünfeinhalb Jahren keine klaren Ergebnisse erbracht hätten. Terror, nun auch potentiell nuklear bewaffneter Terror, wird noch einmal verstärkt als größte Bedrohung Israels angesehen.

WIE WEITER IM NAHEN OSTEN?

KURZANALYSE ZUM GAZA-KONFLIKT AUS ISRAELISCHER SICHT

Dr. Lars Hänsel | 8. Januar 2009

Mit dem aktuellen Beschuss des nördlichen Israels offenbar durch palästinensische Gruppen im Südlibanon hat der Konflikt im Nahen Osten scheinbar eine neue Dimension erhalten. Dieser Beschuss war allerdings von der israelischen Armeeführung erwartet worden. Derzeit wird in Israel nicht davon ausgegangen, dass es (erneut) zu einer massiven Auseinandersetzung mit der Hizbollah kommt, auch wenn in Israel die Hizbollah als enge Unterstützerin der Hamas betrachtet wird und der Krieg gegen die Hamas im Gazastreifen nicht als Kampf gegen die Palästinenser, sondern im Kontext einer größeren Auseinandersetzung mit militanten islamistischen Kräften und dem Iran gesehen wird. Wenn von einer Ausweitung auch derzeit nicht ausgegangen wird, wurden gleichwohl schon vor Tagen tausende Reservisten eingezogen und in den Norden Israels verlegt, um für eine militärische Auseinandersetzung vorbereitet zu sein.

Der heutige Raketenbeschuss wird von der israelischen Armee allenfalls als „Zeichen“ gesehen, nicht als Eröffnung einer neuen Front. Bis vor wenigen Tagen hatte die Hizbollah die Menschen im Gazastreifen aufgefordert, „bis zum letzten Mann“ zu kämpfen – eine Aufforderung, die auch in Gaza zunehmend zynisch und unglaubwürdig gesehen wurde. Die Hizbollah möchte offenbar deutlich machen, dass auch sie gegen Israel aktiv ist, will jedoch keine Verantwortung für den Katjuscha-Beschuss übernehmen.

Israelische Analysten weisen auch darauf hin, dass die Abschreckungswirkung durch israelische Militäraktionen im vergangenen Libanonkrieg deutlich gestiegen sei. Von Hizbollah-Chef Nasrallah sei zugegeben worden, dass er von der Schlagkraft der israelischen Armee überrascht gewesen sei. Derzeit gehe es der Hizbollah um die Konsolidierung ihres Einflusses im Libanon auch im Hinblick auf die anstehenden Wahlen – eine erneute Auseinandersetzung mit Israel würde diesem Ziel derzeit nicht dienen.

Entscheidend ist deshalb, wie es im Gazastreifen weitergeht. Der Hamas und militanten Palästinensergruppen war es gelungen, seit der Evakuierung der israelischen Siedlungen und dem vollständigen Rückzug der israelischen Armee aus dem Gazastreifen im Jahr 2005 den Beschuss der israelischen Zivilbevölkerung massiv zu verstärken. Seit dem Rückzug aus dem Gazastreifen sind ca. 6.000 Raketen auf Israel gefallen. 21 Menschen kamen dabei in Israel ums Leben, Hunderte wurden verletzt. Der vor allem psychologische Druck und die Traumatisierungen hatte dazu geführt, dass viele Bewohner der Städte in der Nähe des Gazastreifens abwanderten – soweit sie sich dies leisten konnten. Außerdem wuchs der Druck auf die israelische Regierung, etwas gegen den Kassam-Beschuss zu unternehmen. Jegliche Vereinbarung, die nicht sicherstellen kann, dass es nicht wieder zu solch einer Situation kommt, ist nicht aussichtsreich. Außerdem wird jede Lösung auch die Freilassung des vor zweieinhalb Jahren von der Hamas gekidnappten Soldaten Gilat Shalit beinhalten müssen. Dies war auch der Grund, warum Israel sich nicht auf die von Sarkozy in der vergangenen Woche eingebrachten Vorschlag einer „humanitären Waffenruhe“ einlassen konnte.

Der Hamas war es zudem in letzter Zeit gelungen, die Reichweite, Schlagkraft und Zielgenauigkeit der aus dem Gazastreifen abgefeuerten Raketen deutlich zu erhöhen. Möglich wurde dies zuletzt durch den Schmuggel über die Grenze Ägyptens zum Gazastreifen, der so genannten Philadelphia-Route. Israelische Beobachter gehen davon aus, dass es bis zu 400 Tunnel an dieser Grenze und einen florierenden Schmuggel gibt.

Als wichtigste Voraussetzung für einen nachhaltigen Waffenstillstand gilt deshalb jetzt das Unterbinden des Waffenschmuggels über die Grenze Ägypten-Gaza an der so genannten Philadelphia-Route und das Verhindern der Wiederaufrüstung der Hamas. Darauf konzentrieren sich jetzt alle Bemühungen. Alles andere ist derzeit aus hiesiger Perspektive kaum relevant und

Spekulation, etwa ein internationales Regime in Gaza, aber auch die Frage, welche Rolle die Fatah in Zukunft im Gazastreifen spielen könnte. Ziel der Militäraktionen ist nach israelischen Angaben nicht die Beseitigung der Hamas-Regierung.

Für eine Lösung kommt Ägypten eine Schlüsselrolle zu. Derzeit wird eine gemeinsame ägyptisch-französische Initiative von Israel geprüft. Condoleezza Rice hat bereits ihre Unterstützung signalisiert. Die Einzelheiten der Initiative sind jedoch noch nicht bekannt und viele Fragen noch offen. Dazu gehören Garantien und eine internationale Präsenz zum Monitoring oder zur Überwachung mit „robustem Mandat“. Ein „robustes Mandat“ scheint im Moment eher unwahrscheinlich, allein Beobachter sind jedoch aus israelischer Perspektive ohne Wirkung. Immerhin hat offenbar die Türkei schon Truppen angeboten. Nach Medienberichten haben auch Dänemark und die Niederlande Truppen für eine EU Beobachtungsmission angeboten.

Derzeit wird auch eine Aufstockung der bereits auf der ägyptischen Seite der Grenze stationierten US-amerikanischen Spezialisten diskutiert. Generell gelten für den Sinai die Bestimmungen des Entflechtungsabkommens nach der Rückgabe des Sinai an Ägypten, worin u. a. eine Demilitarisierung des Ost-Sinai und eine Begrenzung ägyptischer Truppen im West-Sinai geregelt sind. Dies wird nun sicher auf dem Prüfstand stehen. Als entscheidend gelten aber ägyptische Garantien, den Waffenschmuggel wirksam zu unterbinden.

Auch die Frage, welche Rolle die Hamas bei der Gestaltung des Abkommens spielen soll und wer letztlich Partner des Abkommens sein sollen, ist noch offen.

Die Hamas stellt derzeit als Hauptbedingung die Öffnung der Grenzübergänge. Israel will in jedem Fall bei den Verhandlungen eine Legitimierung der Hamas verhindern. Israel ist derzeit dagegen, die Hamas in die laufenden Verhandlungen einzubeziehen. Die palästinensische Führung unter Mahmud Abbas spielt bei den Verhandlungen derzeit keine Rolle und tritt aus hiesiger Perspektive auch sonst in Bezug auf den Krieg gegen die Hamas im Gazastreifen kaum in Erscheinung.

Gestern hat Israel den Unterhändler des Verteidigungsministeriums, Amos Gilad, zu Verhandlungen nach Ägypten entsandt. Diese Gespräche werden von entscheidend sein auch hinsichtlich der Frage, ob Israel den gegenwärtigen diplomatischen Bemühungen Aussicht auf Erfolg zuzuspricht, oder ob man weiter militärisch gegen die Hamas vorgeht. Für einen nachhaltigen Erfolg jeglicher Lösung scheint auch das Engagement weiterer arabischer Staaten von hoher Bedeutung.

Das israelische Kabinett hat inzwischen einer Ausweitung der Militäraktionen im Gazastreifen zugestimmt. Gaza-Stadt und weitere Städte wie der Grenzort Rafah sind offenbar von der Hamas untertunnelt worden, Beobachter sprechen von einer „unterirdischen Stadt“. Die militärischen Aktionen werden derzeit offenbar zunehmend schwieriger und riskanter.

Bei jeglicher Lösung will sich Israel zudem die Möglichkeit in Zukunft offen halten, selbst im Gazastreifen mit der Armee zu agieren, falls dies zur Verhinderung der Wiederaufrüstung der Hamas notwendig ist. Modell könnte dafür nach israelischen Analysten der im Westjordanland bereits praktizierte Mechanismus sein. Die palästinensischen Sicherheitskräfte sichern zwar derzeit zunehmend „Law and Order“ im Westjordanland, die Bekämpfung von Terroristen geht Israel jedoch nicht weit genug. Die IDF agiert deshalb in der Westbank ad hoc.

Der internationale Druck, die Kampfhandlungen auch um des Schutzes der Zivilbevölkerung willen einzustellen, nimmt in diesen Tagen weiter zu. Die humanitäre Situation im Gazastreifen wird nicht nur international, sondern auch in der israelischen Gesellschaft mit Sorge beobachtet und diskutiert. Das Hauptdilemma für die israelische Armeeführung besteht in der asymmetrischen Kriegsführung und in der hohen Zahl ziviler Opfer: Nach Ansicht der Israelischen Armee (IDF) ist es Teil der Strategie der Hamas, die Zahl der zivilen Opfer auf palästinensischer Seite in die Höhe zu treiben, da man hierdurch die öffentliche Meinung gegen Israel mobilisieren möchte. Zivilisten werden nicht selten als menschliche Schutzschilde missbraucht. Offizielle Sprecher der israelischen Armee weisen immer wieder auf weitreichende Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung. Dazu gehören u. a. die genaue Vorwarnung der Bevölkerung per Telefon und Flugblätter vor geplanten Bombardierungen. Dennoch könnte dieses Dilemma zunehmen, sollten die Kampfhandlungen noch länger anhalten, für die jedoch der politische Spielraum zunehmend enger wird.

Positiv wird hier generell die Aussage von Kanzlerin Angela Merkel vermerkt, dass die Sicherheit Israels Schlüssel für einen Waffenstillstand ist.

Alles sieht im Moment also aus hiesiger Perspektive nach einer Lösung aus, bei der Ägypten eine Schlüsselrolle hat und letztlich die Vermittlerin zwischen Israel und der Hamas einnimmt. Ägypten muss in Zukunft – mit noch zu verhandelnder internationaler Hilfe und unterstützt von den USA – den Waffenschmuggel unterbinden und damit eine Wiederbewaffnung der Hamas verhindern.

KAS-AUSLANDSBÜRO RAMALLAH |
PALÄSTINENSISCHE AUTONOMIEGEBIETE

PALÄSTINENSISCHE REAKTIONEN AUF DAS WAHLERGEBNIS IN ISRAEL

Thomas Birringer | 12. Februar 2009

Nach Auszählung von rund 99 % der abgegebenen Stimmen steht fest, dass in den israelischen Parlamentswahlen vom 10. Februar 2009 die zentristische Partei Kadima der Außenministerin Tzipi Livni mit 28 Mandaten einen knappen Vorsprung vor dem rechtsgerichteten Likud unter Benjamin Netanjahu (27 Mandate) erzielen konnte. Da jedoch insgesamt die Parteien rechts des Zentrums eine Mehrheit der Sitze erreichten, besteht die Möglichkeit, dass die neue Regierung aus einer Koalition dieses politischen Spektrums (mit oder ohne Kadima) unter Führung Netanjahus gebildet werden wird. Weniger wahrscheinlich ist die Option einer „großen Koalition“ zwischen Kadima, Likud und der Arbeitspartei unter der Führung Livnis.

Die rechte Partei *Israel Beiteinu (Israel unser Haus)* des russischen Einwanderers Avigdor Lieberman konnte mit 15 Mandaten einen großen Erfolg verzeichnen und sich als drittstärkste politische Kraft im Land etablieren. Sie wird eine entscheidende Rolle in den Koalitionsverhandlungen spielen und hat damit gute Chancen, wenigstens Teile ihres Programms durchzusetzen. Weit abgeschlagen an vierter Stelle liegt die mitte-links angesiedelte Arbeitspartei mit lediglich 13 Mandaten.

Der Wahlausgang in Israel wird in den palästinensischen Medien zurückhaltend bewertet. Zwar beherrschen die Wahlen die Titelseiten aller palästinensischen Tageszeitungen, in Kommentaren wird der Einfluss des Wahlergebnisses oder eines Regierungswechsels auf den Friedensprozess jedoch eher heruntergespielt. Hintergrund ist der spätestens seit dem gescheiterten Annapolisprozess vorherrschende Eindruck auf palästinensischer Seite, dass der Friedensprozess keinerlei Ergebnisse gebracht habe, unabhängig davon, welche Regierung auf israelischer Seite die Verhandlungen führte. So wird von palästinensischer Seite z.B. die stetig anwachsende Zahl israelischer Siedlungen unter allen israelischen Regierungen be-

tont. Der gerade beendete Krieg im Gazastreifen hat diesen Eindruck noch verstärkt. Die Tatsache, dass der Krieg von der Mitte-Links-Troika Ehud Olmert, Tzipi Livni (beide Kadima) und Ehud Barak (Arbeitspartei) geführt wurde, hat die Erwartungen an diese beiden Parteien von palästinensischer Seite erheblich gedämpft.

Dennoch wäre die Bildung einer „großen Koalition“ oder zumindest eine Regierungsbeteiligung von Kadima mit Tzipi Livni gerade für die in der Westbank regierenden Moderaten und die Fatah-Partei von Präsident Abbas ein Hoffnungszeichen. Im Wettbewerb mit der radikal-islamischen Hamas um die Zustimmung der palästinensischen Bevölkerung ist Abbas dringend auf einen Verhandlungserfolg und israelische Zugeständnisse angewiesen, vor allem in den Bereichen Siedlungsstopp und Verbesserung der Bewegungsfreiheit in der Westbank.

Der andere mögliche Verhandlungspartner der Palästinenser, Netanjahu, ist trotz seiner früheren markigen Rhetorik bereits im Wahlkampf von seiner Forderung nach einer Beendigung der Friedensverhandlungen mit der PA und einem rein „wirtschaftlichen Frieden“ abgerückt und positioniert sich derzeit recht vage, so dass auch eine Koalition unter seiner Führung nicht zwangsläufig ein Ende des Friedensprozesses bedeuten dürfte. Dafür spricht auch, dass die Wahl Barack Obamas in den USA neue Aussichten auf ein verstärktes amerikanisches Engagement in den Verhandlungen gebracht hat – zu einem Zeitpunkt, in dem mit der Arabischen Friedensinitiative ein konkretes Angebot an Israel auf dem Verhandlungstisch liegt. Entsprechend fatal wäre ein Stillstand im Friedensprozess durch langwierige Koalitionsverhandlungen in Israel und gegebenenfalls eine daraus hervorgehende rechtsgerichtete Regierung.

Abbas erklärte sich so auch bereit, mit jedem israelischen Ministerpräsidenten zu verhandeln, der den

Friedensprozess unterstütze, und zeigte sich in einem Interview mit der italienischen Zeitung *La Repubblica* sogar vorsichtig optimistisch: „Wir machen uns keine Sorgen über den Aufstieg der israelischen Rechten. Wenn eine Regierung, in welcher Formation auch immer, erstmal an der Macht ist, wird sie Verantwortung übernehmen müssen und dann wird Pragmatismus vorherrschen“. Sein Sprecher Nabil Abu Rudeina warnte jedoch, Voraussetzung für Friedensverhandlungen sei ein vollständiger Stopp der israelischen Siedlungsaktivitäten in der Westbank. Dies wird jedoch von allen sechs möglichen Koalitionspartnern einer rechtsgerichteten Regierung unter Netanjahu abgelehnt. Daher versucht die palästinensische Seite derzeit Einfluss auszuüben, indem sie die internationale Gemeinschaft zur „diplomatischen Isolation“ einer israelischen Regierung auffordert, die den Friedensprozess ablehnt.

Die Hamas betonte unterdessen, dass sie keinen Unterschied zwischen der Politik des Likud oder der Arbeitspartei sähe. Sprecher der radikal-islamischen Bewegung bezeichneten die gewählten Repräsentanten Israels als „rechtsgerichtete Extremisten“ und „radikalste Terroristen“.

„ES GIBT EINE SPALTUNG UNTER DEN PALÄSTINENSERN“

Interview mit Thomas Birringer | 7. Januar 2009

Was will Israel mit dem Angriff auf die Hamas erreichen?

Das operative Ziel ist offen. Ein sicheres Ende des Raketenbeschusses durch die Hamas lässt sich nur mit der Zurückeroberung des Gazastreifens erreichen, was sehr schwierig und verlustreich sein würde. Eine Waffenruhe zu besseren Konditionen würde Gespräche mit Hamas erfordern, wozu Israel im Moment nicht bereit ist. Eine dauerhafte Wiederbesetzung des Gazastreifens durch Israel wäre allerdings nicht sinnvoll und wird nach allen Aussagen aus Israel auch nicht angestrebt.

Wie reagiert die palästinensische Bevölkerung auf den Angriff?

Die Palästinenser sind betroffen und sehr aufgebracht. Im Westjordanland, in Ostjerusalem und auch in den arabischen Städten in Israel kommt es zu teilweise gewalttätigen Protesten gegen diesen Angriff. Ich rechne nicht mit einer dritten Intifada, aber die Aufregung ist schon groß. Es gibt eine kleine aber wichtige Minderheit, vor allem in der Westbank, die nach der gewaltsamen Übernahme des Gazastreifens durch die Hamas noch eine Rechnung mit den Islamisten offen hat und das gegen die Hamas gerichtete militärische Vorgehen tendenziell eher befürwortet, da Hamas mit äußerster Brutalität gegen die innenpolitischen Gegner im Gazastreifen vorgegangen war.

Wie hat bisher die Fatah im Westjordanland auf den Angriff reagiert?

Bemerkenswert sind die Stellungnahmen von Präsident Abbas, sowie einiger Fatah-Vertreter, aber auch aus Ägypten und Saudi-Arabien. All diese Stimmen geben Hamas zumindest eine Mitschuld an dieser Eskalation. Es gibt also eine Spaltung unter den Palästinensern, aber auch innerhalb der Fatah. So rief beispielsweise der Führer der „jungen Garde“ innerhalb

von Fatah, der in Israel inhaftierte Marwan Barghouti, seine Parteifreunde auf, gemeinsam mit Hamas gegen Israel zu kämpfen.

Wie lange könnte der Konflikt noch andauern?

Der bewaffnete Konflikt wird vermutlich bei der Amtsübernahme von Barack Obama (20. Januar, die Red.) zu Ende sein. Ob er schon vorher zu Ende ist, hängt davon ab, wie verlustreich er ist, wie stark die Vermittlungsversuche sind und ob Israel seine Ziele schon früher erreicht sieht. Israel hat mit Sicherheit eine Exit-Strategie, wahrscheinlich eine international sanktionierte Resolution. Ob das die Übergabe des Gazastreifens an die Palästinensische Autonomiebehörde oder sogar internationale Truppen beinhaltet, ist momentan allerdings noch völlig unklar.

Welche Rolle spielt der Übergang von George W. Bush zu Barack Obama während des Konflikts?

Auch Obama hat klar Verständnis für Israel gezeigt, unterscheidet sich allerdings in Nuancen zu Bush. Von israelischer Seite will man die Amtseinführung nicht mit einem Krieg im Nahen Osten belasten, daher will man die Militäraktionen in Gaza bis dahin sicherlich beendet haben.

Wie kann eine bessere humanitäre Versorgung der Palästinenser im Gazastreifen gewährleistet werden?

So wie die Kämpfe sich momentan gestalten ist es sehr schwierig, flächendeckend Hilfsgüter an die Bevölkerung zu bringen. Die aktuell beschlossenen Hilfskorridore während mehrstündiger Kampfpausen sind ein erster Schritt. Letztlich kann die Situation aber nur nach dem Ende der Kampfhandlungen nachhaltig verbessert werden. Langfristig kann der Gazastreifen nur befriedet werden, wenn er auch wirtschaftlich wieder auf die Beine kommt.

Wie sind die Informationen der beiden Kriegsparteien über den Verlauf des Konflikts einzustufen?

Wie bei allen asymmetrischen Konflikten sind die Medien und die Berichterstattung Teil der Kriegsführung, beide Seiten kämpfen auch mit Bildern. Hamas ist daran interessiert, dass möglichst viele Opfer der Angriffe gezeigt werden, und Israel will das eigene Leid darstellen. Neu ist, dass Israel internationalen Berichterstatern nicht erlaubt, auch nur in die Nähe des Gazastreifens zu kommen. Es gibt aus Gaza momentan also nur Bilder von palästinensischen Kameralauten, was Hamas die Möglichkeit gibt, die Darstellung in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Welche Institution bzw. welches Land hat die besten Voraussetzungen für eine Vermittlerrolle?

Verschiedene kommen in Frage: Ägypten ist allerdings stark in der Kritik der anderen Araber, in einer ähnlichen Situation ist Saudi-Arabien. Die Türkei ist wichtiger geworden und könnte eine Rolle einnehmen, ebenso die EU, die aber unbedingt mit einer Stimme sprechen muss. Der entscheidende Vermittler ist nach wie vor die USA, einfach weil sie die größte „Hard Power“ aufbringen können.

Wie könnte es nach Ende des Konflikts mit den verschiedenen Parteien im Gazastreifen weitergehen?

Eine Variante ist, dass die Fatah das Gebiet auf irgendeine Art und Weise zurückgewinnt. Das ist das Best-Case-Szenario, wir hätten dann wieder eine Stimme die für die Palästinenser spricht, und zwar unter dem prowestlichen Abbas. Dabei darf man aber nicht vergessen, dass eine solche Lösung nur wenig Rückhalt in der Bevölkerung hätte. Vielleicht kann aber Hamas die militärische Niederlage auch in einen politischen Sieg ummünzen, so dass sie unter der Oberfläche doch Nutzen aus dem Konflikt zieht und die Islamisten im arabischen Raum insgesamt gestärkt werden.

SIEBEN PUNKTE ZUR MILITÄRAKTION IN GAZA

Thomas Birringer | 5. Januar 2009

1. Die Luftangriffe zu Beginn der israelischen Militäraktion kamen für Hamas zu diesem Zeitpunkt *über-raschend*, obwohl Hamas durch die fortgesetzten Raketenabschüsse auf Israel nach Auslaufen des Waffenstillstandes zweifellos ihr Auslöser war. Entsprechend schwer getroffen sind Führung, Befehlswege, Reserven und Infrastruktur der Islamisten. Militärisch ist Hamas klar in der *Defensive*. Ähnlich wie Hisbollah im zweiten Libanonkrieg vom Sommer 2006 wird Hamas jedoch versuchen, eine militärische Niederlage mit Hilfe der öffentlichen Meinung in der arabischen Welt in einen politischen Sieg umzumünzen.
2. Nach Beginn der israelischen Bodenoffensive stellt sich nach wie vor die Frage des *operativen Zieles* der Aktion. Ein Ende der Raketenangriffe ließe sich nur durch die komplette Wiedereroberung des Gazastreifens garantieren, eine Waffenruhe zu für Israel besseren Bedingungen erscheint wenig spezifisch und würde erneute Gespräche mit Hamas erfordern. Dazu scheint derzeit keine Bereitschaft zu bestehen, trotz erneuter Vermittlungsversuche Ägyptens. Eine dauerhafte Wiederbesetzung des Gazastreifens wäre jedoch für Israel nicht sinnvoll und wird nach allen Aussagen auch nicht angestrebt.
3. Bemerkenswert sind die Stellungnahmen von Präsident *Abbas*, sowie einiger Fatah-Vertreter, aber auch aus Ägypten und Saudi-Arabien. All diese Stimmen geben Hamas zumindest eine Mitschuld an dieser Eskalation. Diese klaren Aussagen sind in Anbetracht des hohen öffentlichen Drucks in der arabischen Welt zur Solidarität mit Hamas nicht zu unterschätzen. Sie zeigen zunächst, wie tief die *Spaltung* nicht zuletzt unter den Palästinensern selbst ist. Entsprechend scharf ist die Kritik der Islamisten von Hamas und Hisbollah insbesondere an Ägypten. Auch Abbas wurde des Verrats und der Kollaboration beschuldigt.
4. Somit deutet einiges darauf hin, dass im Rahmen der Militäraktion zumindest weite Teile des Gazastreifens von Israel erobert werden dürften, jedoch nur für kurze Zeit. Eine Befriedung durch Dritte (internationale Truppen?) bleibt zunächst vage. Damit rückt eine weitere Option in den Bereich des Möglichen: Der Versuch, auch in Gaza wieder die offizielle Regierung der *Palästinensischen Autonomiebehörde* (PA) unter Präsident Abbas zu installieren. Sprecher der Fatah haben bereits ihre Bereitschaft zur „Übernahme der Verantwortung“ in Gaza geäußert. Ägyptische Stellungnahmen, die eine Öffnung der Grenze nach Ägypten bei Rafah (eine der Bedingungen von Hamas für eine Waffenruhe) von deren Kontrolle durch die PA abhängig machen, sprechen ebenfalls dafür.
5. Für Israel könnte dies ein Lösungsszenario für das Problem der dauerhaften Verantwortung für Gaza darstellen. Die Rückeroberung des Gazastreifens durch *Fatah mit Hilfe Israels* würde Präsident Abbas jedoch in den Augen der palästinensischen Bevölkerung und der Bevölkerungen – nicht der Regierungen – der meisten arabischen Nachbarstaaten sehr schaden. Auch rief beispielsweise der Führer der „jungen Garde“ innerhalb von Fatah, der in Israel inhaftierte Marwan Barghouti, seine Parteifreunde auf, gemeinsam mit Hamas gegen Israel zu kämpfen. Fatah scheint also auch hier gespalten. Sollte Abbas das Risiko eingehen, wäre zwar gleichzeitig die Frage seiner formalen *Legitimität* in Anbetracht der Debatte über den Ablauf seiner Amtszeit mangels ernsthafter Opposition vom Tisch. Künftige Wahlen würde Hamas jedoch wohl boykottieren. Eine pro-westliche und friedensbereite PA mit schwindender Unterstützung in der Bevölkerung wäre die Folge.
6. Eine „*Dritte Intifada*“ ist nicht wahrscheinlich. Hamas dürfte militärisch sehr geschwächt aus dem Krieg in Gaza hervorgehen und in der Westbank wären die Sicherheitskräfte der PA eher bemüht,

einen solchen Aufstand zu verhindern. Bereits jetzt wurden Solidaritätskundgebungen für Hamas in der Westbank von der PA verboten und auch mit Gewalt verhindert. Auch wurden beispielsweise aus Solidarität mit Hamas streikende Geschäftsleute gezwungen, ihre Läden wieder zu öffnen.

7. Ob der jüngste Waffengang in Gaza ein Ende des *Friedensprozesses* bedeutet, ist damit noch nicht klar. Die Arbeit der KAS Ramallah, besonders im Bereich des israelisch-palästinensischen Dialoges, wird jedoch erschwert.

DIE PALÄSTINENSER NACH DEM GAZA-KRIEG

Thomas Birringer | 5. Januar 2009

AUSGANGSSITUATION

Nach Auslaufen des gegen Ende bereits brüchig gewordenen halbjährigen Waffenstillstandes zwischen Israel und der im Gazastreifen herrschenden Hamas am 19. Dezember 2008 wurde fortgesetzt israelisches Territorium vom Gazastreifen aus mit Raketen beschossen. Am 27. Dezember begann daraufhin die israelische Luftwaffe Angriffe auf Ziele der Hamas. In der bis zum 18. Januar 2009 dauernden Militäroperation „Gegossenes Blei“ griff die israelische Armee die Regierungsinfrastruktur in Gaza sowie Stellungen, Tunnel nach Ägypten, und verschiedenen andere Einrichtungen der Hamas einschließlich der Wohnungen ihres Führungspersonals an. Derweil nahm die Hamas den Süden Israels unter ständigen Raketenbeschuss. Dabei wurde erstmals auch die große Stadt Beer Sheva getroffen. Hamas war der klare Auslöser dieser bisher ungesehenen Eskalationsstufe, wurde jedoch selbst von der Härte und dem Umfang des israelischen Vorgehens überrascht.

Nach einleitenden Luftangriffen stießen in der zweiten Phase des Einsatzes israelische Bodentruppen in den Gazastreifen vor und teilten ihn in drei Abschnitte auf. In einer unvollendeten dritten Phase führte die israelische Armee, unterstützt von Luftangriffen und Artillerie, in den urbanen Zentren Einsätze gegen die militärischen Kapazitäten der Hamas, insbesondere die Fähigkeit, Raketen abzuschießen, durch. Nach 22 Tagen israelischen Militäreinsatzes im Gazastreifen spricht die palästinensische Seite von 1.300 Toten und bis zu 5.400 Verwundeten. Hamas behauptet, dass mindestens 900 der getöteten Menschen Zivilisten gewesen seien, israelischen Angaben zufolge ist der zivile Anteil unter den Opfern sehr viel geringer und liegt bei etwa einem Viertel. Verifizierbare Angaben dazu liegen nicht vor. Durch Telefonanrufe und Flugblätter hat die israelische Armee die Bewohner der betroffenen Gebiete vorzuwarnen versucht, um so zivile Verluste zu minimieren. In Anbetracht der außerordentlich hohen Siedlungsdichte im Gazastreifen und der – sicherlich nicht nur zufälligen – Positionierung von militärischen

und zivilen Einrichtungen der Islamisten in bewohntem Gebiet war mit vielen zivilen Opfern zu rechnen. Israel steht darüber hinaus in der Kritik wegen verschiedener mutmaßlich der Genfer Konvention widersprechender Vorfälle, wie beispielsweise einem Angriff auf eine Schule des UN-Flüchtlingshilfswerkes UNRWA oder des umstrittenen Einsatzes von Phosphorgeschoß und anderer Waffen.

Mehrere Hamas-Führer wurden während der Offensive getötet, darunter Hamas-Innenminister Said Siyyam, der Chef der Polizei in Gaza Tawfiq Jabber, der hochrangige Geistliche und Milizenführer Nizar Rayyan – als Anführer des so genannten „Taliban-Flügels“ der fundamentalistischste Protagonist an der Hamas-Spitze und wichtigste Kontaktmann Teherans. Die militärische Infrastruktur der Hamas scheint nachhaltig geschwächt, ist aber noch vorhanden. Gegen Ende des Krieges flogen zwar deutlich weniger Raketen auf Israel, ganz konnte der Beschuss jedoch nicht gestoppt werden. Es wird berichtet, dass Hunderte von Hamas-Kämpfern getötet und annähernd 2.500 verwundet wurden. Hamas und andere militante Gruppen im Gazastreifen geben dagegen an, dass 158 Kämpfer getötet worden seien. Insgesamt wird vermutet, dass vor dem Krieg 25.000 Hamas-Kämpfer und andere Militante (Al-Aqsa-Brigaden, Islamischer Dschihad, und andere) im Gazastreifen unter Waffen standen. Klar ist außerdem, dass Hamas potenziell immer noch Kapazitäten besitzt, den Raketenbeschuss wieder aufzunehmen. Dies zeigen auch die vereinzelt Raketenabschüsse, die es bislang nach dem Ende der Kampfhandlungen gab.

Auf israelischer Seite kamen während des Konflikts 13 Menschen ums Leben, davon zehn Soldaten. Neun der Soldaten wurden im Gazastreifen getötet, vier darunter sind Opfer von so genanntem „friendly fire“.

Erste unabhängige Untersuchungen sprechen von einem Schaden im Gazastreifen von insgesamt zwei Milliarden Dollar. Die Regierungsinfrastruktur ist völlig zerstört. Insbesondere der Hamas als Ministerien

dienende Gebäude, sowie Einrichtungen der Polizei und Sicherheitskräfte wurden von israelischen Luftangriffen getroffen. Zudem wurden tausende Wohnhäuser und Fabriken sowie Dutzende Moscheen, Schulen, Sicherheitseinrichtungen und auch Strom- und Wasserleitungen zerstört oder beschädigt.

DIE LAGE IN DER WESTBANK

Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) hat die öffentliche Ordnung in der Westbank weitestgehend aufrecht erhalten. Das zum Teil gewalttätige Vorgehen der Sicherheitskräfte der PA gegen Demonstrationen für Hamas, in Kombination mit einer generellen Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung, verhinderte ein Übergreifen des bewaffneten Konflikts auf die Westbank. Obwohl verschiedentlich führende Mitglieder von Hamas und Hisbollah zum Aufstand und zu Selbstmordattentaten aufgerufen haben und es zu vereinzelt Übergriffen vor allem auf israelische Siedler kam, ist derzeit keine „Dritte Intifada“ zu erwarten.

Andererseits verlor der in der Westbank regierende palästinensische Präsident und Fatah-Vorsitzende Mahmoud Abbas in der Bevölkerung seit Beginn der israelischen Offensive rasant an Ansehen. Besonders negativ wurde aufgenommen, dass Abbas zu Beginn der Luftangriffe Hamas – zu Recht – für die Eskalation des Konfliktes und damit das militärische Vorgehen Israels verantwortlich gemacht hat. Die meisten Menschen hatten sich eher die übliche markige Kriegsrhetorik und Solidaritätsbekundungen gewünscht. Auch dass Abbas bei einem Treffen mit Ägyptens Präsident Husni Mubarak keine Öffnung des Grenzüberganges Rafah vom Gazastreifen nach Ägypten erreichen konnte, sehen viele Palästinenser als Schwäche an. Schon der Wahlsieg der Hamas im Jahr 2006 war ein Ausdruck der Unzufriedenheit der Palästinenser mit Korruption und Stillstand in den Autonomiegebieten unter Fatah. Trotz des Umstandes, dass führende Fatah-Vertreter die Einheit der Palästinenser beschwören, haben Abbas und mit ihm wohl Fatah erneut schweren Schaden in ihrer Popularität erlitten.

Die bisherige Haltung der Fatah in diesem Konflikt zeigt, dass viele in der Fatah eine Schwächung von Hamas durchaus begrüßen und darüber hinaus generell bereit sind, im Gazastreifen wieder die „Verantwortung“ zu übernehmen. Fatah kann und will sich jedoch nicht direkt von Israel den Weg in den Gazastreifen freimachen lassen, denn dies hätte einen noch weiteren Popularitätsverlust zur Folge. Die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) stünde damit in den Augen der Bevölkerung als der verlängerte Arm Israels da.

Die langfristigen Folgen eines Autoritätsverlustes der PA unter Abbas, der seit der letzten Parlamentswahl 2006 und dem Scheitern der Einheitsregierung unter Beteiligung der Hamas hauptsächlich per Dekret regiert, sind noch nicht abzusehen. Denn auch unabhängig vom Krieg in Gaza wächst der Druck auf Abbas. Der vor Jahren gewählte Weg der Gewaltlosigkeit und der Verhandlungen mit Israel hat in den Augen vieler keine sichtbaren Früchte getragen. Präsident Abbas benötigt dringend Erfolge, die die Lebensbedingungen der Menschen in der West Bank nachhaltig verbessern, vor allem in den Bereichen Siedlungsstopp und Bewegungsfreiheit. Ohne solche Erfolge am Verhandlungstisch wird es Abbas immer schwerer fallen, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass sich Verhandlungen lohnen.

Umso schwerer wiegen nun die Vorwürfe in der Bevölkerung gegen ihn, mit Israel im Gazakrieg kooperiert zu haben. Die gewaltsame Unterdrückung von Solidaritätskundgebungen mit Hamas in der West Bank standen im starken Widerspruch zum Wunsch der Bevölkerung nach Einigkeit in Zeiten des Krieges. Es ist davon auszugehen, dass Abbas, dem ohnehin seit längerem Amtsmüdigkeit nachgesagt wird, nun auch innerhalb der Fatah an Unterstützung verlieren könnte. Außer dem in Israel inhaftierten Anführer der „jungen Garde“, Marwan Barghouti, gibt es zwar keine wirkliche Alternative zu Abbas, doch äußern zunehmend Vertreter der „jungen Garde“ ihren Unmut über den Präsidenten und Fatah-Vorsitzenden. Barghouti selbst hält sich im Hinblick auf eine Kandidatur jedoch bedeckt. Hinzu kommt, dass der nach über fünfzehn Jahren ohne Neuwahlen ausstehende nächste Parteitag der Fatah, der für Ende 2008 geplant war, immer wieder verschoben wurde. Nun soll er im Frühjahr stattfinden. Zuletzt waren die innerparteilichen Vorbereitungen vorangekommen. Die Wahl der Delegierten war weitgehend abgeschlossen, nachdem der komplizierte Schlüssel hierfür zu Gunsten der jungen Garde modifiziert worden war. Zuletzt hatte man noch über den Ort gestritten und sich für eine Parteikonferenz außerhalb der Palästinensischen Gebiete (vermutlich in Jordanien) entschieden, was vielen altgedienten Fatah-Mitgliedern im Exil eine Teilnahme ermöglicht hätte.

Hinzu kommt die Frage nach der Amtszeit von Abbas als Präsident, die momentan auf Grund der israelischen Militäroperation etwas aus dem Blickfeld gerückt ist. Bis zum 9. Januar 2009 hatte Hamas Mahmoud Abbas noch als rechtmäßigen Präsidenten angesehen, der damit die letzte funktionierende Institution darstellte, die die beiden Landesteile Westbank und Gazastreifen miteinander verband.

Die Legitimität der Notstandsregierung in Ramallah unter Premierminister Salam Fayyad wird von Hamas bestritten. Präsident Abbas hatte diese eingesetzt, nachdem Hamas im Juni 2007 in einem blutigen Putsch die Kontrolle im Gazastreifen übernommen hatte und die vorherige „Regierung der Nationalen Einheit“ mit Beteiligung von Hamas und Fatah damit gescheitert war. Fayyad regiert seitdem per Dekret de facto nur die Westbank, ist aber de jure für die ge-

samten Palästinensischen Gebiete zuständig. Das Parlament (PLC) kann diese Regierung weder bestätigen noch ablehnen, da es durch Abwesenheit einiger in Israel inhaftierter Hamas-Abgeordneter und einer Blockadepolitik vor allem von Hamas mittels eines 50-Prozent-Anwesenheitsquorums für die Beschlussfähigkeit handlungsunfähig ist. Im Gazastreifen besteht derweil eine „abtrünnige“ Hamas-Regierung unter Ministerpräsident Ismail Haniyyeh.

Abbas' Amtszeit umstritten. Bei Gründung der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) durch die Osloer Verträge Mitte der 1990er Jahre waren weder für deren direkt gewählten Präsidenten, noch für ihr Parlament, den Palästinensischen Legislativrat (PLC), Amtszeiten festgelegt worden, da sie als vorübergehende Institution bis zur für das Jahr 2000 geplanten Gründung eines palästinensischen Staates angelegt war. Statt dieser Staatsgründung kam es jedoch zur zweiten Intifada, das Provisorium PA blieb bestehen. Erst nach dem Tod von Präsident Yassir Arafat Ende 2004 führte man Amtsperioden ein: Im Jahr 2005 änderte der PLC das Grundgesetz mit der Einführung einer vierjährigen Amtszeit des Präsidenten. Gleichzeitig wurde ein Wahlgesetz verabschiedet, das Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zur gleichen Zeit vorsieht.

Da aber die Präsidentschaftswahlen bereits im Januar 2005, die Parlamentswahlen aber erst im Januar 2006 stattfanden, widersprechen sich diese beiden am gleichen Tag geänderten bzw. verabschiedeten Gesetze nun im Hinblick auf den Zeitpunkt der nächsten Präsidentschaftswahl und den Ablauf von Abbas' Amtszeit Anfang 2009 oder erst 2010. Viele Juristen argumentieren, dass aufgrund der Gleichzeitigkeit der Gesetzesänderung das Grundgesetz hier nicht dem Wahlgesetz vorzuziehen sei, da es sich um einen einheitlichen Willen des Parlamentes handle und die beiden Wahlen 2005 und 2006 somit als eine einzige Wahl an zwei Terminen anzusehen seien. Dies spräche für eine Amtszeit von Abbas bis 2010. Hinzu kommt, dass diese Gesetzesänderung erst nach der Wahl von Abbas stattfand und somit dessen Amtszeit nicht rückwirkend betroffen sein könne. Hamas betrachtet jedoch nicht nur die Amtszeit des Präsidenten als abgelaufen, sondern sieht auch den Parlamentspräsidenten (seit der PLC-Wahl 2006 von Hamas gestellt) als dessen rechtmäßigen Vertreter an. Eine solche Vertretung sieht selbst das Grundgesetz jedoch nur für den Fall des Todes, der Krankheit oder Unmündigkeit des Präsidenten vor.

Unter dem Strich dürfte die Frage von Amtszeit und Neuwahlen jedoch nicht juristisch, sondern politisch entschieden werden.

Inzwischen betrachtet Hamas zwar ihren Parlamentspräsidenten Abdel Aziz Dweik als amtierenden Präsidenten; er ist jedoch in Israel inhaftiert und sein Stellvertreter Ahmed Bahar hält sich im Gazastreifen auf. Nach dem Krieg in Gaza hat sich Hamas jedoch mit Forderungen nach einem Rücktritt von Abbas bis jetzt auffallend zurückgehalten und scheint dieses Thema derzeit nicht zu forcieren.

Im Gegensatz zum Präsidenten blieb die Popularität der Mitglieder der Notstandsregierung unter Ministerpräsident Fayyad in der Westbank relativ stabil. Es handelt sich bei den meisten Ministern um Technokraten, die der Fatah gegenüber loyal sind, ihr jedoch meist nicht angehören und insofern nicht direkt in den Sog des Popularitätsverlustes von Präsident Abbas hineingezogen wurden. Darüber hinaus registrieren die Menschen, dass die Situation in der Westbank sich aufgrund von Fayyads klarer und besonnener Politik nach innen und gegenüber Israel wirtschaftlich und bei der inneren Sicherheit stabilisiert hat.

Somit ist die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung, zusammen mit dem Vertrauen in die Mitglieder der Notstandsregierung und der Politik der harten Hand gegenüber Hamas-Sympathisanten, dafür verantwortlich, dass die Lage in der West Bank während des Krieges stabil und relativ ruhig geblieben ist. Die ruhige Lage in der West Bank zeigt, dass eine starke PA in der Lage ist, Anschläge gegen Israel mit zu verhindern und auch innerhalb der palästinensischen Gebiete die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten.

DIE SITUATION DER HAMAS

Obwohl von Hamas mit den Raketenabschüssen bewusst provoziert, war das Ausmaß der israelischen Reaktion von den Islamisten in dieser Form nicht erwartet worden. Das militärische Vermögen der Hamas-Kämpfer blieb dabei nicht nur weit hinter den durch Propaganda geschürten Erwartungen der eigenen Leute zurück, sondern auch hinter den Annahmen internationaler Beobachter und Israels. Die

Tatsache, dass israelische Truppen bis weit in die eng bebauten Stadtzentren von Gaza und umliegender Orte vorrücken konnten, fast ohne eigene Verluste hinnehmen zu müssen, hat für Überraschung gesorgt. Es wird vielerorts von fliehenden Militanten und von Islamisten berichtet, die sich sicherheitshalber die Bärte, ansonsten ihr Erkennungszeichen, abrasierten. Trotzdem wurden nicht alle Waffenlager und Raketenwerfer ausgehoben, da diese oft gut versteckt in Kellern lagen.

So versucht Hamas nun dennoch, die militärische Niederlage in einen politischen Sieg umzumünzen. Das dürfte ihr in Anbetracht des Kriegsverlaufes jedoch schwerer fallen, als der libanesischen Hisbollah nach dem Krieg im Sommer 2006. Diese hat letztlich ihren jüngsten politischen Einflussgewinn in der innerlibanesischen Machtverteilung ihrer 2006 ungebrochenen militärischen Macht zu verdanken. Auch Hamas hat sich mittlerweile zur Siegerin erklärt, da sie trotz der Invasion der militärisch weit überlegenen israelischen Armee nicht die Macht in Gaza verloren hat und viele ihrer Anführer noch am Leben sind. Diese Behauptung erscheint angesichts der absoluten Zahlen jedoch weit weniger glaubwürdig als die Erklärung der Hisbollah in 2006.

Hamas kann von Israel in Anbetracht der asymmetrischen Kriegsführung auf militärischem Wege zwar nicht endgültig besiegt werden, aber doch deutlich geschwächt. Solange aber die Nachschubwege über die Tunnel aus Ägypten nicht komplett versiegen, die Führer der Hamas im Exil verweilen und Iran und Syrien sie finanziell unterstützen, wird Hamas ihre Position in Gaza und ihr Gewaltmonopol dort halten können. Dies zeigen auch die jüngsten Entwicklungen nach dem Ende der Kampfhandlungen: Hamas-Kräfte kontrollieren nicht nur wieder das öffentliche Leben im Gazastreifen, sondern verfolgen inzwischen mit nie dagewesener Härte Oppositionelle und vermeintliche Gegner. Es wird von einer deutlichen Zunahme von Hinrichtungen und Folterungen berichtet.

Dies zeugt einerseits von einer gewissen Nervosität bei Hamas, nicht zuletzt in Anbetracht der zahlenmäßig immer noch starken Fatah in Gaza, und andererseits von wachsendem Unmut der Bevölkerung Gazas über die Islamisten. Die Menschen im Gazastreifen stehen vor immensen Problemen, vor allem nach der Zerstörung tausender Wohnhäuser und dem Zusammenbruch der Infrastruktur, sowie der Preisentwicklung für Verbrauchsgüter. Beispielsweise für die Mangelware Benzin hatte Hamas schon vor dem Krieg ein eigenes Bezugssystem eingeführt. Zudem gibt es Berichte darüber, dass Hamas-Kämpfer Zivi-

listen an der Flucht aus umkämpften Gebieten gehindert und so bewusst zivile Opfer provoziert haben. Dies ist auch der Öffentlichkeit im Gazastreifen nicht verborgen geblieben. Der Eindruck, dass die Härte des israelischen Vorgehens im Gazastreifen den Zustrom neuer radikaler Islamisten zur Hamas verstärkt hat und die Solidarität der Bevölkerung mit ihnen erhöht hat, scheint daher in Gaza selbst weniger ausgeprägt, als in der „sicheren“ Westbank und in den arabischen Nachbarländern.

GEFAHR FÜR DIE NACHBARLÄNDER?

Zu Beginn des Krieges waren die Stimmen nicht nur aus Ramallah, sondern auch aus den arabischen Nachbarländern erstaunlich moderat; die Verantwortung von Hamas für die neue Eskalation wurde vielerorts erwähnt. Diese aufkeimende Kritik an Hamas aus höchsten Kreisen, gepaart mit einer in den Bevölkerungen dieser Länder empfundenen Hilf- und Tatenlosigkeit fast aller arabischen Regierungen dürfte jedoch die Position moderater Regime in der arabischen Welt innerhalb ihrer Länder weiter unterminieren. Schon nach dem zweiten Libanonkrieg 2006 hatte die radikal-islamische Hisbollah die Meinungsführerschaft über die Straßen der meisten arabischen Länder gewonnen. Diese Entwicklung zu Gunsten der Islamisten wurde durch diesen Krieg nicht gebremst, jedoch ist mit einem akuten Aufflammen innerer Konflikte derzeit in keinem der Nachbarländer zu rechnen. Ein „Flächenbrand“ steht daher ebenso wenig bevor wie eine „Dritte Intifada“.

Folglich hat der Druck vieler arabischer Regierungen auf Hamas in Folge des Konfliktes eher zugenommen. Die gilt besonders für Syrien, welches sich selber in einem Prozess langsamer Annäherung an den Westen befindet. Sollte man dort die Unterstützung beenden, könnte dies Hamas langfristig die finanzielle und logistische Grundlage entziehen. Die informellen Verhandlungen Syriens mit Israel unter türkischer Vermittlung wurden zwar in Folge des Gaza-Krieges ausgesetzt, aber nicht dauerhaft beendet.

Ägypten konnte seine Position als wichtigster Vermittler in den Verhandlungen, sowohl zwischen Hamas und Fatah, als auch zwischen Israel und den arabischen Staaten und in indirekten Verhandlungen zwischen Hamas und Israel, festigen. Andererseits balanciert der ägyptische Präsident auf einem schmalen Grat: Einerseits muss er versuchen, Hamas zu schwächen, um den Erfolg der Muslimbrüderschaft in Ägypten selbst zu minimieren und Irans Einfluss in der Region zurückzudrängen. Andererseits gibt es eine starke Solidarisierung der ägyptischen Bevölkerung

mit den Palästinensern in Gaza. Schließlich ist Hamas als Ableger der ägyptischen Muslimbruderschaft entstanden, Mubaraks gefährlichster Opposition im eigenen Land. Am Tag vor Beginn der Kampfhandlungen hatte der ägyptische Präsident die israelische Außenministerin Tzipi Livni empfangen, was im Nachhinein wie eine Absprache zum Krieg gegen Hamas aussah. Doch anfängliche scharfe Kritik von Hamas und Hisbollah an Präsident Mubarak wich schnell einer ernsthaften und akzeptierten Vermittlerrolle des Landes sowie einmütiger Zurückweisung der Kritik von außen durch die meisten Ägypter.

Selbst aus dem Libanon war trotz scharfer Rhetorik kein Eingreifen in den Konflikt zu Gunsten der Hamas zu erwarten. Der zweite Libanonkrieg im Sommer 2006 hatte zwar auch als „Hilfsaktion“ der Hisbollah nach Kämpfen im Gazastreifen begonnen; diesmal flogen jedoch nur einige vereinzelt Raketen kleinerer palästinensischer Splittergruppen aus dem Südlibanon nach Israel und richteten keinen großen Schaden an. Eine „zweite Front“ gab es nicht, weil im Libanon in diesem Jahr Wahlen anstehen und die radikal-islamische Hisbollah einen Erfolg dort nicht gefährden und ihre innenpolitischen Gewinne der letzten Zeit nicht wieder aufs Spiel setzen wollte. In die gleiche Richtung gingen Aussagen des pro-westlichen libanesischen Premierminister Siniora, der die vereinzelt Raketenangriffe palästinensischer Splittergruppen aus dem Libanon auf Israel als Gefährdung des erreichten Wiederaufbaus nach dem Krieg 2006 bezeichnete.

WIEDERAUFBAU IN GAZA UND WAFFENSCHMUGGEL

Entscheidend für die weitere Entwicklung im Gazastreifen ist die Frage des Wiederaufbaus. Hier wird es einen „Wettlauf“ um die Zustimmung der dortigen Bevölkerung geben, bei dem die Zeit drängt: Auf der einen Seite steht die Hamas. Sie verfügt, vom Iran ausgestattet, über ausreichend finanzielle Mittel um den Wiederaufbau, nach Vorbild der Hisbollah im Libanon 2006, zügig voranzutreiben – vor allem durch direkte Bargeldzahlungen an Betroffene. Auf der anderen Seite stehen die PA, die moderaten arabischen Regime, der Westen, und wohl auch Israel. Sie müssen dem Umstand Rechnung tragen, dass Hamas weiterhin die Macht im Gazastreifen inne hat und eventuell versuchen wird die Aufbauhilfe anderer Kräfte zu behindern oder in die eigenen Kanäle umzuleiten. Entscheidend wird sein, welche Hilfe von den Menschen in Gaza als schneller und effektiver empfunden wird. Sollte die Öffentlichkeit die Hilfe der Hamas als wirkungsvoller ansehen, so kann Hamas letztendlich aus dem Konflikt Kapital schlagen und seine

Machtposition festigen. Die PA würde auf absehbare Zeit im Gazastreifen keine Rolle mehr spielen. Somit entscheidet sich die Frage nach dem eigentlichen Gewinner des Krieges wohl erst in den nächsten Monaten.

Für diese Frage entscheidend dürften die Nachschubwege der Hamas durch die Schmuggeltunnel nach Ägypten sowie die Frage sein, ob es der internationalen Gemeinschaft gelingt, in Gaza einen Wiederaufbau ohne die Involvierung von Hamas zu bewerkstelligen. Eine Möglichkeit dazu wäre eine internationale Präsenz im Gazastreifen selbst. Hamas lehnt die Stationierung ausländischer Kräfte sowohl im Gazastreifen als auch am Grenzstreifen nach Ägypten komplett und in scharfem Tonfall ab. Nicht zuletzt aus militärischen Gründen erscheint vor allem ersteres schwierig: Nach Schätzungen würde rund die Hälfte der Bevölkerung im Gazastreifen internationale Truppen ablehnen. Bei Einsätzen innerhalb des Gazastreifens dürften internationale Kräfte somit auf ein überwiegend feindliches Umfeld stoßen.

Stattdessen zeichnet sich lediglich eine technische Unterstützung Ägyptens bei der Kontrolle der Grenze zum Gazastreifen ab. Eines der Hauptziele Israels im Krieg war die Unterbindung des Waffenschmuggels durch Tunnel, durch die auch weiterhin die Nachschubwege der Hamas verlaufen. Da die israelische Luftwaffe jedoch nach Schätzungen lediglich an die hundert der rund 250 Tunnel zwischen Ägypten und Gaza zerstören konnte, scheint eine Unterbindung des Waffenschmuggels durch aktives ägyptisches Engagement die einzige Lösung zu sein. Weil Ägypten jedoch die Stationierung internationaler Truppen auf seinem Territorium kategorisch als Eingriff in die staatliche Souveränität ablehnt, bleibt nur die Möglichkeit durch ziviles technisches Fachpersonal den ägyptischen Sicherheitskräften bei der Lokalisierung der Tunnel zu helfen. Neben anderen Staaten hat sich auch Deutschland Fachkräfte auf den Sinai entsandt. Der Erfolg dieser Mission wird aber entscheidend vom politischen Willen der Ägypter abhängen.

Bei einer kontrollierten Öffnung der Grenze nach Ägypten – nicht nur eine Forderung der Hamas, sondern auch wichtig für Hilfsgüter und Bewegungsfreiheit – könnte auf eine bereits bestehende Regelung zurückgegriffen werden: Grenzer der PA kontrollierten vor der Machtübernahme durch Hamas bis Juni 2007 gemeinsam mit europäischen Polizisten die palästinensische Seite der Grenze. Israel war in ein gemeinsames Lagezentrum eingebunden. Ein solche Regelung könnte auch ein erster Schritt sein, die Autorität der PA im Gazastreifen wiederherzustellen. So bleibt ein

regulärer Grenzverkehr in den Gazastreifen, der für die wirtschaftliche Entwicklung wichtig wäre, weiterhin auf der Tagesordnung künftiger Verhandlungen.

AUSBLICK UND BEWERTUNG

Die dauerhaften Konsequenzen des Krieges für den israelisch-palästinensischen Friedensprozess sind noch nicht abzusehen. Die hohen Opferzahlen, besonders unter Zivilisten, haben zu großer Empörung in der palästinensischen Bevölkerung in der Westbank, Ost-Jerusalem und nicht zuletzt in Israel geführt. Mehr denn je wurde die Stimmung durch teilweise äußerst drastische Bilder verwundeter und getöteter Zivilisten in den arabischen Medien, vor allem den überregionalen Fernsehsendern *al-Djazeera* und *al-Arabiya*, angeheizt.

Sollte Hamas seine Macht im Gazastreifen behaupten und weiter festigen können, sind gemeinsame Institutionen und Wahlen für Westbank und Gaza nur mit Zustimmung der Hamas möglich. In Anbetracht der Wahltermine und der Diskussion über die Amtszeit des Präsidenten (siehe Kasten, Seite 28) wären gleichzeitige Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in der zweiten Jahreshälfte das wahrscheinlichste Szenario. Dies würde jedoch eine Einigung zwischen Hamas und Fatah erfordern. Ägypten vermittelt zwar hier weiter, doch die Gräben sind nach wie vor tief – und durch das Vorgehen der PA gegen Hamas in der Westbank sowie das äußerst brutale Verhalten der Hamas gegenüber als „Verräter“ verdächtigen Fatah-Anhängern in Gaza noch tiefer geworden. Viele Fatah-Anhänger in Gaza haben noch „offene Rechnungen“ aus dem Putsch von 2007.

In den nächsten Wochen wird voraussichtlich der Druck auf Hamas und Fatah wachsen, die von ägyptischer Seite betriebenen Versöhnungsgespräche wiederaufzunehmen. Eine Regierung der Nationalen Einheit unter beider Beteiligung, wie 2007, ist jedoch unwahrscheinlich. Schließlich würde sie auch nur dann weiterhelfen, wenn sie internationale Anerkennung fände. Da Hamas jedoch weiterhin radikale Positionen vertritt und diese unmittelbar nach dem Krieg kaum aufgeben wird, ist damit nicht zu rechnen, obwohl sich erste europäische Stimmen für eine Annäherung aussprechen. Dies würde jedoch Hamas im Wettlauf um den Wiederaufbau nur stärken.

Mögliche Alternative ist eine „Konsens-Regierung“ unter der Führung eines neutralen Technokraten. Diese würde ausschließlich aus Kabinettsmitgliedern bestehen, die bei den Parlamentswahlen nicht kandidieren. Hauptaufgabe einer solchen Regierung wäre

die Vorbereitung von Wahlen und die Organisation des Wiederaufbaus. Auf diese Weise könnte die Kontrolle der Palästinensischen Autonomiebehörde über den Gazastreifen und die Einheit der Palästinensischen Gebiete wieder hergestellt werden. Premierminister Fayyad und sein Kabinett haben schon signalisiert, einer solchen Lösung nicht im Weg zu stehen.

Sollte es so gelingen, Hamas effektiv von Geldzahlungen aus dem Iran abzuschneiden, den Schmuggel durch die Tunnel zu unterbinden und den Wiederaufbau des Gazastreifens durch die PA organisieren zu lassen, besteht die Chance, die Position der Hamas in Gaza nachhaltig zu schwächen. Schließlich sind selbst dort die islamistischen Ideologen eine Minderheit in der Bevölkerung. Die Herrschaft der Hamas in Gaza konnte zwar nicht militärisch beendet werden, ist aber keineswegs unerschütterlich.

Auf der regionalen Ebene spielt sich der Konflikt vor dem Hintergrund einer stärker werdenden Furcht der arabischen Länder vor einer iranischen Hegemonie ab. Sie gründet sich nicht zuletzt auf das dortige Atomprogramm, aber auch auf Irans Rolle als Sponsor islamistischer Organisationen, die vielerorts destabilisierend wirken. Dies gilt besonders für die arabischen Führungsmächte Saudi-Arabien, das sich in diesem Konflikt auffallend ruhig verhielt, und Ägypten.

Vor diesem Hintergrund ist auch die arabische Friedensinitiative, die erstmals 2002 in Beirut vorgestellt und vor kurzem erneuert wurde, zu sehen. Fast alle arabischen Staaten bieten Israel Frieden an, sofern man sich mit den Palästinensern einigt. Beim von den USA organisierten Gipfel von Annapolis Ende 2007 setzte man hierin große Hoffnungen, nahmen doch viele vormals unversöhnlich gestimmte arabische Staaten an diesem Gipfel teil. Doch vor dem Hintergrund des Krieges in Gaza hat der Saudische König jetzt verlautbart, dass dieses Friedensangebot Israel nicht unbefristet offensteht. Allerdings ist nicht zu erwarten, dass die Araber die neue amerikanische Administration unter Präsident Obama mit dem Zuschlagen der Tür zum Frieden empfangen.

KAS-LÄNDERBÜRO AMMAN | JORDANIEN

ZWISCHEN ZURÜCKHALTUNG UND VORSICHTIGEM OPTIMISMUS

REAKTIONEN AUF DIE AMTSEINFÜHRUNG BARACK HUSSEIN OBAMAS AUS DEM LIBANON, JORDANIEN UND SYRIEN

Michael Däumer, Sebastian Grundberger | 22. Januar 2009

Arabische Medien nehmen den Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Obama eher zurückhaltend zur Kenntnis. Einerseits stellt man das Versprechen Obamas heraus, die Beziehungen zur muslimischen Welt neu zu gründen, andererseits wird Obamas Erfolg oder Misserfolg fast ausschließlich über die amerikanische Politik im israelisch-palästinensischen Konflikt definiert. Und dort sieht man die USA fest an der Seite Israels. Daran werde auch Obama aufgrund der Logik traditioneller US-Außenpolitik wohl nicht viel ändern können.

Überschwänglich war sie nicht, die Reaktion in der arabischen Presse auf die Amtseinführung Barack Obamas als 44. US-Präsidenten. Der Gaza-Konflikt und seine diplomatischen Implikationen bestimmten die Titelseiten auch am Tag Eins der Präsidentschaft des Barack Hussein Obama. Unter den arabischsprachigen jordanischen Tageszeitungen kam manch eine sogar gänzlich ohne Bild von der Amtseinführung Obamas auf ihrer Titelseite aus. In der englischsprachigen *Jordan Times*, welche vor allem auch auf die ausländische Gemeinde ausgerichtet ist, beschränkte man sich fast ausschließlich darauf, seitenweise Meldungen ausländischer Nachrichtenagenturen zu Obama abzudrucken. Ein kleiner Kommentar war in der *Jordan Times* dennoch zu finden. Darin wird die Amtseinführung Obamas vor allem wegen dessen ethnischen Hintergrundes als „Meilenstein“ der US-Geschichte bezeichnet. Das Obama-Versprechen von „change“ kommentiert die *Jordan Times* mit dem Hinweis, es gebe viel Spielraum für einen solchen in Washington. Jordanien hoffe genau wie der Rest der arabischen Welt, dass die neue US-Regierung die Politik gegenüber dem Nahen Osten korrigiere. Insbesondere wünscht sich das Blatt dabei ein „möglich frühes Signal“, dass man bereit ist, eine „gleichmäßige“ und „ausgewogene“ Haltung im israelisch-palästinensischen Konflikt einzunehmen und das „andau-

ernde US-Vorurteil“ der USA zugunsten des israelischen Staates zu beenden.

Auch die jordanische Zeitung *Al Dustur (Die Verfassung)* weist darauf hin, der Präsident habe in seiner Antrittsrede jegliche Erwähnung des Palästinenserproblems und der „Massaker“ aus Gaza unterlassen.¹ Die Zeitung *Al Ghad (Morgen)* veröffentlichte auf ihrer Homepage eine Umfrage, ob die Leser glauben, dass der neue US-Präsident die nahost-spezifischen Probleme und insbesondere die Palästinenserfrage lösen helfen könne. 69 Prozent der Teilnehmer an dieser Online-Umfrage antworteten mit „nein“, 22 Prozent mit „ja“ und neun Prozent waren unentschieden.²

Jordanien hatte im letzten Sommer in einer Umfrage für Aufsehen gesorgt. Bei einer internationalen Erhebung in 23 Ländern, wen die Menschen zwischen Obama und John McCain als US-Präsident bevorzugen, hatte sich damals neben den USA selbst nur in Jordanien eine knappe Mehrheit für John McCain ausgesprochen.³

Auch in den libanesischen Zeitungen und Nachricht Portalen ist hinsichtlich der Prioritätensetzung ein deutlicher Unterschied zu Europa zu erkennen. Der Amtsantritt Obamas ist nicht das alles bestimmende Thema, sondern lediglich eine wichtige Meldung unter zahlreichen anderen. Genau wie in Jordanien macht die libanesischen Presse die Bewertung Obamas von seiner Haltung im arabisch-israelischen Konflikt abhängig. Dabei gab es sowohl aus libanesischer Sicht hoffnungsvolle als auch vorsichtig abwartende Kommentare.

Grundsätzlich positiv äußerte sich etwa die prowestliche Internetzeitung *Ya Liban*. Sie stellte das Versprechen des US-Präsidenten eines „neuen Wegs nach vorne“ hinsichtlich der Beziehungen zur muslimischen

Welt heraus.⁴ Obama habe auch versprochen, die Nahost-Politik unmittelbar nach seinem Amtsantritt anzugehen. Dies markiere einen Kontrast zu anderen US-Präsidenten, die dieses Problem erst später während ihren Amtszeiten angepackt hätten. Obama müsse sich entscheiden, „wie tief die USA in Friedensbemühungen involviert sein“ wollten und „ob sie eine härtere Linie gegenüber Israel“ einschlagen und beispielsweise auf einen Stopp des Siedlungsbau in den Palästinensergebieten drängen sollten.⁵ Die Tatsache, dass die von Obama als Außenministerin ausgewählte Hillary Clinton in der Vergangenheit eine „strikte Unterstützerin Israels“ gewesen sei, könne dabei auch den positiven Effekt haben, dass sie bei den Israelis vielleicht das eine oder andere Zugeständnis erreichen könne.

Auch die französischsprachige prowestliche Tageszeitung *L'orient le Jour* äußert sich grundsätzlich positiv. Obama habe in seiner Antrittsrede die „Hand gegenüber der muslimischen Welt“⁶ ausgestreckt. In einem Leitartikel unter der Überschrift „Ja, er kann“⁷ erhofft sich die Zeitung von Obama „einen intelligenten Blick nach all den Jahren des dummen Dogmatismus gegenüber der Welt ringsherum“. Zumindest habe Obama den „Ehrgeiz“, das Problem zu lösen, woran seine Vorgänger gescheitert seien – eine „gerechte und definitive Lösung des Rätsels um Palästina“ zu finden. Israel habe pünktlich zum Amtsantritt die „Szene seines Verbrechens in Gaza“ geräumt. Jetzt liege es an Obama, das Problem anzugehen.

In einem Gastkommentar für den englischsprachigen *Daily Star* äußert sich der Journalist und Direktor des *Issam Fares Institute for Public Policy and International Affairs der American University of Beirut (AUB)*, Rami Khouri, wesentlich skeptischer.⁸ Obama müsse mit einem Kongress leben, der jegliche Objektivität gegenüber dem israelisch-palästinensischen Konflikt niederstimme. Durch die Unterstützung des „Israelischen Selbstverteidigungsrechtes“ habe das Repräsentantenhaus Obama mit 390 zu 5 Stimmen „Handschellen“ angelegt. Obama habe in den vergangenen Wochen „keinerlei substantielle Aussagen zum Gaza-Konflikt“ gemacht, schreibt der palästinensische Journalist mit amerikanischem Pass. Der neue US-Präsident könne sich der „fast irrationalen Unterstützung“ der USA für Israel nicht entziehen und „erbe“ diese „verformte Realität“ ohne Möglichkeit, eine grundlegend andere Politik zu machen.

Der in Jordanien, Syrien und dem Libanon intensiv als Informationsquelle genutzte Fernsehsender *Al Jazeera*⁹ aus Katar überschreibt auf seiner Homepage einen Bericht zur Obama-Einführung mit der Erneue-

rung des weltweiten Führungsanspruchs der USA: „Obama erklärt, die USA sei bereit zu führen“. Anschließend zitiert *Al Jazeera* ausgiebig Robert Fisk, einen in Beirut lebenden britischen Journalisten, der glaubt, „keinen großen Unterschied“ zwischen Obamas Rhetorik in dessen Antrittsrede und der Rhetorik von George W. Bush zu erkennen. Der einzige Unterschied sei, dass „9/11 nicht noch einmal passiert“ sei.

In Syrien widmete die Parteizeitung der herrschenden Baath-Partei, *Al-Baath (Die Auferstehung)*, Obama einen Leitartikel unter der Überschrift „Was die Araber von Obama erwarten“.¹⁰ Das Blatt glaubt, eine „Zufriedenheit“ in der gesamten Welt über den Amtsantritt Obamas zu erkennen. Diese hänge vor allem damit zusammen, dass die „schwarze Ära“ des George W. Bush zu Ende gegangen sei, in der sich dieser im Libanon und in Palästina als „Terrorist“ und „Kriegsverbrecher“ betätigt habe. Mit Obama gebe es eine gewisse Hoffnung, dass dieser das „Völkerrecht respektieren“ werde. Allerdings werde diese Hoffnung durch die Tatsache getrübt, dass Obama gegenüber dem Geschehen in Gaza eine „Attitüde des Schweigens“ an den Tag gelegt habe. Und eine „Attitüde des Schweigens“ sei eigentlich auch ein „Zeichen der Zustimmung“. Außerdem seien die Regeln der US-Politik eng gesteckt, egal wie die Absichten des neuen Präsidenten auch sein mögen. Die „blinde Unterstützung Israels“ im „arabisch-zionistischen Konflikt“ sei eine der „absoluten Gebote“ der amerikanischen Außenpolitik. Wenn es also einen Bereich gebe, in dem Obama in der Nahostpolitik „change“ bringen könne, betreffe dies vor allem das „Bild“ und den „Anschein“ der US-Politik. An ihrer Substanz werde Obama jedoch kaum etwas ändern.

Insgesamt fällt auf, dass die Presse in Jordanien und in Syrien und im Grunde genommen auch im Libanon den Amtsantritt Obamas nur hinsichtlich der von ihm zu erwartenden Nahostpolitik kommentiert. Innen-, gesellschafts- oder sonstige außenpolitische Fragen interessieren praktisch nicht. Die Tatsache, dass Obama afroamerikanischer Herkunft ist, wird am Rande positiv bemerkt, auf einen möglichen islamischen Hintergrund des neuen US-Präsidenten wird nicht eingegangen.

Der auffälligste gemeinsame Nenner zwischen den verschiedenen arabischen Stimmen ist die relativ geringe Bedeutung, die man dem Amtsantritt Obamas gibt. Nichts ist zu spüren vom Enthusiasmus und von der Obama-Manie europäischer Medien. Obama wird schlichtweg als der nächste US-Präsident gesehen, nicht mehr aber auch nicht weniger. Vorschusslorbeeren bekommt er nur wenige. Welchen Ruf Obama

in der arabischen Welt in den nächsten Wochen und Monaten erhält, wird fast ausschließlich davon abhängen, wie er sich im israelisch-arabischen Konflikt verhalten wird.

Die arabische Welt, zumindest was Jordanien, den Libanon und Syrien angeht, zeigt sich verhalten. Große Erwartungen verknüpfen diese Länder mit dem Amtsantritt von Obama nicht. Trotz mancher Fortschritte verharrt der arabisch-israelische Konflikt seit über 60 Jahren. Dennoch weiß die arabische Welt, dass Veränderungen nur mit den USA und nicht gegen sie geschehen werden. Eigene arabische Anstrengungen, den jahrzehntelangen Konflikt zu lösen, scheitern regelmäßig am Fehlen einer gemeinsamen Linie innerhalb der arabischen Welt. Die arabische Zurückhaltung gegenüber Veränderungen bleibt bestehen, auch wenn die arabischen Staaten mit vorsichtigem Optimismus erhoffen, dass die Vereinigten Staaten unter Barack Obama den Beziehungen zur muslimischen Welt eine neue Dynamik verleihen könnten.

- 1| *Al Dустur vom 21. Januar 2009.*
- 2| <http://www.alghad.jo/>, Zugriff am 22. Januar 2009. Stand der Umfrage um 12:11 Uhr.
- 3| http://blog.foreignpolicy.com/posts/2008/06/13/the_world_loves_obama_except_jordan, Zugriff am 21. Januar 2009.
- 4| http://yalibnan.com/site/archives/2009/01/obama_promised.php, Zugriff am 21. Januar 2009.
- 5| http://yalibnan.com/site/archives/2009/01/qa_middle_east.php, Zugriff am 21. Januar 2009.
- 6| <http://www.lorient-lejour.com.lb/page.aspx?page=article&id=389634>, Zugriff am 21. Januar 2009.
- 7| <http://www.lorient-lejour.com.lb/page.aspx?page=article&id=1090121>, Zugriff am 21. Januar 2009.
- 8| http://www.dailystar.com.lb/article.asp?edition_id=10&categ_id=5&article_id=98991, Zugriff am 21. Januar 2009.
- 9| <http://english.aljazeera.net/news/americas/2009/01/200912132943274906.html>, Zugriff am 21. Januar 2009.
- 10| <http://www.albaath.news.sy/user/?id=485&a=44528>, Zugriff am 21. Januar 2009.

WAS BEZWECKT HIZBULLAH?

DIE SCHIITENMILIZ VERSUCHT, AUS DER GAZA-KRISE KAPITAL ZU SCHLAGEN

Michael Däumer, Sebastian Grundberger | 19. Januar 2009

Die entrüstete Reaktion im Libanon auf das Vorgehen Israels in Gaza ist Wasser auf die Mühlen der Hizbullah. Auch wenn sich die radikalislamische Schiitenmiliz militärisch aus dem Konflikt heraushält, führt sie verbal einen Dauerkrieg gegen Israel und hat erreicht, dass der „Widerstand“ gegen den „israelischen Feind“ zu einer festen Größe im libanesischen gesellschaftlichen Diskurs geworden ist. Hoffnungen auf ein friedliches Nebeneinander zwischen Israel und dem Libanon scheinen so in immer weitere Ferne zu rücken.

„Be free“ – so steht es zweisprachig auf der Homepage der Hizbullah. Mit modernster Cybertechnik kämpft die Schiitenmiliz gegen Israel. Die neuesten Nachrichten aus dem „Islamischen Widerstand im Libanon“ lassen sich als RSS-Feeds abonnieren, es gibt eine Online-Foto- und Videogalerie sowie ein Gästebuch. Im Gaza-Konflikt läuft die Hizbullah zur Hochform auf. Minutiös werden jegliche blutige Drohungen gegen Israel gefeiert, aber auch täglich neue Nachrichten über den Kriegsverlauf ins Netz gestellt. Dies geschieht mit einer Genauigkeit und Aktualität, von der manche Medien im Libanon nur träumen können. Das Wort „Israel“ wird dabei in allen Meldungen nur in Anführungsstrichen gesetzt, um dem eigenen Protest gegen den südlichen Nachbarn Ausdruck zu verleihen. Die Hizbullah stellt im Internet und auch in ihrem Fernsehsender *Al-Manar* ein Selbstbewusstsein zur Schau, welches ihrer aktuellen Stärke im Land angemessen sein dürfte.

Regelmäßig tritt Hizbullah-Führer Hassan Nasrallah bei von seiner „Partei Gottes“ vornehmlich im Süden Beiruts organisierten Großdemonstrationen gegen den Gaza-Krieg auf. Allerdings fast ausschließlich per Videoleinwand. Die Hizbullah weiß genau, wie gefährdet ihr Chef ist. Gleichzeitig nähren diese Nicht-Auftritte den Mythos Nasrallah. Obwohl dieser kaum direkt in der Öffentlichkeit auftritt, ist er in der öffentlichen Diskussion der gesamten arabischen Welt präsent wie kaum ein anderer. Und dies mit Erfolg. Umfragen weisen den 1960 geborenen Nasrallah, dessen

Name ungefähr „Sieg Gottes“ bedeutet, in großer Übereinstimmung als beliebtesten Politiker der arabischen Welt auf. Die Verehrung Nasrallahs als Hoffnungsträger hat dabei längst die Grenze zum Kult überschritten.

Seit 1992 steht Hassan Nasrallah an der Spitze der Schiitenmiliz und hat den Einfluss seiner Organisation im Libanon stetig ausweiten können. Dabei kommt der Hizbullah zu Gute, dass sich ihr ideologisches Programm im Wesentlichen auf ein Wort reduzieren lässt: den „Widerstand“ gegen Israel. Dieser „Widerstand“ ist Sinn und Zweck sowie Existenzgrundlage der Hizbullah.

Bis zum Rückzug Israels aus dem Südlibanon im Jahr 2000 hatte die 1983 aus der „Amal“-Bewegung hervorgegangene „Partei Gottes“ einen Guerilla-Krieg gegen Israel geführt. Den Abzug der Truppen feierte sie mit Hilfe ihrer umfangreichen Propagandamaschine als „Befreiung“¹ und vor allem als Sieg ihres eigenen Widerstandes. Die Beliebtheit der Hizbullah in der Bevölkerung erhöhte sich dadurch sprunghaft. Einen weiteren Schub erhielt das Ansehen der Hizbullah durch den Krieg gegen Israel im Jahr 2006, obwohl bei diesem wichtige Teile der libanesischen Infrastruktur so beschädigt wurden, dass sie bis heute noch nicht wieder vollständig aufgebaut sind und obwohl dieser fast 1300 Tote und über 4000 Verwundete hauptsächlich unter der libanesischen Zivilbevölkerung forderte.² Nach Auffassung von Beobachtern gelang es der israelischen Armee bei dem Krieg jedoch nicht, die operative Handlungskraft von Hizbullah in der gewünschten Art und Weise zu zerstören.³ Diesen vermeintlichen Triumph des „Widerstandes“ gegen Israel kostet Hizbullah bis heute voll nach innen aus. So nimmt Hassan Nasrallah auch in seinen Reden zum Gaza-Konflikt immer wieder Bezug auf den Krieg von 2006, wenn er etwa erklärt, dass gegen das, was Hizbullah Israel für den Falle einer erneuten Konfrontation vorbereitet habe, sei der letzte Konflikt geradezu ein „Spaziergang im Park“⁴ gewesen sei.

Geschickt nutzte Hizbullah den Krieg im Jahr 2006, um in der arabischen Welt für die eigene Sache mit ihrer Medienmaschinerie Werbung zu machen. So organisierte man etwa Touren durch von israelischen Bombern zerstörte Gebiete, die der CNN-Journalist Charlie Moore als „Dog and Pony Show“ bezeichnete.⁵ Insbesondere die mit islamistischen Gruppen sympathisierenden Medien, allen voran das Flaggschiff *Al-Jazeera*, verbreiteten die Sicht Hizbullahs auf den Konflikt in die arabischen Wohnzimmer. Der Erfolg blieb nicht aus. Eine Umfrage im Libanon aus dem Jahr 2006 besagte, dass 86,9 Prozent aller Befragten den „Widerstand“ gegen Israel grundsätzlich unterstützten.⁶

NOTWENDIGKEIT DES „WIDERSTANDES“

Dieses Muster wiederholt sich im Gaza-Konflikt. Mit jedem Bild, welches der Hizbullah-Fernsehsender *Al-Manar* oder *Al-Jazeera* von verblutenden palästinensischen Kindern zeigen, wächst die Wut auf Israel im libanesischen Volk. Als erste Adresse des Protestes gegen Israel hat sich die Hizbullah durch ihre angeblichen „Siege“ so fest etabliert, dass selbst Hizbullah-kritische Politiker zunehmend die Notwendigkeit eines „Widerstandes“ gegen Israel einräumen und die Hizbullah zähneknirschend als Widerstandsbewegung anerkennen. Beispiele hierfür sind der prowestliche Ministerpräsident Fouad Siniora und der prowestliche parlamentarische Mehrheitsführer Saad Hariri.⁷ Bei der Einigung zur Bildung der Regierung der Nationalen Einheit im Sommer 2008 räumte die Regierung der Hizbullah offiziell ein „Recht auf Widerstand“⁸ ein. Es ist feststellbar, dass die Hizbullah-Propaganda im Libanon zunehmend einen „Konsens innerhalb der Elite“ schafft, dass ein „Widerstand“ gegen Israel notwendig und im nationalen Interesse ist. Damit möchte die Hizbullah gleichzeitig bewirken, sich selbst als unverzichtbar für libanesischen Interessen darzustellen. Wenn sie die einzige Gruppe ist, die Israel effektiv Widerstand leisten kann, müsse sie auch über die Mittel dafür verfügen, sprich den Status als einzige legal bewaffnete Gruppe des Libanon außerhalb des Staates zu zementieren.

Unter allen Parteien verfügt die Hizbullah mit Abstand über den am effizientesten organisierten Parteiapparat. Die Hizbullah-Führer treten in der Öffentlichkeit äußerst diszipliniert und durchaus eloquent auf. Die Partei-Miliz vergibt Stipendien an Studenten und Akademiker für die besten Lehranstalten des Landes. Auch junge Frauen studieren mit Stipendien der Hizbullah beispielsweise an der *American University of Beirut*. Einzige Bedingung: Sie müssen auf dem Universitätscampus verschleiert auftreten. Zusätzliche

„Glaubwürdigkeit“ innerhalb der Bevölkerung des Libanon gewinnt die Hizbullah dadurch, dass viele ihrer Führungsfiguren eigene Familienmitglieder im Kampf gegen Israel verloren haben. Diese werden, wie der gefallene Sohn von Hassan Nasrallah, zu „Märtyrern“ hochstilisiert. Zudem herrscht vielerorts die Meinung, die Hizbullah sei eine der wenigen politischen Kräfte, die nicht korrupt sei.⁹

SCHULEN UND KRANKENHÄUSER

Die Hizbullah dringt des Weiteren besonders in entlegenen Gebieten geschickt in sozialpolitische Lücken ein, welche der chronisch schwache libanesischen Staat offen lässt. So betreibt sie Schulen, Krankenhäuser und sonstige öffentliche Einrichtungen, die dazu beitragen, die Verbindung zwischen Hizbullah und der Bevölkerung zu verstärken.¹⁰

Die Hizbullah ist auf eine Art und Weise in der „Mitte“ der libanesischen Gesellschaft angekommen, dass selbst Pop-Ikonen, wie die sich in ihren Videoclips mit lasziven Bewegungen in hautenger Kleidung präsentierende Haifa Wehbe, dem Hizbullah-Chef Hassan Nasrallah in auf der Bühne für dessen „Verteidigung der libanesischen Ehre“ danken.¹¹

Auch libanesischen Analysten glauben, dass die Rolle der Schiitenmiliz durch den Gaza-Krieg weiter gestärkt wird. Oussama Safa etwa, der Direktor des Lebanese Center for Political Studies, glaubt, der Gaza-Krieg werde das „Argument“ Hizbullahs „stärken und glaubwürdiger machen“.¹² Israels Feldzug in Gaza werde die Meinung verbreiten, dass „Israel nicht vertraut“ werden könne. Allgemein gebe es in der Bevölkerung eine Stimmung für eine Beibehaltung des „Widerstandes“.

SINN FÜR REALPOLITIK

Kommentatoren im Westen, die Hizbullah auf den Begriff „Terrororganisation“ reduzieren, übersehen, wie effektiv, systematisch und auch wie wohlüberlegt sich die Hizbullah ihre Machtbasis im Libanon geschaffen hat. Dabei legt sie einen durchaus großen Sinn für Realpolitik an den Tag. Da ihr bewusst war, dass sie aufgrund des libanesischen politischen Systems einen christlichen politischen Partner braucht, wenn sie parlamentarische Mehrheiten aufbauen möchte, schloss die Hizbullah einen Pakt mit dem „Free Patriotic Movement“, welches vom ehemaligen erbitterten Gegner Syriens, Michel Aoun, angeführt wird. Dieses „Memorandum of Understanding“ kann auf der Hizbullah-Homepage auch als pdf-Dokument abgerufen werden.¹³ Zudem ließ die Hizbullah zumindest verbal von ihrem Streben nach einem islamistischen Gottesstaat

im Libanon ab. Mittlerweile bekennt Hassan Nasrallah sich zu seinem Heimatland als „exzeptionelle, diverse Nation“ und fordert „Kooperation, Konsens und Solidarität“.¹⁴

Abwechselnd schwenkt die Hizbullah zwischen ihrem politischen und militärischem Arm hin und her – und damit zwischen einer Opposition innerhalb und außerhalb des Systems. Ihr Ziel ist es dabei, in Abwesenheit eines starken Staates als bewaffnete Garantin des islamischen „Widerstandes“ gegen Israel von der libanesischen Gesellschaft und dem libanesischen Staat anerkannt zu werden und so einen Friedensprozess mit Israel zu verhindern. Den Gaza-Konflikt sucht sie zu diesem Mittel nicht ohne Erfolg zu instrumentalisieren.

Amal Saad-Ghorayeb, eine Hizbullah-Expertin, trifft wohl die Stimmungslage von immer mehr Libanesen, wenn sie bemerkt: „Hizbullah´s Widerstand ist die effektivste Methode, um gegen Israel vorzugehen“.¹⁵ Ansonsten, so Saad-Ghorayeb, würde wohl kaum die ganze Welt überlegen, ob die Hizbullah vielleicht in den Gaza-Krieg eingreifen könnte.

Für Hoffnungen auf eine Friedenslösung im Nahen Osten ist dieses Erstarken der Hizbullah sicherlich keine gute Nachricht.

- 1| <http://english.hizbollah.tv/essaydetails.php?eid=3825&cid=237>, Zugriff am 18. Januar 2006.
- 2| http://www.dailystar.com.lb/July_War06.asp, Zugriff am 15. Januar 2008.
- 3| http://www.mideastmonitor.org/issues/0609/0609_2.htm, Zugriff am 15. Januar 2008.
- 4| http://www.naharnet.com/domino/tn/NewsDesk.nsf/gets_tory?openform&728F934A948B33CBC2257537003E317F, Zugriff am 8. Januar 2009.
- 5| http://www.camera.org/index.asp?x_context=7&x_issue=56&x_article=1205, Zugriff am 15. Januar 2008.
- 6| http://www.mideastmonitor.org/issues/0609/0609_6.htm, Zugriff am 15. Januar 2008.
- 7| *“Lebanese Prime Minister Fuad Siniora told the Lebanese parliament on Thursday that Hezbollah had always been considered a resistance movement: “We have never called and will never call the resistance by any other name but the resistance and it is a national resistance and we will not use any other expression to describe it but national resistance,” he said –* http://profcutler.com/wordpress_blog/?p=115; Zugriff am 18. Januar 2008.
Saad Hariri kritisierte in einem Interview zwar Hizbullah, nicht aber den „Widerstand“ selbst: “There are two issues that I agree with Sayyed Hassan Nasrallah on. I don’t disagree with him on the issue of the resistance and he doesn’t disagree with me on the issue of the truth. The difference is in dealing with these two issues. I believe that protecting the resistance should be through work and not public statements.”. <http://www.rhariri.com/news.aspx?ID=4114&Category=Interviews>, Zugriff am 18. Januar 2008.

- 8| <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/middle-east/lebanon/2494956/Lebanon-Right-to-fight-Israel.html>, Zugriff am 18. Januar 2009.
- 9| <http://weekly.ahram.org.eg/2006/807/op3.htm>, Zugriff am 19. Januar 2009.
- 10| <http://www.memri.org/bin/latestnews.cgi?ID=IA44808>, Zugriff am 18. Januar 2009.
- 11| <http://archive.gulfnews.com/articles/06/10/31/10078726.html>
- 12| *„Daily Star“ vom 13. Januar 2009.*
- 13| <http://english.hizbollah.tv/essaydetailsf.php?eid=4442&fid=25>, Zugriff am 18. Januar 2008.
- 14| <http://www.asharqalawsat.com/english/news.asp?section=1&id=12883>, Zugriff am 18. Januar 2009.
- 15| http://www.dailystar.com.lb/article.asp?edition_id=1&categ_id=2&article_id=98976, Zugriff am 18. Januar 2009.

ZWISCHEN WUT UND REALISMUS

REAKTIONEN AUF DIE ISRAELISCHE OFFENSIVE IN GAZA
AUS DEM LIBANON, JORDANIEN UND SYRIEN

Michael Däumer, Sebastian Grundberger | 8. Januar 2009

Nach elf Tagen Krieg in Gaza erhitzt dieser die arabischen Gemüter wie kein zweites Thema. Auf den Straßen von Beirut, Amman und Damaskus demonstrieren die Menschen gegen den israelischen „Aggressor“. Die politischen Führer versuchen unterdessen den schwierigen Spagat zwischen der Kanalisation des Volkszorns und realpolitischen Erwägungen. Dabei haben sie auch die innen- und sicherheitspolitische Lage in ihren Ländern fest im Blick und versuchen mitunter, die eigene Machtbasis durch ihre Haltung zum Gaza-Krieg zu sichern. Für zusätzliche Unruhe haben am 8. Januar die Raketenangriffe aus dem Südlibanon auf israelisches Territorium gesorgt und die Befürchtung verstärkt, dass der Gaza-Konflikt auf den Zedernstaat übergreifen könnte.

Der Krieg ist allgegenwärtig. In den Kaffeehäusern, Bürogebäuden, Flughäfen, Schnellrestaurants und Wohnzimmern der Region verfolgen die Menschen über Fernsehsender wie *Al-Jazeera* pausenlos neue, mit blutigen Szenen untermalte Schreckensmeldungen aus Gaza. Kaum ein TV-Kanal in der arabischen Welt greift nicht auf derartige, verstörende Bilder zurück. Die Menschen stehen vor den Bildschirmen und können teilweise live zusehen, wie israelische Flugzeuge ihre Bomben auf Gaza abwerfen und die Körper von Frauen und Kindern zerfetzen. Mit der Opferzahl steigt auch die arabische Wut. Der Gaza-Konflikt lässt Resentiments gegen Israel offen ans Tageslicht treten.

In Amman versammelten sich 30.000 Menschen in den ersten Tagen nach Beginn des Einsatzes der IDF in einem Sportstadion, um die Aufkündigung des israelisch-jordanischen Friedensvertrages zu fordern.¹ Mehrere hundert Protestler marschierten in der jordanischen Hauptstadt auch vor die israelische Botschaft. Dort kam es zu einem Handgemenge mit der Polizei, bei dem diese Tränengas einsetzte.

Auch in Damaskus skandierten nach dem Freitagsgebet Hunderte vor der Omayyaden-Moschee antiisraelische Parolen, während sie grüne Flaggen mit Koran-Suren schwenkten. Die Altstadt von Damaskus ist überfüllt mit Zeichen des antiisraelischen Protestes. So liegen in mehreren Straßen israelische Flaggen auf dem Boden, damit die Menschen darauf treten können. Ein Poster in der Nähe der Omayyaden-Moschee verkündet: „Dies ist der Holocaust-Frieden, den Israel will: Der zionistische Feind verbrennt Gaza mit seinen Frauen, Kindern und älteren Menschen und mit Zustimmung einiger Araber. Sie wollen einen Holocaust in Gaza. Aber wir werden vor niemandem außer Allah knien. Der Sieg kommt, wenn Allah es will.“ Zudem sieht man in vielen Schaufenstern Poster von Hizbullah-Führer Hasan Nasrallah sowie Solidaritätsparen mit Hamas.

In Beirut konnte nur durch den Einsatz von Tränengas erreicht werden, dass wütende Demonstranten aufhörten, die ägyptische Botschaft mit Steinen zu bewerfen. Wie die libanesische Online-Zeitung *nahar.net.com* berichtet, trugen die meisten Demonstranten schwarz-weiße Palästinensertücher und skandierten „Wir sind alle Gaza“.² Weitere Demonstranten versammelten sich vor dem Sitz der Vereinten Nationen in der libanesischen Hauptstadt. Der Fernsehsender *Al-Jazeera* zitierte einen Demonstranten mit den Worten, er wünsche sich von der libanesischen Regierung, dass diese die Grenzen öffne, damit er gegen Israel kämpfen könne.³ Nahe der südlibanesischen Stadt Sidon nahmen Tausende palästinensische Flüchtlinge an einer Demonstration teil. Junge Männer trugen dabei die Kleidung der Hamas-Kämpfer und schwenkten Selbstmordattentäter-Gürtel und Gewehrattrappen. Gleichzeitig wurde der ägyptische Präsident Hosni Mubarak mit dem Tod bedroht.⁴ Die Demonstranten warfen dem Staatsoberhaupt vor, durch die Schließung seiner Grenzen zum Gazastreifen und durch seine deutliche Kritik an der Hamas die aktuelle Krise mitverschuldet zu haben.

Der Libanon scheint in der Gegnerschaft zu Israel eine seltene Einigkeit gefunden zu haben. Abweichende Meinungen werden kaum öffentlich geäußert. Anders ist es kaum zu erklären, dass sogar die libanesische Mobiltelefon-Gesellschaft „Alfa“ am Tag nach dem Beginn der Gefechte folgende SMS in arabischer Sprache an ihre Benutzer verschickte: „300 Märtyrer und 1200 Verletzte – und der Feind rückt weiter gegen Gaza vor. Schicke ‚SMS1‘ an die 1085 und verfolge die Entwicklungen“.

Die größten antiisraelischen Demonstrationen organisiert im Zedernstaat die schiitische Hizbullah-Miliz. In den südlichen, überwiegend schiitischen Vororten von Beirut versammelte der populäre Islamistenchef Hasan Nasrallah wiederholt Zehntausende Sympathisanten, denen er per aufgestellter Videoleinwand durch die Forderung einheizte, möglichst viele Israelis zu töten: „Unsere Brüder im palästinensischen Widerstand wissen, dass sie den Kampf gewinnen können, wenn Sie dem israelischen Feind im Nahkampf die größtmöglichen Verluste beibringen“⁵, so Nasrallah. Er hielt auch ein Eingreifen der Hizbullah in den Konflikt offen: „Gegen Israel sind alle Optionen real und möglich und wir müssen für alle Eventualitäten vorbereitet sein“.⁶ Im Vergleich zu dem, was Israel erwartete, falls es eine neue „Offensive“ gegen den Libanon starten sollte, sei der Krieg von 2006 zwischen Israel und der Hizbullah ein „Spaziergang in Park“ gewesen. „Wir sind bereit, unsere Seelen, unsere Schwestern und Brüder, unsere Kinder und die, die wir lieben, für das zu opfern, woran wir glauben“, drohte der radikale Islamist.⁷

Der mit der Hizbullah alliierte Parteivorsitzende des *Free Patriotic Movement*, der maronitische Christ Michel Aoun, erklärte in einem Fernsehinterview mit dem Hizbullah-Fernsehsender *Al Manar*, egal, wie viele Militäroperationen Israel im Rahmen dieses „verbrecherischen“ Krieges führe, werde es nicht gelingen den arabischen Widerstand zu brechen.⁸

Auch die prowestlichen Führer des Libanon äußerten sich kritisch gegenüber Israel. Der sunnitische Ministerpräsident Fouad Siniora erklärte das israelische Vorgehen zu einem „kriminellen Akt“⁹. Der „israelische Feind“ glaube, auf diese Art und Weise das Palästinenserproblem lösen zu können, irre in diesem Glauben jedoch. Durch den Krieg würde das arabische Streben nach einem palästinensischen Staat mit Jerusalem als Hauptstadt nur verstärkt. Gleichzeitig unterstrich der Regierungschef aber auch die Notwendigkeit, den Libanon aus der bewaffneten Auseinandersetzung herauszuhalten. Allerdings werde man dem „palästinensischen Brudervolk“ auf humanitärem Weg helfen.

Syrien brach bereits am Tag nach dem Beginn der israelischen Luftschläge die von der Türkei vermittelten indirekten Friedensverhandlungen mit Israel ab. Ein Regierungssprecher wurde mit den Worten zitiert, die israelische Aggression schließe die Tür für eine friedliche politische Lösung der Spannungen zwischen beiden Staaten.¹⁰

Syriens Staatspräsident Bashar al-Assad konzentrierte seine Aussagen vor allem darauf, eine internationale Beilegung der Krise zu fordern. Wie die staatliche syrische Nachrichtenagentur SANA meldete, habe Assad UN-Generalsekretär Ban-Ki Moon in einem Telefongespräch gebeten, der Sicherheitsrat möge eine Resolution beschließen, in der Israel aufgefordert werde „sofort seine Aggression gegen Gaza und seine Blockade“ aufzuheben.¹¹ Gegenüber dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy bezeichnete Assad das Vorgehen Israels als „barbarische Aggression“ und als „Kriegsverbrechen“. Bevor weitere Vermittlungsschritte möglich seien, müsse es zu einem Waffenstillstand und einem Rückzug der israelischen Truppen aus Gaza kommen.¹²

Auch der jordanische König Abdullah II. forderte die internationale Gemeinschaft auf, der israelischen „Aggression“ ein Ende zu bereiten und die Grenzen des Gazastreifens für humanitäre Hilfe zu öffnen.¹³ Ministerpräsident Nader Dahabi stellte sogar den 1994 geschlossenen Friedensvertrag mit Israel zur Disposition: „Jordanien wird sich alle Optionen offen halten, auch die, seine Beziehungen zu Israel zu überprüfen“¹⁴, so der Regierungschef vor dem jordanischen Parlament in Amman. Eine Gruppe von jordanischen Parlamentariern hatte zuvor die Ausweisung des israelischen Botschafters aus Jordanien Amman gefordert. Die Regierung aller drei Staaten brachten zudem umfangreiche Hilfslieferungen für Gaza auf den Weg.

Viele Äußerungen zur Gaza-Krise, besonders aus dem Libanon, sind nach innenpolitischen und machtsstrategischen Gesichtspunkten zu beurteilen. So sieht die Hizbullah in einer scharfen Rhetorik gegenüber Israel die Chance, sich einmal mehr als Volkes Stimme zu präsentieren. Dies, so die Hoffnung, könnte das von ihr angeführte Oppositionslager „Bewegung des 8. März“ zu einem Sieg bei den voraussichtlich am 7. Juni stattfindenden Parlamentswahlen tragen. Der Hizbullah-Fraktionschef im libanesischen Parlament, Mohammed Raad, erklärte die Parlamentswahlen dann auch gleich zu einer „Fortsetzung des Krieges von 2006“, bei dem Israel die Hizbullah angegriffen hatte. Die Libanesen hätten an den Urnen die Wahl zwischen dem von Hizbullah verkörperten „Widerstand“ gegen Israel und den Kräften, welche diesen „Widerstand besiegen“ wollten.¹⁵

Aller harten Rhetorik zum Trotz fällt es auf, dass im Libanon bisher kein wichtiger politischer Vertreter davon spricht, in den Konflikt eingreifen zu wollen. Selbst Hizbullah-Chef Nasrallah hält sich bisher mit derartigen Forderungen zurück und schwelgt stattdessen lieber in Durchhalteparolen und diffusen Märtyrerphantasien. Die Erinnerung an den Krieg 2006 und die schweren Schäden in der libanesischen Infrastruktur, die bis heute noch nicht alle behoben sind, sind noch zu frisch, als dass man das Land in einen neuen bewaffneten Konflikt hineinziehen möchte. Deshalb blieb es auch bei der Hizbullah bislang bei wortgewaltigen Muskelspielen.

Auch die syrische Führung versucht, durch starke Rhetorik ihrem Protest Ausdruck zu verleihen. Dabei übt Damaskus vor allem Kritik an Israel. Unterstützung der Hamas-Kämpfer war von offizieller syrischer Seite allerdings kaum zu vernehmen. Die auf Initiative der türkischen Regierung eingeleiteten indirekten Friedensverhandlungen zwischen Syrien und Israel sind vorerst ausgesetzt. Ob sie nach Beendigung der Kampfhandlungen im Gazastreifen schadlos wieder aufgenommen werden können, ist fraglich, aber durchaus möglich. Nicht nur muss Präsident Assad die Wiederaufnahme von Verhandlungen innenpolitisch rechtfertigen, sondern auch Israel muss seine Bereitschaft zeigen. Assads vornehmliches Interesse bleibt jedoch, keinesfalls in seine während der letzten Monate zunehmend durchbrochene internationale Isolation zurückfallen. Aus diesem Grund drängt er auf Lösungen im internationalen Rahmen. Auch die Bedeutung, die die staatliche Nachrichtenagentur SANA den Treffen und Gesprächen Assads mit hochrangigen Persönlichkeiten der Weltpolitik wie Ban-Ki Moon oder Nicolas Sarkozy beimisst, deutet in die Richtung, dass es Damaskus vor allem darauf ankommt, sein internationales Gewicht nach innen, aber auch nach außen zur Schau zu stellen.

Jordanien schließlich bleibt seiner Rolle als langjähriger Balancehalter zwischen arabischen Sensibilitäten und guten Beziehungen zum Westen treu. König Abdallah hielt sich mit scharfen Worten diplomatisch zurück und schickte stattdessen seinen Regierungschef Dahabi vor. Dass dieser sogar die diplomatischen Beziehungen zu Israel in Frage stellte, kann einerseits durchaus als ein deutliches Warnsignal aufgefasst werden. Zum anderen jedoch steht ein solcher Bruch des Friedensvertrages in Jordanien nicht ernsthaft zur Debatte. So sehr den jordanischen Eliten und insbesondere dem Volk, welches zu einem Großteil aus Palästinensern besteht das Vorgehen Israels auch missfallen mag, sind sie sich doch im Klaren darüber,

welche Vorteile der Frieden mit Israel dem Land politisch und wirtschaftlich bringt und ist daher nicht bereit, diese aufs Spiel zu setzen.

In allen drei Ländern wird viel davon abhängen, wie lange der Krieg noch andauern wird. Während der Zorn der Bevölkerung und auch vieler Medien auf Israel mit jedem Tag der Offensive stetig wächst, haben es die Politiker bisher verstanden, in ihren Äußerungen zwar den Volkszorn zu reflektieren, andererseits jedoch im Sinne der Realpolitik Überreaktionen zu vermeiden. Am labilsten ist die Situation dabei im Libanon, wo der Staat durch seine chronische institutionelle Schwäche am ehesten durch öffentliche Unruhen überrollt werden kann. Vor allem die Hizbullah ist dabei das Zünglein an der Waage, da sie mit einem einzigen Aufruf das gesamte Staatsgefüge aus den Angeln heben kann. Hassan Nasrallah genießt es sichtlich, dass das ganze Land darauf wartet, ob er Israel den Krieg erklärt oder nicht. Gleichzeitig verbreitet sich sein Ruf als Chef-Gegner Israels weiter in der arabischen Welt. Trotz aller Ideologie hat Nasrallah in der Vergangenheit jedoch bewiesen, dass er eiskalt zu kalkulieren versteht. Ein erneuter Krieg gegen Israel könnte die Hizbullah stark schwächen und auch ihren Wahlerfolg im Juni gefährden. Von daher ist es momentan wahrscheinlicher, dass es bei einem rhetorischen Krieg der radikalislamischen Miliz bleibt.

Die Katjuscha-Raketenangriffe aus dem Nordlibanon auf israelisches Staatsgebiet am Morgen des 8. Januar stellten zweifelsohne eine weitere Eskalation der Situation dar, insbesondere auch, da Israel das Feuer erwidert hat. Bereits Ende Dezember waren auf Israel gerichtete Raketen im Südlibanon entdeckt worden. Damals hatte Hizbullah erklärt, mit den Raketen nichts zu tun zu haben. Auch bei den jüngsten Raketenangriffen wird sogar von der israelischen Presse bisher gemutmaßt, dass einzelne Palästinenser sie aus dem Südlibanon abgefeuert hätten. Auch aus libanesischen Armeekreisen verlautete die gleiche Vermutung. Allerdings hat dieses erste Feuergefecht an der israelisch-libanesischen Grenze seit Ausbruch des Gaza-Konfliktes den Zedernstaat in den Alarmzustand versetzt. Premierminister Fouad Siniora beeilte sich, die Angriffe sowie die israelische Antwort zu verurteilen. Sollten sich derartige Vorfälle an der Grenze in den nächsten Tagen wiederholen und israelisches Antwortfeuer vielleicht im Libanon ernsthafte Schäden anrichten, könnte die Situation jedoch schnell außer Kontrolle geraten. Nasrallah könnte dann, wie schon 2006 argumentieren, es seien die Israelis gewesen, welche einen erneuten libanesisch-israelischen Konflikt verursacht hätten.

- 1| <http://www.federalnewsradio.com/?nid=82&sid=1563208>, Zugriff am 5. Januar 2009.
- 2| <http://www.naharnet.com/domino/tn/NewsDesk.nsf/Lebanon/C6E853177FC09A26C225753200688F48?OpenDocument>, Zugriff am 5. Januar 2009.
- 3| <http://english.aljazeera.net/news/middleeast/2009/01/20091314494987954.html>, Zugriff am 5. Januar 2009.
- 4| <http://www.naharnet.com/domino/tn/NewsDesk.nsf/Lebanon/C6E853177FC09A26C225753200688F48?OpenDocument>, Zugriff am 5. Januar 2009.
- 5| <http://www.naharnet.com/domino/tn/NewsDesk.nsf/0/48822A0393FFB070C225753300630B2A?OpenDocument>, Zugriff am 5. Januar 2009.
- 6| <http://www.alarabiya.net/articles/2009/01/08/63756.html>, Zugriff am 8. Januar 2009.
- 7| <http://www.naharnet.com/domino/tn/NewsDesk.nsf/getstory?openform&728F934A948B33CBC2257537003E317F>, Zugriff am 8. Januar 2009.
- 8| <http://www.lorient-lejour.com.lb/page.aspx?page=article&id=388617>, Zugriff am 4. Januar 2009.
- 9| <http://www.lorient-lejour.com.lb/page.aspx?page=article&id=388613>, Zugriff am 4. Januar 2009.
- 10| http://www.khaleejtimes.com/darticlen.asp?xfile=data/middleeast/2008/December/middleeast_December578.xml§ion=middleeast&col, Zugriff am 6. Januar 2009.
- 11| <http://www.sana.sy/eng/21/2009/01/02/207037.htm>, Zugriff am 5. Januar 2009.
- 12| <http://sana.sy/eng/21/2009/01/06/207489.htm>, Zugriff am 6. Januar 2009.
- 13| Jordan Times vom 4. Januar 2009.
- 14| <http://english.aljazeera.net/news/middleeast/2009/01/2009154531941584.html>, Zugriff am 5. Januar 2009.
- 15| <http://www.naharnet.com/domino/tn/NewsDesk.nsf/getstory?openform&C31AA119657762AFC2257533003804D8>, Zugriff am 5. Januar 2009.

KAS-LÄNDERBÜRO KAIRO | ÄGYPTEN

ÄGYPTENS GRENZPOSITION

DIE HISTORISCHEN UND RECHTLICHEN GRUNDLAGEN DER ÄGYPTISCHEN BEZIEHUNGEN ZUM GAZASTREIFEN

Dr. Andreas Jacobs | 21. Januar 2009

Nach dem vorläufigen Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas geht es jetzt vor allem um eine Sicherung der ägyptischen Grenze zum Gazastreifen. Ägypten besteht hierbei bislang auf einer Position, die weder fremde Truppen auf ägyptischem Gebiet noch ein ägyptisches Engagement auf palästinensischem Gebiet zulässt. Kairo begründet seine Position mit einer Rechtslage, die historisch und völkerrechtlich zwar plausibel ist, politisch aber nicht weiter führt.

Der vorläufige Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas im Gazastreifen scheint zu halten. Am 22. Januar treffen sich ägyptische Unterhändler mit Vertretern beider Seiten in Kairo, um ein langfristiges Waffenstillstandsabkommen auszuhandeln. Eine der Hauptfragen hierbei wird Status und Kontrolle der ägyptischen Grenze zum Gazastreifen bei Rafah sein. Israel besteht auf eine effektive Unterbindung des (Waffen-)Schmuggels durch Tunnel zwischen Ägypten und Gaza, um den Raketenbeschuss auf israelisches Gebiet zu stoppen. Die Hamas fordert eine Öffnung der Grenze nach Ägypten, um eine Versorgung der Bevölkerung und damit ihre eigene Position im Gazastreifen zu sichern. Die palästinensische Autonomiebehörde will wieder die Kontrolle im Gazastreifen erlangen und verlangt nach stärkerem ägyptischem Engagement. Die arabische Öffentlichkeit fordert eine schnelle und nachhaltige Verbesserung der humanitären Lage im Gazastreifen. Und das politische Establishment in Kairo besteht auf einer Wahrung ägyptischer Souveränitätsrechte auf seinem Territorium.

Die ägyptische Regierung befindet sich zwischen diesen Ansprüchen und Erwartungen in einer schwierigen Lage. Innenpolitisch und in der arabischen Welt sieht sie sich dem Vorwurf ausgesetzt, zu wenig für die Menschen im Gazastreifen zu tun. Eine aktivere Rolle in der Grenzfrage würde aber eine Anerkennung der Hamas und damit außen- sowie innenpolitische Verwerfungen bedeuten. Ägypten bezieht sich daher auf seine territoriale Souveränität und hält die Grenze

zum Gazastreifen weitgehend geschlossen. Gleichzeitig besteht es auf einer Position, die weder fremde Truppen zur Grenzsicherung auf ägyptischem Gebiet zulässt, noch ein ägyptisches Engagement jenseits der Grenze vorsieht. Argumentationsgrundlagen sind hierbei eine Reihe von historischen Entwicklungen und rechtlichen Voraussetzungen, die in der Öffentlichkeit wenig bekannt sind. Umso entscheidender ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt die genaue Berücksichtigung der historischen und rechtlichen Entwicklung des ägyptischen Verhältnisses zum Gazastreifen.

DIE HISTORISCHE ENTWICKLUNG

Obwohl Gaza von der Antike bis zum 16. Jahrhundert immer wieder Teil des ägyptischen Herrschaftsgebietes war und die heutigen Bewohner des Gazastreifens einen Dialekt sprechen, der dem Ägyptisch-Arabischen ähnelt, ist Gaza aus Sicht Ägyptens Ausland. Seit der Niederlage der Mamelucken gegen die Osmanen 1517 gehörte das Gebiet um Gaza zum Osmanischen Reich. Die heutige Grenze zwischen Ägypten und dem Gazastreifen wurde bereits 1906 vertraglich zwischen dem Osmanischen Reich und Ägypten festgelegt und stellt daher keine koloniale Grenzziehung dar. Nach der osmanischen Niederlage im Ersten Weltkrieg wurde das Gebiet 1922 Teil des britischen Völkerbundsmandats für Palästina. Der UN-Teilungsplan von 1947 sah das Gebiet sowie einen Abschnitt der heutigen israelischen Grenzregion zu Ägypten dann als Teil eines zukünftigen Staates Palästina vor. Im Laufe des arabisch-israelischen Krieges, der nach Ablehnung des UN-Teilungsplanes durch die arabischen Staaten ausbrach, besetzten schließlich ägyptische Truppen das Territorium des heutigen Gazastreifens. Weil Israel das Gebiet um Gaza zunächst nicht als Staatsgebiet beanspruchte, bestätigte das ägyptisch-israelische Waffenstillstandsabkommen vom Juli 1949 diese „Zuständigkeiten“. Erst jetzt konnte vom Gazastreifen als politisch-geographisches Gebiet in seiner heutigen Form gesprochen werden.

Trotz einer vorübergehenden israelischen Besetzung des Gebiets im zweiten arabisch-israelischen Krieg 1956 blieb der Gazastreifen bis 1967 unter ägyptischer Verwaltung. Anders als Jordanien, das die Westbank annektierte und zahlreichen Palästinensern jordanische Pässe ausstellte, blieb der Gazastreifen für Ägypten „verwaltetes Ausland“. Die Bewohner erhielten keine staatsbürgerlichen Rechte und blieben formell staatenlos. Die ägyptische Verwaltung endete, als der Gazastreifen und die Sinai-Halbinsel im Juni-Krieg 1967 von Israel erobert und als strategische „Pufferzone“ zum Kriegsgegner Ägypten besetzt wurden.

In den ägyptisch-israelischen Friedensverhandlungen der Jahre 1978/79 war dann nicht nur eine Rückgabe des Sinai an Ägypten Gegenstand, sondern auch ein Autonomiestatus für die Westbank und den Gazastreifen. Schnell wurde allerdings klar, dass sowohl Ägypten als auch Israel die politischen Prioritäten auf die Klärung bilateraler Fragen legten und an einer Autonomieregelung für die Palästinenser kein nachhaltiges Interesse hatten. Die Vernachlässigung dieser Frage seitens der Ägypter war der Auslöser für den bis heute virulenten Vorwurf in der arabischen Welt, Ägypten habe die palästinensischen Interessen für einen Separatfrieden mit Israel „verraten“.

Erst 1993/94 kam wieder Bewegung in die Statusfrage des Gazastreifens. Angesichts der gravierenden sozialen, ökonomischen und politischen Probleme des Gebiets war Israel bereits seit geraumer Zeit daran interessiert, die Verantwortung für den Gazastreifen wieder abzugeben. Das israelische Interesse am „Gaza-Jericho-Abkommen“, das u.a. einen Autonomiestatus für Gaza vorsah, bestand daher primär in der Übergabe der politischen Verantwortung für den dicht besiedelten Unruheherd an die Palästinenser. Realpolitisch betrachtet, diente der Osloer Friedensprozess daher nicht zuletzt der „Verselbständigung“ eines Gebiets, an dem weder Israel noch Ägypten Interesse hatten. Da Israel aber nach wie vor die Grenze zwischen Gazastreifen und Ägypten bei Rafah kontrollierte, änderte sich für Ägypten rechtlich zunächst wenig.

DIE RECHTSLAGE

Dies änderte sich erst, als Israel im Sommer 2005 gegen heftige innenpolitische Widerstände seinen vollständigen Rückzug aus Gaza und die Räumung aller israelischen Siedlungen in dem Gebiet umsetzte. Zum ersten Mal standen die ägyptischen Grenzer am Übergang von Rafah nun palästinensischen Kollegen gegenüber. Für Kairo entstand nun schnell die Not-

wendigkeit, einerseits seine Souveränität zu wahren, zum anderen einen geregelten Grenzverkehr mit funktionierenden Regeln und Strukturen auf der anderen Seite der Grenze zu gewährleisten. Ägypten bemühte sich daher um die Vermittlung einer bilateralen Grenzvereinbarung zwischen Israelis und Palästinensern, an der Ägypten als Vertragspartner nicht beteiligt werden sollte. Ergebnis dieser Bemühungen war das israelisch-palästinensische Grenzabkommen vom 15. November 2005. Dieses Abkommen sollte die Modalitäten von Grenzübertritt und Grenzsicherung u.a. am Grenzübergang Rafah regeln. Bereits damals bestand Ägypten auf zwei Positionen, die auch im jüngsten Gaza-Konflikt von zentraler Bedeutung sind: erstens, keine fremden Truppen auf ägyptischem Gebiet und zweitens, keine ägyptische Verantwortung für palästinensisches Gebiet.

Auf der Suche nach einer dritten Partei, die (statt bzw. ohne Ägypten) eine Sicherung der Grenze bei Rafah gewährleisten könnte, wandte man sich an die Europäer. Auf Bitten Israels und der palästinensischen Autonomiebehörde entsandte die EU Ende November die Kontrollkommission *European Union Border Assistance Mission at Rafah (EU BAM Rafah)* an den palästinensisch-ägyptischen Grenzübergang. Aufgabe der *EU BAM Rafah* sollte es sein, gemeinsam mit palästinensischen Sicherheitskräften und in Zusammenarbeit mit israelischen Behörden die Grenze zu Ägypten auf dem Gebiet des Gazastreifens zu kontrollieren. Der Wahlsieg der Hamas Anfang 2006 und die zunehmenden innerpalästinensischen Auseinandersetzungen um die Kontrolle des Gazastreifens führten allerdings schnell zu Unsicherheiten und zu einer zeitweiligen Aussetzung der EU-Mission. Die im ersten Halbjahr 2007 zunehmenden Kämpfe zwischen Hamas und Fatah zwangen die EU-Beobachter schließlich zum Verlassen des Gazastreifens. Mit der Machtübernahme der von der EU als Terrororganisation eingestuftes Hamas wurde die Mission Mitte Juni 2007 ausgesetzt. Im September 2007 riegelte Israel den Gazastreifen schließlich weitgehend ab, um die Hamas zur Einstellung des Abschusses von Raketen auf israelisches Gebiet zu zwingen.

ÄGYPTEN UND DAS GRENZABKOMMEN VON 2005

Die Rechtslage am ägyptischen Grenzübergang zum Gazastreifen ist seither Gegenstand unterschiedlicher (völker)rechtlicher Interpretationen. Die Hamas sieht sich nach ihrem Wahlsieg als rechtmäßige Regierung im Gazastreifen und verlangt eine Öffnung der Grenze nach Ägypten, um eine Versorgung der Bevölkerung und damit eine Absicherung der eigenen Machtbasis

zu gewährleisten. Israel und die EU betrachten die Hamas als illegitime Terrororganisation und weigern sich, mit der Hamas in Verhandlungen über die Grenzkontrolle einzutreten, da dies eine implizite Anerkennung der Organisation bedeuten würde. Die palästinensische Autonomiebehörde betrachtet sich als legitime Regierung über Gaza und besteht auf einer Einhaltung der Verträge. Kairo unterstützt diese Position und betrachtet das Grenzabkommen von 2005 nach wie vor als gültig. Hintergrund ist die Argumentation, es handele sich um einen völkerrechtlichen Vertrag, für den nicht die jeweilige politische Mehrheit im Land sondern die legitime Vertretung des Staates verantwortlich sei. Die palästinensische Autonomiebehörde als vertragsschließende Partei ist eine quasistaatliche Einrichtung, die Regierungsfunktionen in den Palästinensischen Autonomiegebieten im Westjordanland und im Gazastreifen wahrnimmt. Nur sie genießt (wenn auch eingeschränkt) internationale Anerkennung als rechtmäßige Vertretung des palästinensischen Volkes. Diese rechtliche Bewertung impliziert, dass die Hamas rechtlich nicht zur Vertretung des palästinensischen Volkes befugt ist und es bei Modifikation oder gar auch einer Aufhebung des Grenzvertrages nicht ihrer Partizipation bedarf. Aus dem Vertrag ergibt sich ferner, dass eine Öffnung der Grenze die Anwesenheit einer „dritten Partei“ als unabhängigen Beobachter voraussetzt. Schließlich ist das Abkommen weder in Ermangelung einer zeitlichen Befristung im Vertragstext unwirksam, noch infolge einer parteilichen Disposition aufgehoben worden. Aus dem Wortlaut des Abkommens ergibt sich zwar eine zeitliche Begrenzung; diese ist jedoch in einem gesonderten vom Vertragstext abgesetzten Teil manifestiert.

Für Ägypten ist daher die Sache klar: Das bilaterale Abkommen zwischen Israel und der palästinensischen Autonomiebehörde ist nach wie vor in Kraft. Solange auf der anderen Seite der Grenze aber keine Truppen der palästinensischen Autonomiebehörde und keine europäischen Beobachter stationiert sind, werden die Voraussetzungen einer Grenzöffnung nach diesem Abkommen nicht erfüllt. Unabhängig hiervon ist Ägypten nach dem im Völkerrecht geltenden Territorialitätsprinzips berechtigt, mit seiner Grenze nach zu Belieben verfahren und zwar unabhängig von den politischen Konstellationen und Entwicklungen auf der anderen Seite.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die gegenwärtige Position Ägyptens im Gaza-Konflikt ist sowohl historisch als auch juristisch konsequent und plausibel. Politisch bietet sie allerdings nur wenig Handlungsspielraum. Kairos „doppeltes Nein“ in der

Grenzfrage (keine fremden Truppen auf eigenem Gebiet, keine eigenen Truppen auf palästinensischem Gebiet) wird sich angesichts des zunehmenden internationalen und innenpolitischen Drucks nicht mehr lange aufrechterhalten lassen. Israel fordert mehr ägyptische Verantwortung bei der Grenzsicherung, die Autonomiebehörde will eine ägyptische Truppenpräsenz auf palästinensischem Gebiet, die öffentliche Meinung in Ägypten besteht auf Wahrung der nationalen Souveränität und die arabische Welt ruft nach einer Grenzöffnung. In dieser Gemengelage wird Ägypten mittel- und vermutlich sogar kurzfristig nicht umhinkommen, sich in ein multilaterales Grenzregime einbinden zu lassen und damit politische Verantwortung für eine Kontrolle der Grenze zu übernehmen. Mit seiner Rolle als Vermittler hat es die Hamas als – wenn auch illegitimen – politischen Akteur längst anerkannt. Will Kairo eine offizielle Anerkennung der Hamas weiter vermeiden und gleichzeitig seinen innenpolitischen Interessen und internationalen Verpflichtungen gerecht werden, muss es in der Grenzfrage mehr Flexibilität an den Tag legen.

VOM VERRÄTER ZUM VERMITTLER

ÄGYPTENS BALANCEAKT IM GAZA-KRIEG

Dr. Andreas Jacobs | 8. Januar 2009

Zu Beginn der Kampfhandlungen im Gazastreifen waren sich fast alle Beobachter einig, dass Ägypten zu den Verlierern der Auseinandersetzungen zwischen Israel und der Hamas zählen würde. Dem Mubarak-Regime wurde sowohl von der eigenen Bevölkerung als auch von den arabischen Nachbarstaaten Untätigkeit und Komplizenschaft mit Israel vorgeworfen. Mittlerweile hat sich die Stimmung im Land gewandelt, und Kairo ist zu einem wichtigen Vermittler im Konflikt geworden. Im Falle eines baldigen Waffenstillstands könnte Ägypten als Gewinner aus dem Gaza-Krieg hervorgehen.

Die Situation im Gazastreifen verlangte der ägyptischen Regierung schon seit geraumer Zeit einen schwierigen Balanceakt ab. Seit Monaten bemühten sich Kairos Diplomaten darum, gleichzeitig zwischen Israel und der Hamas zu vermitteln, die Verbindungen zu Israel innenpolitisch zu rechtfertigen und die volle Souveränität über seine (geschlossene) Grenze zum Gazastreifen zu sichern. Spätestens mit der Aufkündigung des Waffenstillstands durch die Hamas am 19. Dezember hatte es den Anschein, dass Ägypten dieser diplomatische Balanceakt nicht länger gelingt. Die Hamas hatte sich bereits zuvor geweigert, einer von Kairo vermittelten Verlängerung des Waffenstillstandes zuzustimmen. Am 25. Dezember stellte die israelische Außenministerin Livni dann gegenüber Präsident Mubarak und Außenminister Abul Gheit klar, dass es an der Zeit sei, gegen die palästinensische Terrororganisation vorzugehen. Am folgenden Tag begann die israelische Armee mit Luftangriffen auf Stellungen der Hamas in Gaza.

ÄGYPTEN UNTER VERDACHT

Die offizielle ägyptische Diplomatie bemühte sich zwar umgehend, die Militärschläge mit deutlichen Worten zu verurteilen und von Israel eine sofortige Einstellung der Kampfhandlungen zu fordern. In der ägyptischen Öffentlichkeit und bei den arabischen Nachbarn kam aber schnell der Vorwurf auf, die Mubarak-Regierung

billige insgeheim den israelischen Angriff. Den Hintergrund bildete hier eine Reihe von Beobachtungen und Vermutungen. Außenminister Abul Gheit hatte öffentlich verkündet, dass die Hamas Israel zum Angriff provoziert habe, und trat hiermit einen Sturm der Entrüstung los. Gleichzeitig kamen Gerüchte auf, der ägyptische Geheimdienst habe gezielt Desinformationen an die Hamas weitergeleitet, um diese über den bevorstehenden Angriff Israels im Unklaren zu lassen. Schließlich wurde Mubarak vorgeworfen, dass er einen Tag vor Beginn der Kampfhandlungen von Livni über die bevorstehenden Angriffe informiert worden sei und diese Information nicht an die Palästinenser weitergegeben habe. Mubarak und Abul Gheit wiesen zwar den Vorwurf zurück, vom israelischen Angriff gewusst zu haben, und auch für eine vermeintliche Täuschung der Hamas durch den ägyptischen Geheimdienst gab es keine Beweise. An den im Raum stehenden Verdächtigungen änderte das wenig. Die für viele Ägypter beschämenden Bilder vom Händedruck Mubaraks und Livnis einen Tag vor Ausbruch der Kampfhandlungen waren vielen Beobachtern Beleg genug für eine ägyptisch-israelische Komplizenschaft.

Der Druck auf die ägyptische Regierung wuchs weiter, als Kairo deutlich machte, dass man die Grenze zum Gazastreifen auch weiterhin geschlossen halten würde und nur einigen Schwerverletzten den Übertritt zur medizinischen Versorgung gestatten werde. Die offiziell verbotene, aber politisch tolerierte Muslimbruderschaft nutzte dies, um mit der Forderung nach einer Grenzöffnung innenpolitisch Stimmung zu machen. Die Regierung hielt mit dem Argument dagegen, dass eine Öffnung des Grenzübergangs zu massiven Sicherheitsproblemen führen würde und von Israel zu einer dauerhaften Vertreibung von Palästinensern nach Ägypten missbraucht werden könnte. In der Folgezeit entbrannten in fast allen ägyptischen Städten – angefeuert von der Opposition, den Medien und anderen arabischen Führern – wütende Proteste gegen den israelischen Militäreinsatz und gleichzeitig heftige Auseinandersetzungen um die ägyptische Rolle dabei.

Beim Spitzenspiel der ägyptischen Fußballliga überboten sich Spieler und Fans mit Solidaritätsbekundungen für die Palästinenser. Prediger riefen zu Sach-, Geld- und Blutspenden auf. Sowohl die islamistische als auch die linksgerichtete Opposition verschärfte im Schulterschluss ihre Kritik an der Regierung und sorgte für eine heftige Debatte im ägyptischen Parlament. Auf der Straße nutzten Vertreter der Muslimbruderschaft die öffentliche Meinung, um zu Massendemonstrationen in allen größeren Städten Ägyptens aufzurufen. In Kairo, aber auch in den umliegenden Gouvernoren, sowie im Fayoum und der Touristen-Stadt Luxor gingen daraufhin tausende aufgebrachte Ägypter auf die Straße, um gegen Israel und teilweise auch gegen die eigene Regierung zu demonstrieren. Die Polizei war zwar sofort und massiv präsent, ließ die Demonstranten aber zumindest teilweise gewähren, solange allein der israelische Militäreinsatz Gegenstand der Proteste blieb. Weitergehende Kundgebungen wurden von der gut ausgerüsteten „Riot Police“ sofort aufgelöst. Hierbei nutzte das Regime die Gelegenheit, zahlreiche Anhänger der Muslimbruderschaft hinter Gitter zu bringen.

Parallel lief in den ägyptischen Medien eine Schlacht um die Deutungshoheit der Ereignisse. Die wenigen oppositionellen Zeitungen berichteten über Demonstrationen auf der Titelseite und forderten von der Regierung ein entschiedenes Vorgehen gegen Israel. Die regierungstreuen Blätter konzentrierten ihre Berichterstattung hingegen über die ägyptischen Vermittlungsversuche und gaben der Hamas die Schuld daran, dass Schwerverletzte die Grenze nach Ägypten zur kostenlosen medizinischen Versorgung nicht überqueren dürfen. Das ägyptische Staatsfernsehen sendete derweil Archivbilder von LKWs mit Hilfsladungen an der Grenze zum Gazastreifen und unterstrich damit den Eindruck, dass die Grenze nicht von Ägypten, sondern von der Hamas blockiert werde.

EINMISCHUNG VON AUSSEN

Angeheizt wurde die Kritik am ägyptischen Regime aber nicht zuletzt von außen. Bereits am 28. Dezember hatte der Generalsekretär der libanesischen Hisbollah, Hassan Nasrallah, das ägyptische Regime als „Komplizen Israels“ beschimpft und die ägyptische Bevölkerung dazu aufgerufen, mit einem „Marsch auf Rafah“ eine Öffnung der Grenze zu erzwingen. Anfang Januar häufte sich dann auch auf *Al-Jazeera* die Kritik an der ägyptischen Außenpolitik und insbesondere am ägyptischen Außenminister Abul Gheit. Im syrischen Fernsehen wurde Mubarak indirekt als Despot, Trunkenbold und Verräter darstellte. Am 3. Januar legte dann ein sunnitische Prediger im libanesischen Fern-

sehen mit einer Verunglimpfung Abu Gheits derart heftig nach, dass selbst regierungsferne Ägypter dies als nationale Beleidigung empfanden.

Die massive arabische Kritik an Ägypten und die Übergriffe gegen ägyptische Vertretungen in mehreren arabischen Ländern führten dann zu einem Stimmungsumschwung im Land am Nil. Regierungsnahe Zeitungen warfen den arabischen Kritikern nun Einmischung in interne Angelegenheiten vor und beschimpften Hisbollah-Chef Nasrallah als „kleinen Ayatollah“ und „Diener seiner iranischen Herren“. Seit Beginn der Woche mehrten sich in Kairo Demonstrationen vor den Botschaften anderer arabischer Staaten. Viele Ägypter empfinden es als ungerecht, dass ihr Land und seine Repräsentanten in der arabischen Öffentlichkeit beleidigt werden und Ägypten eine Mitschuld am Gaza-Krieg zugewiesen wird, während sich die arabischen Nachbarn auf Protest- und Betroffenheitsbekundungen beschränkten. Ungeachtet der fortgesetzten Solidarität mit den Palästinensern ist vielerorts in Ägypten die Wut auf das eigene Regime der Wut auf die arabischen Nachbarn gewichen.

NEUE INITIATIVE

Die ägyptische Regierung nutzte diesen Stimmungsumschwung, um innen- und außenpolitisch die Initiative zu ergreifen. An die eigene Bevölkerung gerichtet erklärte Präsident Mubarak im Staatsfernsehen, dass man zwar alles tun werde, um den Not leidenden Palästinensern zu helfen, dass man aber nicht in die „israelische Falle“ einer Grenzöffnung tappen werde. Bei den meisten Ägyptern trifft er damit auf – wenn auch oft stillschweigende – Zustimmung. Noch allzu deutlich sind den Ägyptern die Ereignisse des Januars 2008 in Erinnerung. Als die Hamas damals Tausenden von Palästinensern den Grenzübergang gegen den Willen der ägyptischen Behörden ermöglichte, wurde angesichts von Hamsterkäufen und chaotischen Zuständen im Grenzgebiet schnell der Ruf nach einer Wahrung ägyptischer Souveränitätsrechte laut. Indem Mubarak jetzt außerdem Israel und nicht die Hamas zum Nutznießer offener Grenzen erklärte, nahm er den immer weniger werdenden Befürwortern einer Grenzöffnung weiter den Wind aus den Segeln.

Auch außenpolitisch ging Ägypten jetzt in die Offensive. Am 5. Januar traf die EU-Troika im Land ein, um über die Möglichkeiten eines Waffenstillstands zu beraten. Einen Tag später schlug Mubarak zusammen mit Frankreichs Staatschef Sarkozy eine Waffenruhe vor, die eine Feuerpause, Hilfslieferungen und Gespräche über eine Aufhebung der Blockade vorsehen. Ferner brachte er erneut die Idee einer internationalen

Truppe zur Sicherung eines Waffenstillstands ins Spiel. Unterstützung für Mubaraks Initiative kam nicht nur von der EU, sondern auch von den USA, der UNO und von Palästinenserpräsident Abbas. Auch bei Israel und der Hamas gab es vorsichtig positive Reaktionen auf den ägyptisch-französischen Vorstoß. Für Israel geht es im Konflikt primär um eine nachhaltige Schwächung der Hamas. Da deren Waffennachschub hauptsächlich durch die Tunnel im ägyptisch-israelischen Grenzgebiet organisiert wird, ist Ägypten ein unverzichtbarer Partner im israelischen Kalkül. Aber auch die Hamas zeigt sich mittlerweile gesprächsbereit. Hamas-Sprecher ließen bis zum 7. Januar durchblicken, dass man in den eigenen Reihen ernsthaft über die Bedingungen eines Waffenstillstands diskutiere und hierbei auch mit ägyptischen Unterhändlern in Kontakt stehe. Gleichzeitig wurde bekannt, dass eine Delegation der Hamas-Führung aus Damaskus bereits am 5. Januar zu Gesprächen nach Kairo gereist war. Auch für die palästinensische Terrororganisation war Ägypten offensichtlich vom Verräter zum Vermittler geworden.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Ägypten hat ein nachhaltiges Interesse an einer schnellen Beilegung der Kampfhandlungen. Hierfür gibt es eine Vielzahl von Gründen: Jede militärische Auseinandersetzung zwischen Israel und den Palästinensern erinnert die ägyptische Bevölkerung schmerzhaft an den unpopulären ägyptisch-israelischen Friedensschluss und stellt daher eine Belastung für das Mubarak-Regime dar. Jenseits der ungeliebten Grenze zum Gazastreifen wartet die mit den ägyptischen Muslimbrüdern und dem Iran verbündete Hamas auf eine Gelegenheit, um das ägyptische Regime als Verbündeten des Westens und Israels vorzuführen. Unruhen an der Grenze stellen die Durchsetzungsfähigkeit des ägyptischen Staates in Frage. Die ohnehin unruhigen Beduinen auf dem Sinai könnten die Gelegenheit nutzen, weitere Anschläge zu verüben. Nicht zuletzt ist das winterliche Tourismus-Geschäft auf dem Sinai von massiven Einbußen bedroht.

Die ägyptische Regierung hat also gute Gründe in der derzeitigen Auseinandersetzung auf ihrer Position zu beharren und auf ein schnelles Ende der Kampfhandlungen hinzuarbeiten. Mubaraks anfangs unpopuläre Strategie im Gaza-Krieg könnte sich letztendlich also auszahlen. Eine geschwächte Hamas und stabile Verhältnisse in Gaza kämen den innenpolitischen Interessen Ägyptens entgegen und international könnte das ägyptische Regime sein angerostetes Image als unverzichtbarer Vermittler jeder Annäherung im Nahostkonflikt auf polieren. Für Ägypten sind noch viele

Fragen offen, zumal das sich abzeichnende Szenario einer stärkeren ägyptischen Verantwortung für die Stabilisierung des Gazastreifen enorme Risiken für das Land birgt. Falls es in absehbarer Zeit aber zu einer Waffenruhe kommt, und es der ägyptischen Regierung weiter gelingt, durch eine Mobilisierung des Nationalgefühls den Ärger der eigenen Bevölkerung auf die arabischen Nachbarstaaten umzulenken, wäre Ägypten entgegen aller früheren Voraussagen ein möglicher Gewinner der Auseinandersetzung.

KAS-LÄNDERBÜRO RABAT | MAROKKO

ISRAELS MILITÄRINTERVENTION IN GAZA: REAKTIONEN AUS MAROKKO

Thomas Schiller | 4. Februar 2009

Israels Militäroperation im Gazastreifen hat in Marokko eine heftige Welle der Empörung ausgelöst. Kaum Beachtung fand dabei die Vorgeschichte: der fortgesetzte Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen auf Südisrael. Im Vordergrund stand vor allem das Leiden der palästinensischen Zivilbevölkerung. Differenzierte, abgewogene Äußerungen, z.B. zur Ideologie und Politik der Hamas, waren selten.

1. MAROKKO UND ISRAEL: EINE KOMPLEXE BEZIEHUNG

Über Jahrhunderte war Marokko ein Land mit einer großen und einflussreichen jüdischen Gemeinde. Auf dieses jüdische Erbe ist Marokko zu recht stolz. Auch wenn nach den Auswanderungswellen nach dem 2. Weltkrieg die Zahl der jüdischen Marokkaner von 250.000 auf heute nur mehr 3.000 bis 4.000 gesunken ist, sind viele marokkanischstämmige Juden nach wie vor ihrem Herkunftsland emotional verbunden. Sie sind durchaus gern gesehene Gäste und Geschäftspartner. In der Person André Azoulays hat der marokkanische König Mohammed VI einen jüdischen Marokkaner als Berater in sein persönliches Kabinett berufen.

Mit Israel bestehen keine diplomatischen Beziehungen, jedoch sind politische Gespräche und Kontakte zwischen israelischen und marokkanischen Regierungsvertretern keine Seltenheit, Berührungspunkte gibt es kaum. Knapp vor der israelischen Militärintervention in Gaza gingen sogar Gerüchte über einen baldigen Besuch der israelischen Außenministerin Livni in Marokko um. Die Haltung der meisten Marokkaner zu Israel unterscheidet sich dennoch grundlegend von der positiven Einstellung gegenüber dem eigenen jüdischen Erbe. Diese Zwiespältigkeit zeigte sich beispielsweise als der damalige Vorsitzende der israelischen Arbeiterpartei Amir Peretz im Februar 2006 Marokko besuchte und dabei auch ein Gespräch mit König Mohammed VI führte. Peretz, geboren 1952 in einer

marokkanischen Kleinstadt und 1956 nach Israel ausgewandert, wird aufgrund seiner Herkunft durchaus als „Marokkaner“ angesehen, die königliche Audienz ist auch vor diesem Hintergrund zu sehen. Allerdings wurde gleichwohl im selben Jahr gegen Peretz von drei marokkanischen Anwälten eine Klage wegen „Kriegsverbrechen“ im Zusammenhang des Libanon-Krieges (Peretz war israelischer Verteidigungsminister) in Rabat eingereicht. Dieser Initiative schloss sich u.a. auch der jüdische Marokkaner und Mitbegründer von Transparency Maroc, Sion Assidon, an. Die Begründung für die Klage in Marokko: Peretz habe seine marokkanische Staatsbürgerschaft behalten, gegen ihn könne die marokkanische Justiz auch für Vergehen im Ausland vorgehen! Diese Episode zeigt exemplarisch die Haltung vieler Durchschnittsmarokkaner und vor allem der marokkanischen Elite. Einerseits gelten marokkanischstämmige Juden als vollwertige Marokkaner, sind Teil der marokkanischen Geschichte und Kultur. Zugleich wird, andererseits, ein virulenter „Antizionismus“ vertreten, Israel nicht nur von Islamisten, sondern nicht selten auch in laizistischen Medien als „zionistisches Gebilde“ geschmäht.

2. DIE OFFIZIELLE HALTUNG MAROKKOS: HUMANITÄRE HILFE FÜR GAZA IM VORDERGRUND

Die offiziellen Reaktionen auf Israels Militärschlag gegen die Hamas im Gazastreifen beschränkte sich auf eine scharfe Verurteilung der „unverhältnismäßigen“ Gewaltanwendung und auf Solidaritätsadressen an das palästinensische Volk. Der Bereitstellung humanitärer Hilfe für Gaza wurde in den Medien breiter Raum eingeräumt. So wurde bei der Zentralbank Marokkos ein Solidaritätskonto für Gaza eingerichtet sowie Nahrungsmittel und Medikamente in Richtung Gaza gesandt. König Mohammed VI bot ferner für 200 verwundete Palästinenser medizinische Betreuung in Krankenhäusern in Marokko an.

Auf unerwartet heftige Ablehnung seitens König Mohammeds VI stieß dagegen der von Katar angeregte Ad-Hoc-Gipfel zur Lage in Gaza in Doha. Mit seiner Nichtteilnahme stellte sich Marokko, im Gegensatz zum Nachbarland Algerien (Präsident Bouteflika war in Doha anwesend), auf die Seite der gleichfalls abwesenden Länder Ägyptens und Saudi-Arabiens. In einem ausführlichen offiziellen Kommuniké erläuterte der König die Nichtteilnahme Marokkos: diese Art von Gipfeltreffen würde lediglich die Uneinigkeit der arabischen Staaten offenbaren, dienen zum Austausch von gegenseitigen Vorwürfen und brächten keinerlei Fortschritt für die gemeinsame arabische Sache. Vielen arabischen Führern ginge es lediglich um mediale Präsenz und bloße Rhetorik, Debatten über eine gemeinsame Strategie fänden hingegen nicht statt.

3. DIE REAKTIONEN DER PARTEIEN UND ZIVILGESELLSCHAFT: EINE WELLE DER EMPÖRUNG IN MAROKKO

Überaus heftig war die Reaktion der politischen Kräfte und der Zivilgesellschaft Marokkos. Über alle ideologischen und politischen Gräben hinweg wurde das Vorgehen Israels scharf verurteilt. Auf landesweiten Demonstrationen strömten Zehntausende von Marokkanern unter Fahnen Palästinas zusammen. An der Großdemonstration in der Hauptstadt Rabat am 4. Januar 2009 nahmen zahlreiche Minister, hochrangige Vertreter aller marokkanischen Parteien sowie von unterschiedlichen Vereinigungen der Zivilgesellschaft teil. Das Spektrum reichte von Kräften der extremen Linken mit Postern von Ché Guevara über Vertreter der moderaten Regierungsparteien bis hin zu islamistischen Gruppierungen. Die gut organisierte islamistische Oppositionsbewegung *Al Adl wal Ihsane* (*Gerechtigkeit und Spiritualität*) stellte dabei nach Einschätzung von Beobachtern einen großen Teil der Demonstranten.

Die Hamas wird in Marokko heute zunehmend in einem Atemzug mit der libanesischen Schiitenmiliz Hizbollah genannt. Dabei steht weniger die ideologische Ausrichtung der Hamas, als vielmehr ihre Reputation als „wahre“ Widerstandsbewegung der Palästinenser im Vordergrund. Auf der bereits erwähnten Demonstration in Rabat maskierten sich denn auch zahlreiche junge Marokkaner demonstrativ als Angehörige der bewaffneten Miliz der Hamas, ausgerüstet mit Sturmgewehren und Raketen aus Pappe und Plastik.

Auch die Presseberichterstattung über den Gaza-Konflikt spiegelte diese breite Solidaritätsbewegung wider. Selten waren abgewogene, differenzierte Bei-

träge zu lesen. Im Zentrum standen die zivilen Opfer des israelischen Militärschlages, die Leiden der Bevölkerung in Gaza und Anklagen gegen die Politik und Entscheidungsträger Israels. Erläuterungen und Analysen zum Hintergrund der Auseinandersetzung, z.B. zur Politik und Ideologie der Hamas oder zum Raketenbeschuss Südisraels aus dem Gazastreifen, fehlten fast völlig. In zahlreichen Medienbeiträgen wurde zudem den Staaten der EU und vor allem den USA eine einseitige Parteinahme zugunsten Israels vorgeworfen. Auch die Initiative einer „Union für das Mittelmeer“ wurde – da sie die Teilnahme Israels vorsieht – in die Kritik mit einbezogen.

4. SCHLUSSFOLGERUNGEN

- Die israelische Militäroperation im Gazastreifen hat einmal mehr die emotionale Bedeutung des Themas Nahostkonflikt auch im Maghreb aufgezeigt. Kein anderes Thema mobilisiert unterschiedlichste politische und zivilgesellschaftliche Kräfte in gleicher Weise.
- Erschreckend war erneut die überaus einseitige Wahrnehmung der Auseinandersetzung. Differenzierte Hintergrundinformationen und eine abgewogene Ursachenanalyse fehlten häufig selbst in professionellen Medienorganen.
- Es ist daher nicht erstaunlich, dass die Hamas in Marokko einen ähnlichen „Popularitätsschub“ erhielt, wie zuletzt die libanesische Hizbollah. Eine große Rolle hierbei spielen die arabischen Satellitensender, allen voran *Al Jazeera*.
- Positiv ist festzuhalten, dass zumindest die Führer der Parteien und zivilgesellschaftlichen Vereinigungen dezidiert davor warnen, dass Antizionismus nicht zu Antisemitismus führen dürfe. Einigen wenigen scheinen damit die möglichen Auswirkungen der dezidiert anti-israelischen Positionen auf das künftige Zusammenleben von Juden und Muslimen in Marokko bewusst zu sein.

KAS-LÄNDERBÜRO ANKARA | TÜRKEI

DIE GAZA-KRISE UND DIE NEUE TÜRKISCHE AUSSENPOLITIK

Jan Senkyr | 11. Februar 2009

Als der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan vor laufenden Kameras demonstrativ den Saal einer Diskussionsveranstaltung des Weltwirtschaftsforums in Davos aus Verärgerung über die Äußerungen des israelischen Staatspräsidenten Schimon Peres zum Gaza-Krieg und die vermeintlich beleidigende Art des Moderators verließ, stellten die meisten Kommentare in den Medien die Frage, ob sich die Türkei politisch vom Westen entfernt.

Der Auftritt Erdoğan's in Davos war der dramaturgische Höhepunkt eines politischen Zerwürfnisses zwischen der Türkei und Israel, das mit dem israelischen Militäreinsatz im Gazastreifen seinen Anfang nahm und mittlerweile die bilateralen Beziehungen schwer belastet hat.

Die jüngsten Reaktionen Ankaras im Zusammenhang mit der Gazakrise müssen im Gesamtkontext der türkischen Außenpolitik betrachtet werden, die in den letzten Jahren eine Entwicklung zu einer regional engagierten und auf Interessenausgleich mit den Nachbarländern ausgerichteten Politik genommen hat. Bislang gibt es keine klaren Indizien dafür, dass die nahöstliche Akzentuierung der neuen türkischen Außenpolitik auf Kosten der Westorientierung gehen sollte. Vielmehr ist man in Ankara darum bemüht, die Rolle der Türkei als Brücke zwischen Orient und Okzident zu stärken und sich damit als regionaler Machtfaktor zu etablieren. An dieser strategischen Ausrichtung dürften auch die verbalen Attacken und der Protestauftritt des türkischen Ministerpräsidenten in Davos nichts geändert haben.

Die Palästinafrage ist traditionell ein Schwerpunktthema der türkischen Nahostpolitik, das eine hohe emotionale Bedeutung für die Bevölkerung hat. In dieser Hinsicht gab es auch schon früher Zerwürfnisse mit Israel, die teilweise erheblich waren. Der frühere türkische Ministerpräsident Bülent Ecevit bezeichnete die israelische Militäraktion in der palästinensischen

Stadt Jenin 2002 als „Genozid“ und im Jahr 2004 sprach Premier Recep Tayyip Erdoğan im Zusammenhang mit der Tötung des Hamas-Führers Scheich Ahmad Yassin und den zivilen Opfern im Rafah-Flüchtlingslager von israelischem „Staatsterrorismus“¹. Trotz der Gegensätze in der Palästinafrage und wiederholter diplomatischer Verstimmungen war die Türkei immer um ein konstruktives Verhältnis zum jüdischen Staat bemüht. Seit Ende der 1990er Jahre hat sich dieses Verhältnis sogar in eine strategische Partnerschaft umgewandelt, die vor allem in der militärischen Zusammenarbeit Umsetzung findet. Parallel dazu pflegte Ankara enge Beziehungen zur palästinensischen Verwaltung und bot sich als Vermittler zwischen Israelis und Palästinensern an. Auf politischer Ebene hatte Israel zwar eine türkische Vermittlerrolle abgelehnt, im wirtschaftlichen und sozialen Bereich war das Engagement Ankaras jedoch willkommen.

Die Türkei hat eine Reihe von Projekten zur Unterstützung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in den palästinensischen Gebieten und zahlreiche soziale und karitative Hilfsaktionen ins Leben gerufen. Ein wichtige Initiative war das Vorhaben „Industry for Peace“² mit dem vor allem der Ausbau von gemischten Industriezonen im israelisch-palästinensischen Grenzgebiet mit türkischem Know-how und türkischen Investitionen gefördert werden sollte. Aufgrund der problematischen Sicherheitslage und vor allem infolge der Zerstörungen während des Gaza-Kriegs sind diese Aktivitäten derzeit jedoch auf Eis gelegt.

Für erhebliche Spannungen mit Israel haben die Kontakte der türkischen Regierungspartei AKP (*Adalet ve Kalkınma Partisi* – Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei) zur Hamas gesorgt. Im Februar 2006 kam eine Hamas-Delegation auf Einladung der AKP zu Gesprächen in die AKP-Zentrale nach Ankarac. Der Hamas-Besuch in der Türkei stieß auf internationale Kritik: Israel protestierte scharf, auch die USA und die EU waren verstimmt über den Vorstoß Ankaras. Die

Türkei unterlaufe somit die Bemühungen des Westens, die Hamas durch internationalen Boykott zu Gewaltverzicht und zur Anerkennung des erreichten Verhandlungstandes zwischen Israel und den Palästinensern (und somit indirekt Israels) zu bewegen. Die Türkei argumentierte wiederum damit, eine Isolation würde die Hamas noch stärker in die Hände Irans und Syriens treiben und somit eine Friedenslösung weiter erschweren. Allerdings ist es der AKP nicht gelungen, die Hamas-Vertreter zu irgendwelchen relevanten Zugeständnissen zu bewegen, so dass der Besuch als Misserfolg und diplomatischer Fauxpas bewertet werden muss.

Parallel dazu bemühte sich die türkische Außenpolitik um gute Beziehungen zur Fatah und zu Palästinenserpräsident Mahmud Abbas. Türkische Vermittlungs- und Schlichtungsversuche zwischen Fatah und Hamas erbrachten bislang jedoch nicht den erhofften Erfolg.

Mit dem Beginn der jüngsten Militäroffensive Israels in Gaza am 27. Dezember 2008 – auf die Ministerpräsident Erdoğan offenbar trotz eines Kurzbesuches seines israelischen Kollegen Olmert in Ankara einige Tage zuvor nicht vorbereitet war – nahm auch die aktuelle Krise in den türkisch-israelischen Beziehungen ihren Anfang. Sowohl die türkische Politik als auch die Öffentlichkeit reagierten empört. Allerdings sorgte die ungewöhnlich harsche und emotionale Kritik Erdoğan an Israel für Irritationen und kam auch für manchen Beobachter in der Türkei überraschend. Spätestens nach dem „Eklat von Davos“ wurde deutlich, wie unterschiedlich die türkische Haltung zum Gaza-Krieg im Vergleich zu den USA, der EU aber auch zu den moderaten arabischen Staaten ist. Ob der Auftritt Erdoğan in Davos Kalkül oder spontan war, bleibt Spekulation. Klar ist jedoch, dass er damit Anerkennung und Bewunderung in der muslimischen und arabischen Welt gewonnen hat. Auch in der Türkei wurde er von seinen Anhängern als Held gefeiert. Sicher ist, dass dies bei den am 29. März 2009 anstehenden Kommunalwahlen positive Auswirkungen für die AKP haben wird.

Außer politischer Kritik startete die AKP-Regierung jedoch frühzeitig auch eine intensive Pendeldiplomatie mit dem Ziel, die israelischen Angriffe im Gazastreifen zu stoppen und die zerstrittenen Parteien an einen Verhandlungstisch zu bringen. Ministerpräsident Erdoğan reiste zwischen dem 31. Dezember 2008 und 3. Januar 2009 zu Gesprächen nach Syrien, Jordanien, Ägypten und Saudi Arabien. Er warb dort für einen Zweistufenplan, wonach zunächst ein Waffenstillstand und die Stationierung internationaler Friedenstruppen vorgesehen sei, danach sollte eine Aussöhnung zwischen der Hamas und Fatah vermittelt sowie der

Wiederaufbau in Gaza mit internationaler Hilfe organisiert werden⁴.

Erdoğan's außenpolitischer Berater Prof. Ahmet Davutoğlu traf sich in Damaskus mit der Exilführung der Hamas, um die Konditionen für einen Waffenstillstand auszuhandeln. Dies geschah parallel zu den diplomatischen Bemühungen westlicher und arabischer Länder unter der Federführung Frankreichs und Ägyptens um eine regionale Friedenslösung für Gaza, die eine explizite Einbeziehung der Hamas nicht vorsah.

Als am 18. Januar 2009 die Kampfhandlungen eingestellt wurden (jeweils einseitig von Israel am 17. Januar und der Hamas am 18. Januar verkündet), reklamierte die Türkei ihren Anteil am Erfolg der internationalen Vermittlungen. Prof. Davutoğlu erklärte gegenüber türkischen Medien, die Türkei hätte eine Schlüsselrolle dabei gespielt, die Hamas zur Niederlegung der Waffen zu überreden. Die Einbeziehung der Islamisten in die Verhandlungen sei unumgänglich gewesen, da „eine Ausgrenzung der Hamas einer Ausgrenzung des palästinensischen Volkes gleichkäme, denn Hamas wurde von den Palästinensern gewählt“⁵.

Die Beziehungen der Türkei zu Israel wurden durch den politischen Konflikt um den Gaza-Konflikt zwar schwer belastet, sind aber nicht irreparabel geschädigt. Das strategische Interesse an einer engen Kooperation ist nach wie vor auf beiden Seiten vorhanden und wird von der AKP auch nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Die Türkei war eines der ersten Länder, das den jüdischen Staat nach seiner Gründung 1948 anerkannt hat (1949), die Beziehungen haben sich insbesondere in den 1990er Jahren intensiviert und sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts in eine strategische Partnerschaft übergegangen. Insbesondere im militärischen und wirtschaftlichen Bereich sind die Verbindungen und Interessensverflechtungen so eng verknüpft, dass sie auch diplomatisch-politischen Krisen standhalten können. Allerdings darf ein Faktor nicht unterschätzt werden: Die Stimmung in der Bevölkerung. Die starke Zunahme antiisraelischer und gelegentlich auch antisemitischer Einstellungen in der türkischen Öffentlichkeit in den letzten Wochen ist ein Faktor, der zwar von der Politik teilweise gezielt für innenpolitische Zwecke instrumentalisiert worden ist, der aber auch eine gefährliche Eigendynamik entwickeln kann. Hier steht die AKP vor einer großen politischen Verantwortung.

Das Nahost-Engagement der Türkei im Zusammenhang mit der Gaza-Krise ist aufschlussreich für das Verständnis der neuen türkischen Außenpolitik, die

seit dem Regierungsantritt der AKP 2002 graduell ihre Umsetzung findet. Sie knüpft an einige Prinzipien der Außenpolitik des früheren Präsidenten Turgut Özal an, wird aber im Wesentlichen durch die Thesen von Prof. Ahmet Davutoğlu geprägt, wie sie in seinem 2001 erschienenen Buch *Strategische Tiefe: Die internationale Stellung der Türkei (Stratejik derinlik: Türkiye'nin uluslararası konumu)* zusammengefasst sind. Laut Prof. Davutoğlu sollte die Türkei zu ihrer eigenen „historischen und geographischen Identität“ zurückfinden (manche Kritiker sprechen von einer „neo-Osmanischen“ Identität) und empfiehlt, ein „ausgewogenes Verhältnis zu allen globalen und regionalen Akteuren“ anzustreben, einschließlich starker wirtschaftlicher Beziehungen mit allen regionalen Nachbarstaaten. Dies bedeutet, dass sich die Türkei nicht einseitig auf ein Bündnis mit dem Westen (USA und EU) beschränken, sondern gute Beziehungen mit allen Staaten der Region anstreben sollte (Motto: „Null Konflikt“). Eine multipolare und multidimensionale Ausrichtung der türkischen Außenpolitik soll allerdings nicht zum Nachteil für die guten Beziehungen zum Westen sein. „Die Europäische Union ist unsere Priorität, ja. Das heißt aber nicht, dass wir den Nahen Osten ignorieren können, den Kaukasus und den Balkan. Die Türkei muss gleichzeitig in vielen Richtungen aktiv sein“, so die Aussage des außenpolitischen Beraters von Ministerpräsident Erdoğan bei einer Pressekonferenz am 19. Januar 2009⁶. Im Rahmen dieses Konzeptes sind weitere Schritte der türkischen Nahostpolitik zu sehen: Die Annäherung an Syrien (in diesen Rahmen fallen auch die Vermittlungen der Türkei bei den israelisch-syrischen Verhandlungen), der pragmatische Dialog mit dem Iran, die Aufnahme von Kontakten zur kurdischen Regionalregierung im Nordirak, die Stärkung der Beziehungen zu Saudi-Arabien.

Die Zeit wird zeigen, ob der Spagat einer Außenpolitik mit guten Beziehungen zu den USA, zur EU, zu Russland, Israel, Syrien, Ägypten sowie Irak und Iran langfristig zu meistern ist und ob dieser Ansatz tatsächlich den strategischen Interessen der Türkei wirksam dienen kann.

- 1/ Bülent Aras, „Turkey and the Palestinian Question“, SETA Policy Brief No 27., Januar 2009
- 2/ www.industryforpeace.org
- 3/ <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Nahost/Chronik-Aktuell/06-02.html>
- 4/ 03.01.2009 Zaman, S. 1, 4.
- 5/ 20.01.2009 Zaman, S. 1, 12, Hürriyet S. 14, Sabah S. 16.
- 6/ 20.01.2009 Zaman, S. 4.

DER GAZA-KONFLIKT STRAPAZIERT DIE ISRAELISCH-TÜRKISCHEN BEZIEHUNGEN

Dirk Tröndle | 26. Januar 2009

Als die israelische Luftwaffe am 27. Dezember 2008 die ersten Angriffe auf Ziele im Gazastreifen flog, unterbrachen türkische Nachrichtensender ihre Programme für Exklusivberichte. Die türkischen Medien berichteten in seltener Einstimmigkeit, und andere Themen wie eine weitere Welle von Festnahmen im Rahmen der Untersuchungen gegen den Tiefen Staat traten deutlich in den Hintergrund. Der Tenor der Medienberichte lautete: Verurteilung der israelischen Militäraktion als unproportionale Antwort auf die Raketenangriffe der Hamas und Forderung nach sofortiger Einstellung der Kampfhandlungen. Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan verurteilte die Luftangriffe sehr ungestüm und bewertete sie als „schweres Vergehen gegen die Menschlichkeit“ und „Respektlosigkeit der Türkei gegenüber“. Der Ton des türkischen Ministerpräsidenten verschärfte sich mit der Dauer der Militäraktion.

CHRONOLOGIE DER EREIGNISSE

Der Vorwurf der Respektlosigkeit und die weiteren Bemerkungen des türkischen Regierungschefs – so sagte Erdoğan etwa, Israel befinde sich auf dem Weg der Selbstzerstörung und das israelische Vorgehen werde von Allah bestraft – müssen in direktem Zusammenhang mit dem Besuch des israelischen Premier Ehud Olmert am 22. Dezember 2008 – wenige Tage vor den ersten Angriffen – in Ankara gesehen werden. Dort soll der türkische Ministerpräsident nach eigenem Bekunden nicht über die Angriffspläne unterrichtet worden sein, was seiner Ansicht nach einer Unterminierung der türkischen Vermittlungsbemühungen im Nahen Osten gleichkäme. Der neue EU-Staatsminister Egemen Bağış beantwortete im türkischen Parlament am 08. Januar 2009 eine Anfrage der Opposition zu diesem Thema folgendermaßen: „Der Ministerpräsident hat keine Informationen bezüglich eines Angriffs erhalten, anderweitig hätte er darauf reagiert.“ Im Übrigen seien die Gespräche des Ministerpräsidenten protokolliert und im Staatsarchiv hinterlegt, so Bağış weiter.

Das türkische Außenministerium und Minister Ali Babacan haben sich ebenfalls sehr vehement zum israelischen Vorgehen geäußert. In mehreren schriftlichen Erklärungen am 27. und 28. Dezember 2008 hat das Ministerium seine große Sorge zum Ausdruck gebracht und den Tod palästinensischer Zivilisten verurteilt. Derartige Entwicklungen wurden als sehr abträglich für die Stabilität der Region bezeichnet und Israel zur sofortigen Einstellung der Militäraktion und die UN zum sofortigen Eingreifen aufgefordert. Gleichzeitig stand die türkische Regierung auf allen Gesprächskanälen mit den Akteuren in der Region im regen Gedankenaustausch. Ausgenommen davon Ehud Olmert, dessen Anruf Erdogan nicht entgegennahm und die israelische Außenministerin Zipi Livni, die vergeblich um einen Termin bei ihrem türkischen Amtskollegen Babacan gebeten hatte. Aus Protest traten am 30. Dezember 2008 zwei Abgeordnete der AK Partei und einer der CHP aus der israelischen Freundschaftsgruppe der Großen Nationalversammlung der Türkei aus.

Ministerpräsident Erdoğan begann am 31. Dezember 2008 eine Pendeldiplomatie, die ihn zuerst nach Damaskus führte, wo er mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad die Lage sondierte. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz lobte Assad die türkische Rolle in der Region und bemerkte: „So wie wir beim Thema Gaza die gleichen Gefühle teilen, so müssen wir auch die gleichen Politiken teilen“. Dies war praktisch die Ankündigung des Abbruchs der israelisch-syrischen Geheimgespräche über eine Rückgabe der Golan-Höhen, die von der Türkei bis dahin moderiert wurden. Syrien weigert sich mittlerweile mit „dieser“ israelischen Regierung weitere Gespräche zu führen, und der türkische Außenminister machte in einem Fernsehinterview deutlich, dass die Türkei nicht bereit sei weiter zu vermitteln, solange eines der beiden Länder Krieg führe.

Nach dem Gespräch mit Assad traf Erdoğan am gleichen Tag noch in der jordanischen Küstenstadt Aqaba mit König Abdullah II. und dem Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde Mahmud Abbas zusammen. Tags darauf reiste er nach Scharm El-Sheich zum ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak und am 3. Januar flog er nach Riyad, wo er sich mit dem saudischen König traf.

Mit der israelischen Bodenoffensive wurde der Tonfall von Ministerpräsident Erdoğan schärfer. Er nutzte in der Zwischenzeit jeden öffentlichen Auftritt für weitere Kommentare zur Gaza-Krise. So referierte er bei der Vorstellung von Bürgermeisterkandidaten der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) für die Lokalwahlen Ende März, am 16. Januar, über die drei großen Buchreligionen und die Gemeinsamkeit dieser bei der Achtung und Würde des menschlichen Lebens als das wichtigste und unantastbare Gut. Erdoğan zitierte aus dem Alten Testament die zehn Gebote und sprach „Du sollst nicht töten“ auf Englisch und Hebräisch. Ferner weitete er seine Kritik aus: „Auf der einen Seite die Verwegenheit Israels, doch bedrückt uns als Menschen die Passivität der Weltöffentlichkeit noch mehr. Vor unseren Augen gehen Werte der Menschlichkeit zugrunde und diese Tragödie spielt sich vor den Augen der ganzen Welt ab. (...) Ich muss auch besonders betonen, dass die Welt nicht vollständig die Vorkommnisse verfolgen kann, weil es eine Medienwelt gibt, die von Israel kontrolliert wird.“ Die israelische Außenministerin tat daraufhin das Poltern der türkischen Führung als Wahlgeplänkel ab.

Vor seiner Abreise nach Brüssel am 18. Januar und auf einer Veranstaltung des *European Policy Centre* (EPC) in Brüssel tags darauf wiederholte Erdoğan seine Kritik. „Es kann keinen Aspekt der Legitimation und Billigung bei Angriffen geben, die gegen unschuldige Menschen geführt werden“. Ferner kritisierte er den Westen, der die Hamas nicht anerkenne – trotz des Wahlsieges von 2006. Er warf den Europäern Doppelzüngigkeit vor, weil sie bei der Georgienkrise sofort intervenierten, beim Gaza-Konflikt dagegen erst nach zehn Tagen. Zweierlei Maß gilt aber in gewisser Weise auch für die türkische Führung. Zwar hatte die türkische Regierung bei der Kaukasuskrise alsbald die Idee eines Stabilitätspakts parat, aber sie war lange nicht die Fürsprecherin für das menschliche Leid, wie jetzt in der Gaza-Krise. Außenpolitische Beobachter und Analysten erkennen hierin unterschiedliche Toleranzen und Sensibilitäten gegenüber Russland und Israel.

WEITERE STIMMEN AUS POLITIK UND ZIVILGESELLSCHAFT

In gleicher Weise kritisch äußerte sich auch der Präsident der Großen Nationalversammlung der Türkei (TBMM) Köksal Toptan: „Es ist etwas anderes, wenn Israel gegen den Terror vorgeht, als wenn unter dem Dach der Terrorbekämpfung unschuldige Kinder und Kleinkinder getötet werden“. Ferner kritisierte Toptan die Form der Entschuldigung des israelischen Ministerpräsidenten Olmert an die Palästinenser. Man könne so viele tote Zivilisten schlecht als Kollateralschaden abtun, wenn man sehr dicht besiedelte Gebiete mit Phosphorbomben beschieße.

In einer Fraktionssitzung der Republikanischen Volkspartei (CHP) am 6. Januar machte der Parteivorsitzende Deniz Baykal die Position seiner Partei klar. Auch die CHP verurteile die Unbotmäßigkeit der Härte des israelischen Vorgehens und stelle die menschliche Tragödie in den Mittelpunkt. Jedoch versah Baykal die Vermittlerrolle der Türkei im Nahen Osten mit einem Fragezeichen, wenn die türkische Regierung nicht von Olmert vorab informiert worden sein sollte. Zudem betreibe die türkische Regierung selbst eine unglaubliche und unaufrichtige Politik, wenn sie mit Israel einerseits militärische Abkommen schließe und nun laut Kritik äußere. Baykal bezeichnete das Verhalten Erdoğan's als Sturm im Wasserglas: „Der Ministerpräsident kommt daher wie ein lautes Gewitter, es donnert, aber regnet nicht.“ Aus den Reihen der CHP-Fraktion wurde dann sogar die Forderung nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Israel laut. Ministerpräsident Erdoğan konterte diese Forderung der Opposition mit einem Idiom: „Bekara kari boşaması kolaydır“, welches sinngemäß übersetzt werden kann mit „Wer keine Verantwortung hat, hat leicht reden“. Die Nationalistische Bewegungspartei (MHP) und ihr Vorsitzender Devlet Bahçeli schlugen in die gleiche Kerbe und warfen der Regierung bei ihrem Verhalten in der Gaza-Krise Doppelzüngigkeit vor. „Der Ministerpräsident liebäugelt einerseits mit der Hamas und auf der anderen Seite möchte er die Beziehungen zu Israel, als wäre nichts geschehen, weiterführen. Das ist ein Widerspruch“. Bahçeli forderte keinen Abbruch der Beziehungen zu Israel. Erdoğan solle aber alle Preise jüdischer Organisationen, die er aufgrund seiner Vermittlerbemühungen im Nahostkonflikt erhalten habe, umgehend zurückgeben.

Die türkische Öffentlichkeit ist gespalten: Während ein großer Teil der Bevölkerung durchaus Gefallen an der kritischen Haltung der türkischen Führung zeigte, mehren sich neuerdings Stimmen, Erdoğan habe womöglich über das Ziel hinaus geschossen und mit

einigen Aussagen gewollt oder ungewollt antisemitische Stimmungsmache betrieben. Diese Befürchtung bezog sich auf die Aussage Erdoğan, das Osmanische Reich habe Juden aufgenommen, als sie vor einem Genozid flohen. Auch wenn Erdoğan vor dieser Aussage darauf verwies, dass Antisemitismus ein Vergehen an der Menschlichkeit sei und er dies bei jeder Gelegenheit zur Sprache bringe, hatte er für den Kolumnisten der liberalen Tageszeitung Radikal, İsmet Berkan, indirekt ein Tor für den Rassismus geöffnet. Er habe damit das Judentum als Gesamtheit für die Gaza-Krise verantwortlich gemacht. So empfanden auch türkische Juden, wie die Hochschulprofessorin Leyla Navaro, die mit einem sehr leidenschaftlichen Artikel in der Tageszeitung Radikal Stellung bezog. Sie beschrieb ihre Gefühlswelt und stellte fest, dass durch die Aussagen des Regierungschefs etwas in ihr zerbrochen sei. Sie habe vergebens zu diesem Land ein Gefühl der Zugehörigkeit entwickelt und sehe mit Besorgnis den Versuch der Reduzierung des kulturellen Mosaiks auf eine Farbe. Und weiter: „Wenn in dieser Situation kein bewusster und verantwortlicher Einhalt geboten wird, befürchte ich, dass die Türkei Gefangener einer großen dunklen Einsamkeit wird (...)“. Es fand sich mit Staatspräsident Abdullah Gül jemand, der Verantwortung übernahm. Gül hat in einem Telefongespräch mit Navaro seine Besorgnis bezüglich des Antisemitismus' zum Ausdruck gebracht und seine Zuversicht, da das Land sich in einer Phase befinde, in der auf verschiedenen Plattformen Themen offen diskutiert würden, die früher Tabu waren. Dieses Telefonat hatte auf die jüdische Gemeinde in der Türkei offensichtlich eine beruhigende Wirkung, wie der in der Türkei bekannte Buchautor Rifat Bali in einem Interview in der Tageszeitung Hürriyet vom 26. Januar mitteilte.

Beim Protest der türkischen Bevölkerung kamen dann auch vereinzelt antiisraelische und antisemitische Parolen zum Vorschein. Die größte der landesweiten Protest- und Solidaritätskundgebungen für Palästina fand am 18. Januar 2009 in Ankara mit geschätzten 40.000 Teilnehmern statt. Die Botschaft war „Überall ist Palästina, wir sind alle Palästinenser“. Doch gab es auch Sprechchöre und Plakate wie „gegrüßt sei die Hamas und weiter mit dem Widerstand“ oder „Der Gazastreifen wird zum Friedhof Israels“. Einschlägige türkische NGOs veranstalteten Diskussionsrunden u.a. mit Titeln wie „Blutbad in Palästina“; in türkischen Minibussen konnten Plakate gelesen werden, die Israel als Mörder brandmarkten. Solcherart Proteste haben in der Türkei eine lange Tradition. Zum Höhepunkt der palästinensischen Intifada in den 1990er Jahren versammelten sich die Menschen nach dem Freitagsgebet vor Moscheen des Landes zu spontanen Protestkund-

gebungen und oftmals wurden israelische Flaggen verbrannt und antiisraelische Parolen skandiert. Türkische Politiker trafen in der Vergangenheit immer wieder kritische Aussagen. So hatte der türkische Ministerpräsident Ecevit im April 2002 kritisiert: „Es kommt vor den Augen der Welt zu einem Völkermord an den Palästinensern“.

Das türkische Erziehungsministerium hatte am 7. Januar ein Rundschreiben verfasst, der einen Spendenaufruf für die Eltern beinhaltete. Neben Stiftungen und Vereinen, die speziell zu Spenden für Palästina aufriefen, hatte auch das Ministerpräsidentenamt eine solche Kampagne gestartet. Das Erziehungsministerium hatte darüber hinaus aber auch Gedenkminuten in allen türkischen Schulen angeordnet. Die geplanten Mal- und Aufsatzwettbewerbe für Palästina wurden von Minister Çelik jedoch ausgesetzt, als Israel wohl diplomatisch intervenierte.

ERKLÄRUNGSVERSUCH FÜR ERDOĞAN-TIRADEN

Neben der Tatsache, dass der türkische Ministerpräsident nicht vorab durch Olmert informiert worden war, sind weitere Gründe für die Tiraden Erdoğan zu nennen. Erdoğan brachte dadurch seine Enttäuschung zum Ausdruck, dass der Westen nach wie vor nicht mit der Hamas verhandeln will. Die Kontakte der türkischen Regierung zur Hamas standen von Anbeginn im Mittelpunkt der Kritik. Als nach der Wahl 2006 der Leiter des Hamas-Politbüros Chalid Maschaal zu Gesprächen in Ankara weilte, wurde dies nicht nur in Israel sehr kritisch gesehen. Die türkische Regierung ist hier ein großes Wagnis eingegangen, da die Gespräche mit Hamas von den westlichen Partnern sehr kritisch gesehen werden. Ferner steht Recep Tayyip Erdoğan unter genauer Beobachtung der sehr konservativen Anhänger der Milli-Görüş in der Türkei, die sich um den traditionellen Flügel der ehemaligen Wohlfahrtspartei (*Refah Partisi*) Necmettin Erbakans, die Partei der Glückseligkeit (*Saadet Partisi*) geschart haben. Mit ihrem neuen Parteivorsitzenden Prof. Dr. Numan Kurtulmuş hat diese Partei seit Wochen Zulauf und hofft darauf, von der Gaza-Krise zu profitieren. Die Ideologie dieser Partei, die nationale Sicht (*Milli-Görüş*) trägt antizionistische und antisemitische Züge. Numan bezeichnete den Krieg Israels als illegitim und als Genozid. Israel werde sich nicht die blutigen Hände rein waschen können.

DIE „NEUE“ TÜRKISCHE AUSSENPOLITIK – PAX OSMANICA

Der türkische Staatspräsident Abdullah Gül verkündete auf dem Gaza-Gipfel in Ägypten nach der einseitigen Waffenruhe Israels zur Überraschung der anderen Staatschefs auch die Waffenruhe der Hamas. Zeitgleich lud der außenpolitische Chef-Berater des türkischen Ministerpräsidenten, Prof. Dr. Ahmet Davutoğlu, gemeinsam mit dem stellv. Staatssekretär des türkischen Außenministeriums, Feridun Sinirlioğlu, am 19. Januar zu einer Pressekonferenz. Die beiden erläuterten, dass die türkische Verhandlungsdelegation in den letzten sieben Tagen zwischen allen Seiten vermittelt habe und dadurch die Waffen zum Schweigen gebracht worden seien. „Die beidseitige Waffenruhe im Gazastreifen ist durch das Engagement der Türkei zustande gekommen“, so Davutoğlu. Man habe die Hamas davon überzeugt, dass eine Waffenruhe nur dann von Dauer sein kann, wenn sie beidseitig verkündet werde, so Davutoğlu weiter. Er wehrte sich gegen die Vorwürfe, die Türkei würde eine auf die Hamas ausgerichtete Politik betreiben. „Die Türkei verfolgt eine Politik, welche die Hamas als Faktor mit einbezieht und keinen einzigen Faktor ausgrenzt“.

Architekt hinter den ersten Gesprächen mit der Hamas vor drei Jahren war Ahmet Davutoğlu selbst. Der 1959 in Konya geborene Davutoğlu ist der wichtigste Berater des türkischen Ministerpräsidenten in außenpolitischen Fragen und Ministerpräsident Erdoğan bewegt sich durchaus innerhalb der von Davutoğlu vorgezeichneten Prinzipien. Ahmet Davutoğlu hat seine außenpolitischen Visionen, die sich im erweiterten Sinne als „Pax-Osmanica“ bezeichnen lassen, in einem Buch mit dem Titel *Strategische Tiefe – die internationale Stellung der Türkei* im Jahre 2001 dargelegt.

Die hier formulierte außenpolitische Doktrin umfasst den Grundsatz „Null Konflikt“ mit den Nachbarn und einen nachhaltigen Aufruf mit allen politischen Akteuren in der Region einen offenen Dialog zu führen. Die Haltung der türkischen Regierung zu vielen außenpolitischen Fragestellungen orientiert sich durchaus an diesen Grundsätzen. So zuletzt auch die türkische Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat für die kommenden zwei Jahre, da Davutoğlus' Manifest auch eine starke Präsenz in internationalen Institutionen als Voraussetzung einer wichtigen außenpolitischen Rolle vorsieht.

DIE TÜRKISCH-ISRAELISCHE BEZIEHUNGEN

Dass die türkisch-israelischen Beziehungen angesichts dieser Irritationen und Dissonanzen auf Dauer Schaden nehmen könnten, scheint eher unwahrscheinlich,

da die bilateralen Beziehungen für beide Seiten zu wichtig sind. Hier ist vor allem auch die militärische Kooperation zu nennen. Türkische Panzer werden schon seit Jahren in Israel modernisiert und aufgerüstet, israelische Kampfflugzeuge trainieren im türkischen Luftraum. Damit könnten eventuell israelische Flugzeuge und Piloten Bomben über dem Gazastreifen abgeworfen haben, die in der Türkei den dafür notwendigen Tiefflug geübt hatten. Die Türkei hat vor kurzem die erste unbemannte Drohne für Aufklärungsflüge aus Israel in Empfang genommen und die Geheimdienste beider Länder kooperieren. Auch die wirtschaftliche Kooperation ist nicht zu vernachlässigen: Das Handelsvolumen zwischen beiden Staaten belief sich im Jahr 2008 über drei Milliarden US-Dollar.

Die türkisch-jüdischen Beziehungen reichen zurück bis zum Osmanischen Sultan Beyazid II., in dessen Regierungszeit 1492 sephardische Juden auf der Flucht vor der Reconquista in Spanien im Osmanischen Reich Zuflucht fanden und sich dort ansiedelten. Die Beziehungen können als gut bezeichnet werden, sind aber auch voller Widersprüche. So konnten Juden über Jahrhunderte hinweg, im Vergleich zu Europa, im Osmanischen Reich relativ ungestört leben und besaßen wie andere nichtmuslimische Gemeinschaften gewisse Autarkien. Im Rahmen des osmanischen Millet-Systems hatte die jüdische Gemeinde eine eigene Verwaltungsoberhoheit und Rechtssprechung für zivilgesellschaftliche und strafrechtliche Angelegenheiten innerhalb der Gemeinde. Auf der anderen Seite waren Sondersteuern zu entrichten – Juden wie Christen waren den Muslimen bis 1856 rechtlich nicht gleichgestellt.

Im Dritten Reich öffnete die Türkei, unter der Führung Atatürks, die Pforten für ca. 1000 jüdische Flüchtlinge, die beim Aufbau der modernen Türkei mitwirkten und ließ Tausende über türkisches Gebiet nach Palästina fliehen. Andererseits bemühten sich nur wenige türkische Auslandsvertretungen um die Rettung türkischer Juden, die nach Europa ausgewandert waren. Die Türkei kam der nationalsozialistischen Forderung nach Ausgrenzung, Verfolgung und Deportation von Juden nicht nach. Jedoch waren von der sog. Vermögensteuer (*Varlık Vergisi*) zwischen 1942 und 1944 insbesondere Nichtmuslime betroffen und wurden um ihr Vermögen gebracht. Wer die Steuer nicht bezahlen konnte wurde in Arbeitslager in die Osttürkei verfrachtet.

Am 6. und 7. September 1955 kam es in Istanbul zu progromähnlichen Ausschreitungen gegen Juden und Christen mit der Verwüstung und Plünderung ihrer Geschäfte. Daraufhin waren tausende Juden nach

Israel ausgewandert. Auf der anderen Seite erkannte die Türkei Israel 1949 als einer der ersten Staaten sehr früh an. Der aktuelle israelische Botschafter in der Türkei, Gaby Levy, wurde in der Nähe von İzmir geboren, bevor seine Eltern nach Israel auswanderten als er noch ein Kind war.

Die israelisch/jüdisch-türkischen Beziehungen sind sehr vielfältig, tiefgründig und komplex. Sie bieten neben Problemen auch Chancen. Immerhin ist die Türkei das einzige islamische Land, welches zu Israel gute Beziehungen unterhält. Andererseits ist die besondere Sensibilität für Palästina eine Konstante der türkischen Außenpolitik. Immerhin befand sich zum Zeitpunkt der Balfour-Deklaration 1917 Palästina noch im Machtbereich des Osmanischen Reiches, was die besondere emotionale Bindung zu dieser Region erklärt. Nach der beidseitigen Waffenruhe und nach den anstehenden Wahlen Israel und der Türkei erwarten Beobachter eine Normalisierung der türkischen Beziehungen zu Israel.

ANSPRECHPARTNER

- **Konrad-Adenauer-Stiftung Berlin**

Dr. Hardy Ostry
 Teamleiter Afrika und Naher Osten
 Konrad-Adenauer-Stiftung
 Klingelhöferstr. 23
 D-10785 Berlin
 Tel.: +49 30 2 69 96 35 41
 E-Mail: Hardy.Ostry@kas.de

Dr. Oliver Ernst
 Regionalreferent Afrika und Naher Osten
 Konrad-Adenauer-Stiftung
 Klingelhöferstr. 23
 D-10785 Berlin
 Tel.: +49 30 2 69 96 33 85
 E-Mail: Oliver.Ernst@kas.de

- **Auslandsbüro Israel**

Konrad-Adenauer-Stiftung
 Landesbeauftragter
 Dr. Lars Hänzel
 Lloyd George St. 6
 Jerusalem
 Tel.: +972 2 567 18 30
 Fax: +972 2 567 18 31
 E-Mail: office@kasisrael.org

- **Auslandsbüro der Palästinensischen Autonomiegebiete**

Konrad-Adenauer-Stiftung
 Landesbeauftragter
 Thomas Birringer
 Tawfiq Zayyad St. #3
 Al-Bireh / Ramallah
 Postanschrift:
 P.O. Box 27242
 91272 Jerusalem
 Tel.: +972 2 240 4305/4306
 Fax: +972 2 240 4307
 E-Mail: info@kas-palestine.org

- **Auslandsbüro Jordanien**

Konrad-Adenauer-Stiftung
 Landesbeauftragter
 Michael Däumer
 P.O.B. 831025
 11183 Amman / Jordanien
 Tel.: +962-6 592 97 77
 Fax: +962-6 593 30 87
 E-Mail: info@kas.org.jo

- **Auslandsbüro Ägypten**

Konrad-Adenauer-Stiftung
 Landesbeauftragter
 Dr. Andreas Jacobs
 8, Salah El-Din St.
 7. Stock, Whg. 73
 11211 Zamalek – Kairo
 Ägypten
 Tel.: +20 2 273 774 50
 Fax: +20 2 273 774 54
 E-Mail: office@kafegypt.com

- **Regionalprogramm Politischer Dialog Maghreb**

Konrad-Adenauer-Stiftung
 Leiter Regionalprogramm
 Thomas Schiller
 11, rue d'Agadir
 Quartier Hassan
 Rabat
 Marokko
 Tel.: +212 3 776 12 32; 3 776 12 33
 Fax: +212 3 776 12 35
 E-Mail: kasma@kas.org.ma

- **Auslandsbüro Türkei**

Konrad-Adenauer-Stiftung
 Landesbeauftragter
 Jan Senkyr
 Ahmet Rasim Sokak 27
 06550 Cankaya-Ankara
 Türkei
 Tel.: +90 312 440 40 80
 Fax: +90 312 440 32 48
 E-Mail: kas@konrad.org.tr